

Preussische Allgemeine



Nr. 5 · 4. Februar 2022

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 3,40 €

Abschied von Erhard

Vor 125 Jahren wurde der „Vater des Wirtschaftswunders“ geboren. Zum Jubiläum bricht Deutschland mit den Grundsätzen seiner erfolgreichen Politik
Seite 3



Ostpreußen Erinnerungen an den Schriftsteller Walter von Sanden-Guja **Seite 10**



Astroturfing Wie Lobby-Gruppen den „Bürgerwillen“ inszenieren **Seite 12**

AUFGEFALLEN

Was Karl „in Kontrolle“ hat

Die Erwartungen waren groß, als Karl Lauterbach am 8. Dezember zum Gesundheitsminister ernannt wurde. Schließlich hatte der Berufene seit Ausbruch der Corona-Pandemie gefühlt täglich in jeder Talkshow erklärt, was in dieser Lage alles zu tun sei.

Insofern war es auch kein Wunder, dass der Minister dieser Tage verkündete, die Bundesregierung habe die aktuelle Omikron-Welle des Coronavirus „gut in der Kontrolle“.

Doch ist Lauterbachs Darstellung auch korrekt? Fakt ist: Am Dienstag dieser Woche meldete das Robert-Koch-Institut (RKI) 162.613 neue Corona-Fälle. Eine Woche zuvor waren es 126.955 Neuinfektionen, wiederum sieben Tage vorher waren es 74.405 neue Fälle und nochmal eine Woche zuvor 45.690 Fälle. Sieht so eine Lage aus, die unter Kontrolle ist? Wohl kaum. Gleichwohl entwickelte sich die Zahl der Patienten auf den Intensivstationen positiv. Diese sanken im gleichen Zeitraum von 3253 auf 2262.

Wenn die Corona-Infektionen dramatisch zunehmen, kann der gleichzeitige Rückgang der schweren Verläufe kaum das Ergebnis einer Politik sein, die irgendetwas unter Kontrolle hat. Vielmehr dürfte die gegenwärtig günstige Lage eher Folge des Umstands sein, dass einerseits die derzeit vorherrschende Virus-Variante weniger gefährlich ist als frühere Varianten und andererseits zahlreiche Corona-Patienten geimpft sind (wobei es kaum Zahlen über das Verhältnis zwischen Geimpften und Ungeimpften gibt). Ein Verdienst des Ministers Lauterbach ist die Lage jedoch nicht. *neh*

PARTEIENLANDSCHAFT

Die „Repräsentationslücke“ wird wieder ein Stück größer

Während AfD-Chef Jörg Meuthen seinen Rücktritt erklärt, steigt der Frust all jener, die sich im traditionellen Parteiengefüge nicht mehr zu Hause fühlen

VON HANS HECKEL

Der Abgang von Jörg Meuthen, der nicht nur sein Amt als Co-Chef der AfD niederlegte, sondern gleich auch noch seinen Austritt aus der Partei erklärte, traf politische Freunde wie Gegenspieler wie ein Blitz aus heiterem Himmel. Gegnern wie Anhängern seiner Partei galt der 60-Jährige lange als Galionsfigur des liberal-konservativen Lagers seiner Partei, die im Kontrast gesehen wird zum „sozial-patriotischen“, weiter rechts eingestuften Flügel, für den Björn Höcke als bekannteste Persönlichkeit steht.

Meuthens jäher Rückzug könnte nicht nur für das weitere Schicksal seiner (nunmehr ehemaligen) Partei spürbare Folgen haben. Mit seinen Äußerungen über rechtsextreme Bestrebungen innerhalb der AfD, die ihm nur die Wahl des Ausstiegs gelassen hätten, hat er sich zum Kronzeugen derer gemacht, welche die gesamte Alternative für Deutschland im extremistischen, verfassungsfeindlichen Feld verorten wollen. Sie werden sich auf Meuthen künftig berufen.

Dies wird auch bei den Wählern nicht ohne Wirkung bleiben, die in vier westdeutschen Bundesländern dieses Jahr neue Landtage küren. Unter dem Eindruck von Meuthens Abgang, dessen Begründung dafür und dem nicht nachlassenden Trommelfeuer aus dem etablier-

ten Lager könnten sich bisherige Wähler von der AfD abwenden.

Dass diese Wähler sämtlich zu den etablierten Parteien zurückkehren, ist indes kaum anzunehmen. Damit vergrößert sich das Heer derjenigen Bundesbürger, die keine Partei finden, welcher sie ihr Kreuz anvertrauen wollen. Diese „Repräsentationslücke“, welche besorgte Politikwissenschaftler schon länger beklagen, war von der AfD in ihren Hochzeiten weitgehend geschlossen worden. Doch schon länger wächst sie wieder.

Essenzielles Demokratie-Problem

Wenn sich aber immer mehr Bürger von keiner Parlamentspartei vertreten fühlen, bedeutet dies für die repräsentative Demokratie ein essentielles Problem, denn ein solcher Zustand nagt an ihrer Legitimität in der Praxis. Dessen ungeachtet konnte das linksgrüne Lager mit der Repräsentationslücke bislang recht gut leben, wenn man sie dort nicht sogar heimlich begrüßte, betraf sie doch bis dato nahezu ausschließlich das bürgerliche Spektrum.

Da war die Rechnung einfach: Schließlich ist es „Grünlinks“ oder „Rot-Grün“ nur in wenigen Ausnahmefällen, wie etwa 1998, gelungen, eine eigene Mehrheit gegen die „Bürgerlichen“ zu erlangen. Auch nach der Bundestagswahl 2021 reichten die Stimmen abermals nicht für eine reine Linksregierung aus SPD, Grünen und

Linkspartei, sodass es zur Ampel mit der FDP kam. Fallen aber immer mehr bürgerliche Wähler ins Loch jener, die gar keine Partei mehr finden oder sich frustriert an eine parlamentarisch wegen der Fünf-Prozent-Hürde chancenlose Kleinstpartei hängen, so werden linke Mehrheiten in den Parlamenten möglich, obwohl es im Wahlvolk gar nicht gibt.

Nun jedoch hat der verbreitete Unmut über die Corona-Politik den Rahmen derer, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen, nicht bloß erneut vergrößert. Er hat den generellen Verdross über die etablierten Parteien vor allem weit ins traditionell linke Wählermilieu hinein erweitert. Die vergifteten Reaktionen von Politikern, die sogar linken Corona-Demonstranten den Vorwurf des Rechtsextremismus um die Ohren hauen, beschleunigen diese Erweiterung der Lücke noch.

Zudem hat der lagerübergreifende Groll über eine oft als unzulässig autoritär empfundene Maßnahmenpolitik der Auflösung des tradierten Links-Rechts-Schemas neuen Schub gegeben: Der Entfremdung zu den einstigen Lieblingsparteien tritt die Annäherung an Menschen und Kreise hinzu, die man bis eben noch für „die Anderen“ gehalten hatte.

So wächst die Repräsentationslücke zu einem Problem heran, das alle Parteien mehr und mehr gleichermaßen betrifft. Und das sich in einer Weise entladen könnte, die kaum abzusehen ist.

IN DIESER AUSGABE

Politik

Die Deutsche Minderheit in Polen wird zum Spielball der Regierung in Warschau
Seite 4

Kultur

75 Jahre nach seinem Tod faszinieren Leben und Werk Hans Falladas noch immer
Seite 9

Lebensstil

Wie der ukrainisch-russische Konflikt das Leben auf Gotland beeinträchtigt
Seite 21

Heimat

Auf der Suche nach dem verschwundenen Ort Schirwindt
Seite 23



Lesen Sie die PAZ auch auf unserer Webseite paz.de



4 191814 303404 05
ZKZ 05524 - PVST. Gebühr bezahlt

Strommarktliberalisierung Sie hat Öko- wie Billigstromanbietern den Marktzugang ermöglicht. Erstere haben über die EEG-Umlage den Strompreis erhöht, Letztere teilweise ob der hohen Beschaffungskosten die Lieferung eingestellt

Wollen oder können sie nicht?

Viele Billigstromanbieter kommen ihren Lieferverpflichtungen nicht nach

VON NORMAN HANERT

Möglicherweise fühlt sich der ein oder andere Verbraucher, der aktuell seinen Energieversorger wechselt, an Jürgen Trittin erinnert. Als Bundesumweltminister hatte der Grünen-Politiker im Jahr 2004 vorausgesagt, „dass die Förderung Erneuerbarer Energien einen durchschnittlichen Haushalt nur rund einen Euro im Monat kostet – so viel wie eine Kugel Eis“.

Etwas mehr, nämlich 1,07 Euro, hatten kurz vor Weihnachten die Stadtwerke Pforzheim zeitweise rund 1000 Neukunden in Rechnung gestellt – nicht als Mehrkosten für einen Monat, sondern pro verbrauchter Kilowattstunde. Dieser Höchstpreis für Neukunden, das 3,4-Fache dessen, was Bestandskunden des kommunalen Versorgers bezahlen, hat inzwischen das Interesse von Verbraucherschützern und auch der Landeskartellbehörde geweckt. Die Behörde kündigte ein Preisprüfungsverfahren an, bei dem nach „Anhaltspunkten für den Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung“ gesucht wird.

Der Stromversorger selbst verweist auf rund 1200 Neukunden, die er am 22. Dezember aufnehmen musste. Bei diesen Verbrauchern hatten ihre bisherigen Anbieter Stromio und gas.de kurzfristig die Lieferungen eingestellt. Für diese gestrandeten Kunden musste „tagesaktuell Energie zu einem sehr hohen Tageskurs“ nachgeordert werden, so der Geschäftsführer der Stadtwerke Pforzheim.

Angesichts dieser drastisch gestiegenen Preise für Strom und Gas an den Energiebörsen sind inzwischen Dutzende sogenannte Billiganbieter in eine Zwischmühle geraten. Geschäftsmodell vieler Firmen war es, keine langjährigen Lieferverträge mit Stromproduzenten einzugehen, sondern den Bedarf über kurzfristige Beschaffungsverträge zu decken. Nachdem sich die Beschaffungspreise für Strom und Gas in nur wenigen Monaten vervierfacht haben, geht diese Kalkulation nun nicht mehr auf.

Windiges Geschäftsmodell

Bei der Bundesnetzagentur hatten bis Ende 2021 bereits 38 Anbieter angezeigt, ihren Kunden keinen Strom mehr liefern zu wollen. Diese gestrandeten Verbraucher

landen automatisch bei ihrem jeweiligen regionalen Versorger, der ihnen eine Grundversorgung garantieren muss.

Umstritten ist, ob die Grundversorger die ihnen durch die Notkunden entstehenden hohen Kosten komplett an diese weitergeben dürfen oder aber auch die Bestandskunden über Preiserhöhungen mit zur Kasse bitten müssen. Die Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen beispielsweise geht bereits juristisch gegen unterschiedliche Grundversorgungstarife bei Strom und Gas für Neu- und Bestandskunden vor. Inzwischen hat die Verbraucherzentrale NRW Abmahnungen an die Rheinenergie, die Stadtwerke Gütersloh und die Wuppertaler WSW Energie & Wasser AG verschickt.

Wolfgang Schulzinski, Vorstand der Verbraucherzentrale NRW, zeigte zwar „Verständnis für die nicht ganz einfache Situation der Grundversorger“, mahnte aber auch: „Die Benachteiligung von Verbraucher:innen, die ohne eigenes Verschulden in die Grundversorgung zurückfallen, ist rechtswidrig und widerspricht

dem eigentlichen Schutzzweck der Grundversorgung.“ Die Verbraucherzentrale moniert insbesondere, dass die Aufspaltung der Grundversorgungstarife ihrer Ansicht nur „auf Grundlage eines willkürlich festgelegten Stichtags erfolgt“.

Verdacht von Insolvenzbetrug

Die Bundesregierung kündigte inzwischen an, die Kunden von Energiediscountern vor den teuren Folgen einer einseitigen Vertragskündigung schützen zu wollen. Laut dem Parlamentarischen Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium Oliver Krischer (Grüne) soll es künftig für Neukunden und Bestandskunden einheitliche Tarife in der Grundversorgung geben. „Gesplittete Grundversorgungstarife sind am Ende nur ein unnütziges Beschäftigungsprogramm für Gerichte, was wir vermeiden wollen“, so Krischer.

Für weitere Diskussionen wird sicherlich auch noch der Verdacht von Insolvenzbetrug durch einige Billiganbieter sorgen, der inzwischen in der Energiebranche aufgekommen ist. Tatsächlich fällt auf,

dass einige Billiganbieter zwar die Belieferung ihrer Kunden einfach gestoppt und die Verträge gekündigt, allerdings bislang keinen Insolvenzantrag gestellt haben. Der EON-Vorstandschef Leonhard Birnbaum äußerte vor diesem Hintergrund die Vermutung, dass einige Anbieter „Kunden abwerfen“, um dann die vorhandenen Stromverträge mit ihren Lieferanten gewinnbringend zu verkaufen. „Da fragen wir uns, ob wir da de facto einem Insolvenzbetrug zum Opfer fallen“, so der EON-Chef auf einer Veranstaltung des „Handelsblatts“.

Der Verdacht, dass Billiganbieter ihren Kunden den Stecker ziehen, um dann im börslichen Großhandel bereits geordnete Stromkontingente weiterzuverkaufen, ist schwer zu überprüfen. Der Handel am größten Handelsplatz für Energie in Europa, der Leipziger Strombörse EEX (European Energy Exchange), erfolgt anonym. Zudem findet ein großer Teil des Stromhandels auch immer noch außerhalb der Strombörse statt als direkter Handel zwischen Stromverkäufern und Stromeinkäufern.



Strom ist teuer geworden: Teilweise wurde schon über ein Euro pro Kilowattstunde in Rechnung gestellt

Foto: Mauritius

ABGABEN

Politische Mogelpackung

Bereits zum 1. Januar ist der Strompreis-Aufschlag für die Erneuerbaren Energien, die sogenannte EEG-Umlage, um rund 43 Prozent, von 6,5 Cent pro Kilowattstunde auf 3,7 Cent gesenkt worden. Trotz der deutlichen Reduzierung werden viele Stromverbraucher die Entlastung kaum bemerkt haben. Nach Angaben des Vergleichsportals Verivox haben sich nämlich parallel zur EEG-Absenkung die Einkaufspreise an der Strombörse vervielfacht. Auch sind die Gebühren für die Stromnetze im bundesweiten Durchschnitt um vier Prozent gestiegen. Als Resultat der Entwicklung zahlen die Haushalte in Deutschland im Durchschnitt mit über 35 Cent pro Kilowattstunde für Strom mehr als jemals zuvor.

Angesichts solcher Energiepreise überlegen Politiker der Ampel-Koalition nun, die ohnehin geplante Abschaffung der EEG-Umlage vorzuziehen. In ihrem Koalitionsvertrag hatten SPD, Grüne und FDP ein Aus für die Umlage ab Januar 2023 vorgesehen. Laut Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) soll die komplette Abschaffung der EEG-Umlage einen Durchschnittshaushalt um 300 Euro entlasten.

Ob die Stromkunden in Deutschland künftig tatsächlich mehr Geld im Portemonnaie behalten, ist fraglich. Die milliardenschwere Umlage zur Förderung von Ökostrom soll künftig nicht mehr über die Stromrechnung bezahlt werden, sondern über den Bundeshaushalt. Nutzen will die Bundesregierung dazu unter anderem auch Einnahmen aus der Kohlendioxidbepreisung von Diesel, Benzin, Heizöl, Erdgas und Kohle.

Faktisch handelt es sich dabei um eine Energiesteuer, die von derzeit 30 Euro pro Tonne Kohlendioxid bereits bis 2025 auf 55 Euro pro Tonne ansteigen wird. In die Staatskassen eingezahlt werden die CO₂-Kosten von den sogenannten Inverkehrbringern, also den Gaslieferanten oder Mineralölunternehmen. Diese geben allerdings regelmäßig die Mehrkosten weiter, sodass sie letztendlich wie schon die EEG-Umlage wieder von den Endverbrauchern getragen werden müssen.

N.H.

EU-STROMMARKTLIBERALISIERUNG

Wegbereiter für Ökostrom

Das Ziel war weniger die Entlastung der Verbraucher als die Förderung der Energiewende

Die Rekordpreise für Energie und die Welle von aufgekündigten Lieferverträgen durch Billiganbieter hat inzwischen die Politik auf den Plan gerufen. Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck kündigte nun „rechtliche Änderungen“ und mehr Regulierung auf dem Energiemarkt an. Mit Blick auf Billigstromanbieter sprach Habeck von „Spekulation als Geschäftsmodell“, bei der darauf gesetzt werde, durch günstige Kurzfrist-Verträge eine langfristige Sicherung herzustellen. Der Vizekanzler forderte, dies müsse zumindest „transparenter gemacht werden“.

Auf dem Energiegipfel des „Handelsblatts“ in Berlin kündigte er auch eine

Regulierung von Langfrist-Hinterlegungen auf dem Energiemarkt an. Für Energievertriebsfirmen könnte dies bedeuten, dass sie einen bestimmten Teil ihrer Lieferverpflichtungen durch langfristige Beschaffungsverträge absichern müssen. Setzt die Bundesregierung diese Vorgabe durch, könnte dies das bisherige Geschäftsmodell der Billigstromanbieter stark in Frage stellen.

Insgesamt stellen die Ankündigungen von Regierungsmitgliedern, wieder stärker auf Regulierungen auf dem Energiemarkt und längere Lieferverträge setzen zu wollen, politisch eine Rolle rückwärts dar. Vor nicht allzu langer Zeit sind die vielen Billiganbieter auf dem Energie-

markt noch als Frucht der Energiemarktliberalisierung gefeiert worden.

Als Meilenstein gilt in diesem Zusammenhang die EU-Strommarktliberalisierung von 1998. Zum 20. Jubiläum im Jahr 2018 war diese Deregulierung noch als großer Erfolg dargestellt worden. So lobte etwa die Agentur für Erneuerbare Energien, dass „die Auflösung alter, von fossilen Energien geprägten Monopolen, den Weg frei machte für neue, häufig innovative, umweltfreundliche Unternehmen und Produkte“.

Aufschlussreich ist auch die Aussage: „Andererseits hinken Länder, die Chancen der Liberalisierung versäumten, häufig bei der Entwicklung Erneuerbarer

Energien hinterher.“ Tatsächlich waren neben dem Einspeisevorrang für Ökostrom die Erzwingung eines Netzzugangs für neue Stromanbieter und die Etablierung von sogenannten Spotmärkten ganz wesentliche Voraussetzungen, dass die Erneuerbaren Energien überhaupt derart stark auf Kosten der herkömmlichen Formen der Stromerzeugung wachsen konnten. Die wetterabhängige Stromerzeugung in Solaranlagen und Windkraftparks ist wegen der weiterhin fehlenden großtechnischen Speichermöglichkeit noch immer eine Energieversorgung nach dem Zufallsprinzip. Kaschiert wurde dies bislang durch die nun zu Ende gehend Blüte von Billig-

stromanbietern und die Schaffung von Spotmärkten wie der Leipziger Strombörse zum Verramschen des grünen Zuflussesstroms.

Aus Sicht der deutschen Verbraucher muss die Strommarktliberalisierung als unvollständig angesehen werden. Bis Ende des Jahres 2006 konnten deutsche Stromanbieter mit Hilfe der sogenannten Auslandschutzklausel ausländischen Anbietern den Zugang zum Netz untersagen. Und nach dem Wegfall dieser Beschränkung ist es für hiesige Endverbraucher mit hohem bürokratischen Aufwand verbunden, direkt einen Stromvertrag mit einem ausländischen Versorger, abzuschließen.

N.H.

Abschied vom Wohlstand für Alle

In der jungen Bundesrepublik schuf Ludwig Erhard die Grundlagen für einen dauerhaften ökonomischen Aufschwung. Zu seinem 125. Geburtstag ist wenig davon geblieben. Sein heutiger Nachfolger bricht sogar offen mit den Prinzipien der Marktwirtschaft

VON ROLAND TICHY

Zu seinem 125. Geburtstag am 4. Februar gibt es Ludwig Erhard in allen Größen und Formen: Lebensgroß als Statue, im Spielzeugeisenbahnmaßstab Ho, als Playmobil-Männchen oder als Abwandlung des Ampelmännchens der DDR bis Kniehöhe in einem Fürther „Erhard-Zentrum“. Dort wird neuerdings auch allerlei Tinnef ausgestellt, den die Stiftung Ludwig-Erhard-Haus pünktlich zum Jubiläum für angeblich 100.000 Euro erworben hat; auf geheimnisvollen Wegen in „verpoppten Blechkisten“ aus Südafrika, wie die Stiftung behauptet. Seltsamerweise ähneln die Stücke bis ins Detail an die Reste von Erhards Haushalt in seiner Bonner Villa. Bedeutung oder Inhalt sind einem Aschenbecher aus Rosenquarz, einem Kinderkaufaden oder Notizen über das Bargeldversteck jedoch nicht zu entnehmen.

Man mag sich über die museale Verzweigung ärgern. Was bleibt ist: Ludwig Erhard ist nach wie vor populär. Sein Wahlkampf-Buch „Wohlstand für Alle“ wurde 2020 in einer besonders sorgfältigen Edition neu aufgelegt. Seine Leistung als Wirtschaftsminister für Deutschlands Freiheit, Wohlstand und Stabilität kann nicht hoch genug bewertet werden – und statt in seinen privaten Dingen zu stöbern wäre eine Auseinandersetzung darüber angebracht. Doch die wird vermieden, und die Chance des Jubiläums verschenkt.

Dass sich die Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik Deutschland von den ordnungspolitischen Grundsätzen Erhards, die das Erfolgsmodell des Wirtschaftswunders nach dem Kriege waren, schon lange verabschiedet hat, ist keineswegs neu. Doch hat dieser Abschied mit dem neuen Wirtschaftsminister Robert Habeck richtig Schwung aufgenommen. Habecks erklärtes Ziel ist eine Art gelenkte Staatswirtschaft – das komplette Gegenteil von Marktwirtschaft, in der Preise und unternehmerisches Handeln frei sind.

Während Erhard im Zweifel weniger Staat wollte, will Habeck ihn zum Motor einer großen Transformation benutzen. Um das zu verwirklichen, so Habeck, „bauen wir von der Mission aus, vom Ziel her aus eine klimaneutrale Gesellschaft. Wir brauchen dafür die freien Märkte, das freie Unternehmertum, aber es muss eine Richtung bekommen, es muss sich dem gesellschaftlichen Ziel anschließen.“ Die Politik gibt das Umbau-Ziel vor, die Wirtschaft soll folgen.

Erhard dagegen wollte Wettbewerb und keine gut organisierten und politisch einflussreichen Konzerne samt Lobby-Vertretern. Zu seinem 75. Geburtstag lud er die Verbandsvertreter des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) aus – er fürchtete ihre vergifteten Lobpreisungen, die kaschieren sollten, dass der mächtige Verband und die ihn tragenden Konzerne wenig mehr hassten als Erhards Wettbewerbspolitik, die ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht Begrenzungen setzen sollte.

Gelenkte Wirtschaft als Zukunftsmodell

Nach Erhards Verständnis gibt der Staat die Ordnung vor und nicht das Ergebnis. Er übernimmt die Verantwortung für die Rahmenbedingungen und verheddert sich nicht in einer gängelnden Detailsteuerung mit dem Anspruch, alle Lebensbereiche bis zur Menge des noch erlaubten Fleisches oder dem Zuckergehalt von Limonaden oder dem Salzgehalt von Fertigpizza lenken zu wollen. Erhards Staat spielt sich auch nicht als moralische Instanz auf, sondern vertraut auf die gestaltende Kraft der Produzenten und der Konsumenten, also letztlich auf die mündigen Menschen. Doch der mündige Mensch als Leitbild hat längst abgedankt zugunsten eines gelenkten, betreuten und bevormundeten Verbrauchers.



Schuf mit seinem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft einen „Wohlstand für alle“: Ludwig Erhard

Foto: action press

Unter Erhard sollte ein ständig geschärfter Wettbewerb als Innovationspeitsche wirken, um die Macht der Konzerne zu bändigen und über sinkende Preise Wohlstand für alle zu schaffen. Unter Habeck dagegen soll der Staat die Innovationsrichtung vorgeben und sollen die Preise möglichst steigen, was schon jetzt Habecks Beliebtheit beim BDI erklärt: Dabei sind steigende Energiepreise der Schlüssel, denn Energie steckt in jedem Produkt von der Kartoffel bis zum Mobiltelefon. Unternehmerische Freiheit ist nur noch in einem engen Rahmen möglich. Statt Rahmenbedingungen zu setzen, will Habeck Vorgaben machen, damit „die großen Kräfte der Märkte, der Marktwirtschaft in die richtige Richtung laufen“.

Es ist ein umfassendes Kontrollprogramm, das ihm vorschwebt, und das die bisher beklagte Regulierungswut vervielfältigen soll – mit einem Anspruch, den man statt Marktwirtschaft ruhig Wirtschaftstotalitarismus nennen darf: „Politische Rahmenbedingungen werden dazu führen, dass sich Industrien wandeln und auch bestimmte Produkte nicht mehr notwendig sind“, sagt Habeck beispielsweise in einem „Spiegel“-Interview. Zukünftig will also der Wirtschaftsminister über Notwendigkeit oder Nicht-Notwendigkeit entscheiden, welche Unternehmen und Produkte noch gebraucht werden und welche verschwinden können.

Die „Technikoffenheit“, bislang ein wichtiger Pfeiler wirtschaftlicher und unternehmerischer Freiheit, ist damit beendet – die Politik erlaubt nur noch Elektroautos, und jahrzehntelange Entwicklungsarbeit in verbrauchs- und schadstoffarme Verbrennermotoren werden per Federstrich hinfällig. Ob dies angesichts der tatsächlichen Emission von Elektroautos wenigstens der Umwelt nützt, wird nicht mehr hinterfragt. Grüne Wirtschaftspolitik überbetont die Schäden bekannter Technologien, verliebt sich in Utopien noch nicht ausgereifter Technologien, die als „grün“ verherrlicht werden, und leugnet deren wirtschaftliche Folgekosten ebenso wie ökologische Folgekosten: Die Umweltbelastung durch den flächendeckenden Bau von Windrädern für Tierwelt, Natur und Menschen wird schlicht nicht erhoben.

Die wahren Kosten der „Wasserstofftechnologie“ werden kleingeredet. Vorhandene Lösungen dagegen werden schlechtgeredet und verboten, Utopien an die Stelle jahrzehntelanger Expertise und Entwicklung gesetzt. Die Folgen sind verheerend – und trotzdem erst der Beginn.

Habeck ahnt zwar, dass „diese Veränderungen immer schwierig sind für die Menschen, die in den Firmen arbeiten, und auch für die Regionen“. Aber dafür erhofft er Arbeitsplätze an anderer Stelle, etwa bei „grünem Aluminium“. An eine Ausweitung der Aluminiumproduktion im Land mit den höchsten Strompreisen glaubt nun wirklich niemand. Vielmehr reagiert Industrie auf ihre Weise und verlagert die Produktion von Verbrennermotoren und die damit verbundenen Arbeitsplätze sowie Forschungszentren nach China. Arbeitnehmern in Deutschland bleibt eine vage Hoffnung auf ein grünes Bullerbü.

Grüne Fortschrittskepsis

Die entscheidende Frage allerdings ist: War nun das Erhardsche Modell nur aus Versehen erfolgreich? Und wird die Planwirtschaft nach Modell Habeck die zukunftsweisende Alternative? Unter Habeck hängt wieder alles von der Klugheit von Politik und Beamten ab. Wohin grüne Utopien bislang führten, ist längst klar: An den Türen der grünen Bundestagsfraktion kleben in den 1980er Jahren große, stolze Plakate: In diesen Büros werde ohne Computer gearbeitet. Die Rückständigkeit der deutschen Digital-Wirtschaft hat auch damit zu tun: Mit der Digital-Phobie, die den Fortschritt blockierte, bei der staatlichen Post, ihren Behörden und im Bundestag.

Die Ablehnung moderner Technologie setzte sich fort, als der grüne Umweltminister Joschka Fischer das damals weltgrößte Pharmaunternehmen, die Hoechst-AG, blockierte bei dem sensationellen Vorhaben, das für die Behandlung von Diabetes notwendige Insulin statt mühsam aus den Lebern Hunderttausender geschlachteter Schweine sauber aus einem schlichten Bioreaktor zu gewinnen. Hoechst reagiert auf seine Weise und verkaufte sich selbst an französische Konkurrenten. Heute wird im historischen Frankfurter Stadtteil Hoechst, statt Forschung und Pharmazie zu betreiben, nur noch im Auftrag ferner Konzernzentralen billigst produziert.

Der Kampf gegen Kernkraftwerke folgte. Die Schlacht gegen Mobilfunkrichtungen blieb erfolglos, aber Gen-Technologie wurde so verteuert, dass sich viele Landkreise heute „genfrei“ zu sein rühmen und „genfrei“ zum Markenzeichen im Lebensmittelhandel wurde. Selbst kaum nachweisbare Spuren von gentechnisch verändertem Soja als Basis für entsprechende Soßen führten zu deren Verkaufsverbot. Dafür kämpfen die Grünen heute für eine Impfpflicht, die im Wesentlichen

eine Gen-Therapie darstellt: Die Geschichte schlägt ironische Purzelbäume.

Übrigens: Das Jobwunder der florierenden Solarindustrie endete schon vor Jahren in Pleiten und verwüsteten Industriestandorten. Eine Erfolgsgeschichte ist grüne Industriepolitik bislang nicht – und sie wird es auch in Zukunft nicht sein. Das ahnt auch Habeck.

Teure Energie, sinkender Wohlstand

Seine Klimapolitik besteht ja im Wesentlichen darin, Energie zu verteuern. Damit sollen Verbrauch und Konsum gesenkt werden – eine Art grüne Wunderwaffe gegen den von Erhard verwirklichten Wohlstand für alle. Denn teure Energie senkt das Wohlfahrtsniveau der Bevölkerung, die einen immer höheren Anteil ihres Einkommens für Heizen, Mobilität und „Greenflation“ – die energiebedingte und gewollte Inflation bei zahlreichen Produkten – aufwenden muss, dramatisch.

Um Arbeitsplätze wenigstens notdürftig zu erhalten, soll die Industrie die schnell steigenden Energiepreise nicht bezahlen müssen; nur private Haushalte zahlen die volle Stromrechnung. Der Rest soll aus dem Bundeshaushalt kommen. Steigende Kosten der Produktion sollen durch Exportsubventionen wieder auf Wettbewerbsniveau verbilligt werden und Importe durch grüne Zölle so lange verteuert werden, bis sie das künstlich erhöhte Preisniveau der inländischen Anbieter erreichen. Auch Investitionen und grüne Technologien sollen durch ein Kostenausgleichssystem finanziert werden, verspricht Habeck.

Lassen wir mal beiseite, was passiert, wenn Deutschland als eine der exportstärksten Wirtschaftsnationen, immerhin auf Platz 3 des Welthandels, wieder Zölle einführt, die bei grünem Stahl mehrere Hundert bis 1000 Prozent betragen müssten: Der freie Welthandel wäre innerhalb von wenigen Wochen eine Veranstaltung, die ohne Deutschland weiter floriert.

Preiskontrolle durch den Staat

Habecks Pläne bedeuten innerhalb Deutschlands nicht weniger als die Abschaltung des Wettbewerbs: Kosten werden nachgewiesen und vom Staat ausgeglichen. Es ist eine Rückkehr zur staatlichen Preiskontrolle, wie sie von Ludwig Erhard im Juni 1948 abgeschafft wurde. Bis dahin mussten Kosten erst nachgewiesen werden, dann wurde der Preis staatlich festgesetzt und amtlich genehmigt. Es ist eine Schlafmützenwirtschaft. Alles geht, der Verbraucher zahlt, so war es vor Erhard. Bei Habeck übernimmt den Rest der Staat.

Längst geht es nicht mehr nur um Investitionen und grüne Produkte. Unter dem Druck der galoppierenden „Greenflation“ verspricht Habeck schon heute Subventionen für dieses und jenes. Die 60 Milliarden, die der gelbgrüne Finanzminister Christian Lindner klammheimlich am Budgetrecht des Bundes vorbei in den grünen Schattenhaushalt gepumpt hat, werden nicht lange reichen. Habecks Wirtschaft funktioniert nur über einen wachsenden Staatsanteil an der Wirtschaftsleistung, zunehmende Verschuldung und ausufernde Subventionen.

Und damit schließt sich der Kreis. Ludwig Erhards Wirtschaftswunder funktionierte nur mit einer soliden Währung. Wird Deutschland zum hochgradig verschuldeten Staat, fällt es als Stabilitätsanker für den Euro weg – mit unabsehbaren Folgen. Beide Säulen der Erhardschen Sozialen Marktwirtschaft wären damit zerstört.

Erhards Staat spielt sich nicht als moralische Instanz auf, sondern vertraut auf die gestaltende Kraft der Produzenten und der Konsumenten, also letztlich auf die mündigen Menschen. Doch der mündige Mensch als Leitbild hat längst abgedankt zugunsten eines gelenkten, betreuten und bevormundeten Verbrauchers

Buch-Tipp

Die aktuellsten Beiträge zur Erhard-Rezeption finden sich in einer Festschrift für seinen früheren Mitarbeiter Herbert B. Schmidt: „Ein Leben für die Marktwirtschaft“, herausgegeben von Joachim Starbatty, Lau-Verlag, Reinbek 2022.

● Roland Tichy ist Herausgeber des Online-Magazins „Tichys Einblick“, das unter gleichem Namen auch als Monatsmagazin erscheint. Zuvor war er unter anderem Chefredakteur der Magazine „Impulse“, „Euro“ und „Wirtschaftswoche“. Von 2014 bis 2020 war Tichy Vorsitzender der Ludwig-Erhard-Stiftung. www.tichyseinblick.de

● MELDUNGEN

Sanktionen im Energiesektor

Berlin – Laut der US-Nachrichtengenerierung Bloomberg fordert die Bundesregierung bei der Verhängung verschärfter Russland-Sanktionen Ausnahmen für den Energiesektor und bereits bestehende Verträge. Diese Position vertreten auch weitere westliche EU-Staaten, die versuchten, ihre eigene Wirtschaft vor unerwünschten Nebeneffekten zu schützen. Deutschland befürchte, dass die Energieversorgung gefährdet sein könne. Ein Ausschluss Russlands vom internationalen Zahlensystem SWIFT sowie ein Einfrieren russischer Konten würde auch deutsche Banken und die Europäische Wirtschaft insgesamt treffen. Es gehe um „Sanktionen, die wirklich Wirkung zeigen, nicht gegen sich selbst, sondern gegen Russland“ wird Außenministerin Annalena Baerbock zitiert. MRK

Zurück nach Schlesien

Gelsenkirchen – Laut einem Bericht der katholischen Wochenzeitung „Neues Ruhrwort“ bemüht sich der Kirchenvorstand der Gelsenkirchener Pfarrei Sankt Urbanus um die Rückführung einer mehr als 400 Jahre alten Glocke ins oberschlesische Radoschau [Radoszowy]. Laut dem Bericht soll es sich dabei um eine jener Kirchenglocken handeln, die während des Zweiten Weltkriegs zunächst als „kriegswichtiges“ Material eingezogen worden waren, letztendlich aber doch nicht eingeschmolzen wurden. Rund 1300 solcher Glocken aus ostdeutschen Gebieten lagerten zum Kriegsende in Hamburg. Die britische Militärregierung untersagte seinerzeit den Rücktransport zu den Herkunftsorten im Osten. Da die Glocken nicht in Hamburg gelagert werden konnten, wurden sie als sogenannte Patenglocken an Kirchengemeinden im Westteil Deutschlands ausgeliehen. Bereits vergangenes Jahr hatte das Bistum Rottenburg-Stuttgart die Absicht bekannt gegeben, 54 solcher Patenglocken wieder an ihre historischen Herkunftsorte bringen zu wollen. N.H.

Warnung vor Impfpflicht

Pirna – Während der letzten Sitzung des Sozialausschusses des Kreistages Sächsische Schweiz-Osterzgebirge am 19. Januar hat eine Anästhesieschwester 550 Kopien von Berufsurkunden ungeimpfter Mitarbeiter aus dem Pflegebereich von Kliniken und Heimen des Landkreises präsentiert, die nach Inkrafttreten der einrichtungsbezogenen Impfpflicht am 16. März ausfallen werden. Anschließend informierte eine Ärztin über die drohende Schließung von rund 40 Arztpraxen in der Region wegen Personalmangels ab Mitte März. Desgleichen sagte die Medizinerin, dass auch mehrere ungeimpfte Notärzte ihre Tätigkeit aufgeben wollten, was ebenfalls gravierende Folgen für die Patientenversorgung haben dürfte. Und zum Schluss legte dann noch ein Vertreter der Rettungsdienste weitere 121 Berufsurkunden von Beschäftigten aus seinem Tätigkeitsbereich vor, deren Inhaber allesamt nicht bereit seien, sich dem staatlichen Impfdruck zu beugen. W.K.



Der neue Haushalt könnte ihre Stelle kosten: Deutschlehrerin in der Boleslaw-Chrobry-Grundschule 44 in Posen

Foto: ullstein

POLEN

Mittel für Deutschunterricht gekürzt

Die Deutsche Minderheit wird zum Spielball der Regierung in Warschau – Der VdG will vor den Europarat

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Im letzten Jahr wurde der 30. Jahrestag des Vertrags zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991 gefeiert. Im Artikel 20 dieses Vertrages werden die Angehörigen der Deutschen Minderheit in der Republik Polen geschützt. Sie „haben das Recht, ... ihre ethnische, kulturelle, sprachliche und religiöse Identität frei zum Ausdruck zu bringen, zu bewahren und weiterzuentwickeln“.

Dieser Vertrag wurde am 27. Januar mit Füßen getreten. Wie das „Wochenblatt“ berichtet, hat der Sejm endgültig über den Staatshaushalt entschieden und dabei die Mittel für den Sprachunterricht der Minderheiten für dieses Jahr um fast 40 Millionen Zloty gekürzt, das sind rund 10 Millionen Euro. Konkret bedeutet diese Kürzung, dass zwei von drei Deutsch-Unterrichtsstunden wegfallen.

Beantragt wurde die Änderung vom rechten Sejm-Abgeordneten Janusz Ko-

walski. Er gehört der Regierungspartei „Solidarna Polska“ an, die eng mit der PiS kooperiert und den umstrittenen Justizminister Zbigniew Ziobro stellt.

„Im Sejm wurde argumentiert, dass die Mittel nur aus dem Deutschunterricht entnommen würden. Eine solche Aufteilung der Minderheiten ist aber rechtswidrig, weil laut Verordnung des Bildungsministers vom Dezember 2021 die Regeln für die Vergabe von Mitteln für den Unterricht in Minderheitensprachen für alle gleich sind, also werden alle Minderheiten verlieren“, betonte Senator Kazimierz Kleina, Vorsitzender des Senatsfinanz Ausschusses.

Nächste Kürzung bereits geplant

Der Abgeordnete der Deutschen Minderheit im Sejm, Ryszard Galla, warnte in seiner Rede gegen die Änderungen des Haushaltsplanes: „Darüber hinaus kündigte der Abgeordnete, der diese Änderung vorschlug, an, dass er eine weitere Kürzung dieser Finanzierung um 119 Millionen Zloty im Jahr 2023 im Vergleich zu den Ausgaben für diesen Bereich in diesem Jahr beantragen werde. ... Darüber hinaus

würde es den in Polen geltenden Vorschriften widersprechen.“ Die Kürzung widerspreche dem Artikel 8, Absatz 4 des Gesetzes vom 6. Januar 2005 über nationale und ethnische Minderheiten und über die Regionalsprache: „Personen, die den Minderheiten angehören, haben insbesondere das Recht, die Minderheitensprache zu erlernen oder in der Minderheitensprache unterrichtet zu werden“, betont Galla weiter. Dieses Gesetz erfolgt in der „Umsetzung ... nach den Grundsätzen und in der Weise, die im Gesetz vom 7. September 1991 über das Schulbildungssystem festgelegt sind“.

Der Änderung des Haushalts vorausgegangen war die Annahme „angeblicher Defizite bei der Unterstützung der polnischen Diaspora in Deutschland“, wie Bernd Fabritius, Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, bereits im Dezember 2021 monierte. „Es gibt keine ungedeckte Nachfrage nach Polnischunterricht“ in Deutschland, was Fabritius in seiner Pressemitteilung eindrücklich aufzeigte.

Diese Gesetzesänderung widerspreche nicht nur den geltenden Vorschriften, Be-

stimmungen und nationalen Gesetzen in Polen, sondern, so Fabritius, verletze auch das „ratifizierte Regelwerke des Europarates, damit auch nationale Gesetze und widerspricht dem Geist einer gedeihlichen Minderheitenpolitik zum Wohle von Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung“.

Fabritius weist darauf hin, dass der Verband der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) mit Sitz in Opatowitz, vor diesem Hintergrund angekündigt hat, „das Gesprächsformat des auf Grundlage des Deutsch-Polnischen Vertrages über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17.6.1991 sowie der Gemeinsamen Erklärung von Juni 2011 geschaffenen Deutsch-Polnischen Runden Tisches ... zu verlassen“.

Der Vorsitzende der Gruppe der Vertretenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Christoph de Vries, unterstützt das Vorhaben der VdG, „vor den Europarat zu ziehen und rechtliche Schritte einzuleiten“, und hofft weiter auf ein Einlenken der polnischen Regierung.

AFD

Heilloses Chaos an der Saar

Zwei Lager stehen sich unversöhnlich gegenüber – Einzug in den Landtag dennoch ziemlich sicher

In den acht Jahren seit ihrer Gründung hat die AfD im Saarland schon für einige Kapriolen gesorgt. Einmal versuchte der Bundesvorstand den Verband aufzulösen, dann wurde ein Notvorstand eingesetzt. Doch das Schauspiel, welches die 300 Mann starke Truppe derzeit abliefern, hatten selbst hart gesottene Beobachter der politischen Szene nicht für möglich gehalten.

Knapp zwei Monate vor der Landtagswahl am 27. März steht die Partei ohne Landesliste und mit einer umstrittenen Kreisliste da. Das Wahlrecht im kleinsten Bundesland der Republik ist kompliziert. Die Parteien treten in aller Regel mit einer Landesliste und drei Listen in den Kreisen Saarbrücken, Saarlouis und Neunkirchen an. 41 der 51 Sitze im Landtag werden über die Kreislisten besetzt. Tritt eine Partei ohne Landesliste an,

werden ihre Stimmen den Kreisen zugerechnet.

Um das Chaos innerhalb der AfD zu verstehen, muss man zurückblicken. Von 2015 bis 2020 hatte der mittlerweile 84-jährige Fraktionsvorsitzende im Landtag, Josef Dörr, die Partei fest im Griff. Seine Gegner behaupten bis heute, der Ex-Grüne habe Stimmen gekauft und Mitgliederlisten manipuliert. Bewiesen ist das nicht. Dennoch putschte sich der Bundestagsabgeordnete Christian Wirth vor mehr als einem Jahr an die Spitze der Landespartei. Und bei den Aufstellungen der Landes- sowie der Wahlkreisliste in Saarbrücken ging Dörr leer aus. Doch der gewiefte Strippenzieher bediente sich der Mittel seiner Gegner und focht alle Abstimmungen an, in denen er unterlegen war. Und so kippte das Landgericht zunächst die Neuwahl des

Landesvorstands – worauf der Bundesvorstand Wirth umgehend zum Notvorsitzenden ernannte – und anschließend auch die Wahlkreisliste in Saarbrücken. Der Bundesvorstand lud zur Neuwahl und nur Fraktionschef Dörr trat an. Dörres Gegner, die sich in mehrere Lager aufteilen und der Neuversammlung fern blieben, nahmen daraufhin den Spitzenkandidaten und bisherigen Generalsekretär Kai Melling ins Visier. Ohne Absprache mit dem Landesvorsitzenden Wirth tauschten Landes-Vize Christoph Schaufert und der bisherige Saarbrücker Wahlkreis-Primus Rene Selzer die Vertrauenspersonen aus und bestimmten den Völklinger Stadtrat Patrick Ruttar sowie den Saarbrücker Kreischef und Dörr-Sohn Michael, pikanterweise mit seinem Vater verfeindet, zu neuen Vertrauensleuten. Diese zogen – laut Einschätzung

von Juristen rechtswirksam – die Landesliste zurück und beließen die Saarbrücker Kreisliste, die laut Landgericht ungültig sei, bei der Wahlleitung. Immerhin in einem Punkt herrscht nun Klarheit. Der Kreiswahlausschuss hat die Saarbrücker „Dörr-Liste“ mittlerweile zugelassen, die „Selzer-Liste“ dagegen nicht.

Selbst ohne Landesliste wird die AfD, die zuletzt auf sieben bis zehn Prozent in den Umfragen kam, ziemlich sicher in den Landtag einziehen. Doch ob die Parlamentarier dann auch eine Fraktion der AfD bilden können, steht in den Sternen. Unter anderem gegen Neunkircher Wahlkreis-Spitzenkandidaten Schaufert hat der Bundesvorstand mittlerweile ein Ausschlussverfahren eingeleitet, gegen Dörr senior ist seit Jahren eins anhängig. Chaos pur an der Saar. Peter Entinger

STROMPREIS-EXPLOSION

Der Energierechnung folgt die Insolvenz

Brandenburgs Wirtschaftsminister schickt Brandbrief an Habeck: „Anstieg rasch begrenzen“

VON NORMAN HANERT

Wirtschafts- und Klimaschutzminister Robert Habeck erweckt bei öffentlichen Auftritten dieser Tage meist den Eindruck, dass die Aufbruchstimmung zum Amtsantritt bereits völlig verflogen sei. Tatsächlich häufen sich für den Grünen-Politiker schon wenige Wochen nach der Regierungsübernahme die Probleme. Schon der Antrittsbesuch Habecks in Brüssel war überschattet vom Streit mit der EU-Kommission, weil diese Atomstrom als „grüne“ Energie einstufen will. Habecks Ministerium musste zudem aus Geldmangel das KfW-Förderprogramm für energieeffizienten Gebäudebau stoppen. Auch die neue Werftenkrise in Mecklenburg-Vorpommern verlangt eine Reaktion des Bundeswirtschaftsministers.

Habecks Stimmung kaum verbessert haben dürfte ein aktueller Brandbrief, den er unlängst aus Potsdam erhalten hat. In dem Schreiben appelliert der märkische Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) an Habeck, „rasch gemeinsam Maßnahmen zu ergreifen, um die negativen Auswirkungen der aktuell extrem hohen Energiepreise zu vermeiden oder zumindest zu begrenzen“. Laut dem Landesminister fällt in Brandenburg „eine zunehmende Zahl privater Haushalte durch die Insolvenz von Strombietern oder eine Kündigung in die Grundversorgung“ zurück.

Bis zu 100 Prozent mehr

Für die betroffenen Kunden kann dies Stromkosten zur Folge haben, die zum Teil um mehr als 100 Prozent über ihren bisherigen Tarifen liegen. Besonders drastisch zeigt sich die Entwicklung in der mittelmärkischen Kreisstadt Bad Belzig. Dort ist Ende vergangenen Jahres der kommunale Versorger für Strom, Gas und Fernwärme in die Insolvenz gerutscht.

Aufgrund von Misswirtschaft soll sich das Minus bei den Stadtwerken mittlerweile auf 20 Millionen Euro belaufen. Laut Berichten örtlicher Medien hatte der inzwischen entlassene Stadtwerke-Chef für 2022 nicht genug Gas und Strom eingekauft. Gegen den bisherigen Geschäftsführer steht sogar der Vorwurf im Raum, er habe an der Strombörse spekuliert. „Er



Minister fürchtet mehr Privatinsolvenzen: Steigende Strompreise treiben Familien in die Pleite

Foto: Action Press

hatte Strom, den wir nicht besaßen, an Vattenfall weiterverkauft. In der Hoffnung auf sinkende Preise – aber sie steigen weiter“, so Bad Belzigs parteiloser Bürgermeister Roland Leisegang gegenüber der „Bild“-Zeitung.

Als Folge der Stadtwerke-Insolvenz muss Energie nun zu den extrem hohen aktuellen Preisen am sogenannten Spotmarkt eingekauft werden. Für private Verbraucher und Gewerbetunden bedeutet dies drastische Belastungen.

Gegenüber dem Sender rbb sagte ein alteingesessener Bäckermeister aus der Kleinstadt, bei ihm seien die Kosten für den Gasbackofen von monatlich 800 auf 1500 Euro gestiegen. Ein Wohnungsmieter aus Bad Belzig berichtete dem rbb über eine angekündigte Kostenerhöhung für seine Fernwärmeversorgung: „Nach dieser Erhöhung, die wir jetzt bekommen werden, zahle ich nicht mehr 200, sondern 450 bis 500 Euro. Im Monat!“

In dem Brief an Habeck macht der Landesminister Steinbach auf eine insge-

samt brisante Lage im Land aufmerksam: Parallel zur Pleitewelle bei Billigstrombietern in ganz Deutschland seien auch die Gaspreise für die Wärmeversorgung überdurchschnittlich gestiegen. Im Fall von Brandenburg kommt hinzu, dass ein recht großer Teil der Bürger solche Mehrbelastungen gar nicht verkraften kann.

Betriebe in ihrer Existenz bedroht

Gut ein Drittel der Beschäftigten sind in dem Bundesland nämlich im Niedriglohnssektor tätig. Folgerichtig warnt Brandenburgs Wirtschaftsminister in seinem Brief: „Die vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie bereits jetzt deutlich steigende Zahl der Privatinsolvenzen dürfte damit einen weiteren Schub bekommen.“ Besonders betroffen sind von der Kostenexplosion laut Steinbach neben Privathaushalten auch kleine und mittlere Unternehmen und die energieintensive Wirtschaft.

Offenbar war jenes Schreiben vom 24. Januar nicht der erste Hilferuf aus

Potsdam. Wie aus dem Brief hervorgeht, hatte Brandenburgs Ministerpräsident Woidke bereits am 4. Januar Habeck wegen der Energiepreise angeschrieben.

Die Entwicklung trifft nicht nur den „Klimaminister“ Habeck, sondern die gesamte rot-grün-gelbe Koalition auf dem falschen Fuß. Der bisherige Ampel-Fahrplan sah vor, zur Entlastung der Stromkunden den Aufschlag für die „Erneuerbaren Energien“ (EEG) ab 2023 wegfällen zu lassen. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) hat nun eine Abschaffung der EEG-Umlage im Sommer in Aussicht gestellt.

Möglicherweise kommt dies für einen Teil der Verbraucher und Unternehmen aber zu spät. So mahnt Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes: „Wir brauchen dringend eine Entlastung.“ Auch der Verband der Chemischen Industrie (VCI) warnt, dass der rasante Anstieg der Energiepreise für mittelständische Betriebe der Branche existenzbedrohend sei.

WIRTSCHAFT

Berliner Einzelhandel verzweifelt über 2G-Regeln

Viele Verwaltungsgerichte haben umstrittene Restriktionen gekippt – nicht so die Richter an der Spree

In Stettin sind die Geschäfte gut besucht, viele Kunden sprechen deutsch. Manch ein Berliner oder Brandenburger macht sich auf den Weg in die pommersche Hauptstadt, um dort unbelästigt von Ordnungs- und Gesundheitsämtern „shoppen“ zu gehen. Die Bekleidungskette Ernsting's Family scheiterte vor dem Berliner Verwaltungsgericht gerade mit ihrem Antrag, die 2G-Regeln aufzuheben. Schon vor Weihnachten versuchte es Galeria Kaufhof mit einem ähnlichen Vorstoß.

Woolworth hatte eine Zeit lang davon abgesehen, 2G-Kontrollen bei ihren Kunden überhaupt vorzunehmen, knickte dann aber wieder ein. Verwaltungsgerichte in Niedersachsen, Bayern, Baden-Württemberg und dem Saarland haben allerdings die entsprechenden Maßnahmen ihrer Landesregierungen inzwischen für

rechtswidrig erklärt. Der Unternehmenschef von Ernsting's Family, Timm Hermann, ist wütend. Er sprach von einer „Bananenrepublik“ und kündigte an, weiter juristisch „gegen diesen Regelungssinn“ vorgehen zu wollen.

„Ungesetzlich, undemokratisch“

Nach seinem Scheitern in erster Instanz kann er noch das Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg anrufen. Die Beschlüsse seien „unverhältnismäßig, ungesetzlich, undemokratisch ... Dagegen werden wir klagen, bis zum letzten Euro. Das staatspolitische Versagen muss adressiert werden, zumindest müssen die entstandenen Schäden fair und mit Anstand (und eben nicht verschlagen-schlumpfig ohne jede Integrität) für die ausgeglichen werden, die besondere Opfer bringen.“ Man-

chen erstaunte das ärztlich-virologische Fachwissen, das die Berliner Richter sich selbst zumessen. In deren Urteil heißt es: Angesichts der „extrem hohen Infektionszahlen“ durch die Omikron-Variante und „insbesondere ungeimpfter Personen“ seien die Pflichten für den Einzelhandel verhältnismäßig. Dabei machte das Gericht auch deutlich, dass Hygienemaßnahmen nicht genauso wirksam seien wie die Kontaktvermeidung mit nicht immunisierten Personen. Stichprobenartige Kontrollen reichten ebenso wenig aus. Den Aufwand für das Personal hält die Kammer für vertretbar.

Das Wegbleiben der Kunden und die juristischen Begründungen der gegenteiligen Urteile anderer Bundesländer scheinen die Richter in Berlin nicht von ihrer Linie abgebracht zu haben. So heißt es im

Urteil des OVG Lüneburg: „Die 2G-Regelung im Einzelhandel in der konkreten Ausgestaltung nach § 9a Abs. 1 und Abs. 2 Satz 1 bis 3 der Corona-VO ist derzeit keine notwendige Schutzmaßnahme.“ Im von den 2G-Regeln nicht umfassten Lebensmittelhandel finde der weit überwiegende Teil täglicher Kundenkontakte statt.

Auch die Erforderlichkeit sei zweifelhaft. Der Senat habe bereits mehrfach beanstandet, dass verlässliche und nachvollziehbare Feststellungen zur tatsächlichen Infektionsrelevanz des Geschehens im Einzelhandel fehlten. Es sei nicht ersichtlich, dass die Erforschung von Infektionsumfeldern auch durch das Land Niedersachsen intensiviert worden sei, um die Zielgenauigkeit der Schutzmaßnahmen zu erhöhen. Frank Bücker

KOLUMNE

Mediokratie

VON VERA LENGSELD

In Großbritannien herrscht laut Paul Collier die Mediokratie (Herrschaft der Mittelmäßigen), und der verdienstvolle Migrationsforscher hat ein ganzes Buch – „Das Ende der Gier“ – dazu geschrieben, warum das ein Verhängnis sei. In Deutschland sind wir einen Schritt weiter. Hier herrschen nicht mehr diejenigen, die sich durch Bildung hochgearbeitet, sondern Leute, die Bildung erfolgreich vermieden haben. Inkompetenz scheint inzwischen der sicherste Weg zu hohen politischen oder Staatsämtern zu sein.

Dabei sind die Grünen Schrittmacher, wie ihre jüngste Wahl zum Parteivorsitz zeigt. Gekürt wurden zwei Studienabbrecher: Ricarda Lang und Omid Nouripour. Lang machte in den sozialen Netzwerken vor allem mit infantilen Bildchen Furore, die sie entweder Eis schleckend und bildlich den Stinkefinger hehend oder mit Rotweinglas im Pool zeigen. Dafür beherrscht sie den Klimaphrasen-Baukasten perfekt.

Ihr Co-Vorsitzender ist da schon ein anderes Kaliber. Auch er war der Baerbockschen Versuchung erlegen, seinen Lebenslauf etwas aufzuhübschen, indem er sich als „Promovent“ (sic!) der Germanistik, was immer das sein soll, bezeichnet hat. Schlimmer ist, dass Nouripour bis Mitte 2020 im Beirat der Deutsch-Palästinensischen Gesellschaft tätig war, die Unterstützerin der gegen den Staat Israel gerichteten Kampagne „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) ist. Im April 2013 hatte er gemeinsam mit anderen grünen Abgeordneten eine Kleine Anfrage eingebracht, die auf die Kennzeichnung von Gütern aus israelischen Siedlungsgebieten abzielte.

Seine Vorgängerin Baerbock hatte bereits angekündigt, dass nur unbeeinträchtigte Kritik an Israel nicht erlaubt sei. Mit der Wahl von Nouripour erweitert sich das Spektrum der bei den Grünen erlaubten Israelkritik erheblich. Was wollen uns die Grünen mit ihrer Wahl sagen? Katrin Göring-Eckard twitterte: „Lang ist unsere Bundesvorsitzende, und das ist auch gut so.“ Das ist die Solidarität der Bildungsfernen.

MELDUNG

Mehr Unfälle mit E-Rollern

Berlin – Mit der wachsenden Zahl von mietbaren E-Scootern ist in Berlin auch die Zahl von Unfällen mit solchen Rollern gestiegen. Wie aus der Senatsantwort auf eine Anfrage des Abgeordneten Oliver Friederici (CDU) hervorgeht, wurden zwischen Januar und Ende November 2021 insgesamt 775 Unfälle mit E-Rollern registriert. Im gesamten Jahr 2020 waren es nur 325. Die Zahl der Unfälle hat sich damit mehr als verdoppelt. Die Menge der Verletzten bei solchen Unfällen stieg von 235 im gesamten Jahr 2020 auf 572 in den ersten elf Monaten des Folgejahres. Die Zahl von E-Scootern, die von Verleihfirmen in Berlin angeboten werden, ist durch das Dazukommen von zwei weiteren Anbietern im Jahr 2021 auf mehr als 20.000 gestiegen. Wie aus der Senatsantwort hervorgeht, mussten Beschäftigte der Berliner Bezirke vergangenes Jahr auch immer öfter E-Scooter von Geh- und Radwegen oder aus Grünanlagen entfernen. N.H.

● MELDUNGEN

U.S. Army erhöht Bonus

Washington – Laut dem Chef des United States Army Recruiting Command (USAREC), Generalmajor Kevin Vereen, wird das US-Heer künftig bis zu 50.000 US-Dollar Rekrutierungsbonus an geeignete Bewerber zahlen, die sich für mindestens sechs Jahre verpflichten. Bislang lag die Höchstsumme bei 40.000 Dollar, wobei im Durchschnitt lediglich um die 15.000 Dollar gezahlt wurden und nur gesuchte Spezialisten mehr erhielten. Vereen begründete die Erhöhung mit dem harten Wettbewerb um die besten Köpfe des Landes. Außerdem droht der U.S. Army der Verlust von 10.000 Mann, welche die COVID-19-Impfung verweigern. Solch ein Aderlass ist umso problematischer, als mittlerweile nur noch 29 Prozent der US-amerikanischen Jugendlichen für den Militärdienst geeignet sind. Der Rest scheidet vor allem wegen Fettleibigkeit, des Fehlens eines High-School-Abschlusses oder einer kriminellen Vergangenheit aus. W.K.

Prag will mehr Atomstrom

Prag – Der tschechischen Regierung gehen die Pläne der EU-Kommission zur Einstufung von Kernkraft und Erdgas als klimafreundlich angeblich nicht weit genug. Nach Angaben der in Prag erscheinenden Wirtschaftszeitung „Hospodarske noviny“ hat die liberalkonservative Regierung unter Ministerpräsident Petr Fiala mehrere Änderungsvorschläge nach Brüssel übermittelt. Nach den Vorstellungen der Regierung in Prag soll Atomkraft nicht nur als Übergangstechnologie eingestuft werden. Der Vorschlag der EU-Kommission sieht vor, Genehmigungen für neue Kernkraftwerke nur bis 2045 als Übergangstechnologie auf die Taxonomieliste aufzunehmen. Auf Ablehnung stößt in Prag auch die Forderung, dass Endlager für den radioaktiven Müll bereits bis 2050 betriebsbereit sein sollen. Bislang steuert Kernkraft mehr als ein Drittel zum nationalen Strommix Tschechiens bei. Bis 2040 soll der Anteil auf mehr als die Hälfte ansteigen. N.H.

VON CLAUDIA HANSEN

Nachdem sich die politische Schlinge zuletzt immer fester um Boris Johnsons Hals gezogen hat, scheint er jetzt wieder mehr Luft zu bekommen. Noch vor Kurzem sah es so aus, als drohe ihm unmittelbar ein Misstrauensvotum in der Tory-Fraktion, doch dies ist nun etwas unwahrscheinlicher geworden.

Seit Wochen steht der britische Premierminister wegen der Partygate-Vorfälle unter Beschuss. Ihm wird vorgeworfen, dass während der Corona-Lockdowns in seinem Regierungssitz Downing Street 10 Gartenfeiern und andere Partys zugelassen und teils sogar selbst besucht zu haben.

Ein Untersuchungsbericht der hohen Beamtin Sue Gray sollte klären, ob Johnson und seine Mitarbeiter gegen Corona-Regeln verstoßen haben. Zusätzlich kündigte die Metropolitan Police an, auch sie

werde die Vorkommnisse in Downing Street und Whitehall untersuchen. Plötzlich ergab sich aber aus den beiden Ermittlungen eine Kollision: Die Polizei verlangte, dass Grays Bericht nicht einmal „minimale Hinweise“ über die Partys enthalten dürfe, da dies sonst ihren Ermittlungen vorgreifen würde. Damit wird der wichtigste Teil des Gray-Reports blockiert und fällt keineswegs so hart aus, wie die Opposition und Johnsons Gegner in seiner Partei gehofft hatten.

Ein „gefettetes Schweinchen“

Gray hat in ihrem Bericht, der am Montag endlich veröffentlicht wurde, mehrere klare Rügen verteilt. Einige der Zusammenkünfte in der Downing Street „hätten nicht stattfinden dürfen“. Und „der exzessive Konsum von Alkohol“ sei „an keinem Arbeitsplatz angemessen“. Insgesamt sieht die Beamtin ein Versagen der politischen Führung. Sicherlich keine schmeichelhaften Aussagen über John-

son, doch es hätte schlimmer für ihn kommen können. Erwartbar war, dass Labour und die Liberaldemokraten nach dem Bericht schäumten. Johnson müsse zurücktreten. Mehrere Stunden lang wurde er im Parlament attackiert. Aber Johnson blieb hart, er werde nicht zurücktreten.

Vor Jahren hatte David Cameron, der frühere Premierminister, Boris Johnson einmal als „gefettetes Schweinchen“ bezeichnet, weil „Boris“, wie ihn die meisten nennen, nicht greifbar sei. Er habe die Fähigkeit, sich noch aus der schwierigsten Klemme herauszuwinden. Die „Sunday Times“ zeigte Johnson nun folgerichtig in einer großen Karikatur als fliegendes Ferkelchen, das der Polizei entwischt.

Bislang haben nur wenige Tory-Politiker öffentlich seinen Rücktritt gefordert. Einige Abgeordnete aus dem Norden Englands trafen sich zur „Schweinefleisch-pasteten-Verschörung“ – so genannt, weil im Wahlkreis einer Teilnehmerin der traditionelle „Pork Pie“ erfunden wurde.

Aber die „Pork Pie Plotters“ verfehlten ihr Ziel, genügend Unterschriften von Abgeordneten gegen Johnson zu mobilisieren. Es müssten 54 Briefe zusammenkommen, um ein internes Misstrauensvotum anzustoßen. Möglich, dass es nach dem Bericht der Polizei noch dazu kommt. Aber selbst wenn die Abstimmung käme, sind sich Johnsons Unterstützer sicher, dass sie eine große Mehrheit hinter sich bekommen werden.

In der Bevölkerung ist Johnsons Ruf aber ziemlich ramponiert. Laut Umfragen ist die Konservative Partei deutlich zurückgefallen und lag zeitweise mehr als zehn Prozentpunkte hinter Labour, der linken Oppositionspartei. Neuere Umfragen deuten an, dass der Rückstand etwas geschrumpft ist.

Rishi Sunak will nachfolgen

Von mehreren Seiten gibt es weiter Druck. Johnsons früherer Chefberater Dominic Cummings will sich rächen und versucht ihn mit weiteren Enthüllungen zu stürzen. Viele Abgeordnete sind entsetzt über den Ansehensverlust, doch sie scheuen noch davor zurück, ihren Parteiführer auszutauschen. Als aussichtsreichster Nachfolger gilt den Buchmachern Finanzminister Rishi Sunak, der parteiintern große Beliebtheit genießt, doch ist unklar, ob er auch eine große Wahlkampagne befeuern könnte.

Auf dem rechten Flügel der Tories halten einige Johnson, den Brexit-Kämpfer, inzwischen für zu links. Das liegt auch an seiner Ehefrau Carrie, die sich für grüne Themen und hohe „Klimaschutzziele“ begeistert. Der vor Kurzem zurückgetretene Brexit-Minister Lord David Frost forderte, Johnson solle in seinem Regierungsteam einmal gründlich aufräumen. Er müsse „die Neo-Sozialisten, die grünen Fanatiker und WoKe-Berater“ aus der Nummer 10 rausschmeißen, wenn er überleben wolle. Unmut gibt es in den Tory-Reihen auch darüber, dass Johnson und Sunak an einer Steuererhöhung festhalten, um damit höhere Pflegeausgaben zu finanzieren.

Derweil sucht Johnson sich auf außenpolitischem Terrain zu profilieren und flog kürzlich in die Ukraine, um gegenüber Russland Härte zu demonstrieren. Zudem wird das britische Militär in der Region seine Präsenz deutlich erhöhen.



Während der Premier im britischen Parlament ums politische Überleben kämpft, hält sich im Hintergrund sein Finanzminister als potentieller Nachfolger bereit: Boris Johnson und Rishi Sunak (r.)

Foto: pa

BRITISCHE MONARCHIE

Ein Platin-Jubiläum in gedrückter Stimmung

Königin Elizabeth II. begeht den 70. Jahrestag ihrer Thronbesteigung – Ihr Sohn Andrew ist mit dem Sex-Prozess tief gefallen

Der Buckingham-Palast hat den Kalender mit Feierlichkeiten zum Platin-Jubiläum von Königin Elizabeth II. bekannt gegeben. Straßenfeste und Umzüge, ein Konzert mit „den größten Entertainmentstars der Welt“ sowie die Möglichkeit für Bürger, die Queen persönlich im Palast zu besuchen, stehen auf dem Programm.

Der Festkalender hat schon begonnen mit einem landesweiten Wettbewerb für das beste Rezept für einen neuen Nachtisch – die Briten sagen „Pudding“. Die siegreichen Rezepte werden zum „Big Jubilee Lunch“ im Juni serviert. Dann stehen vier Extra-Feiertage für die ganze Nation an. Ob Elizabeth II. wieder wie beim „Golden Jubilee“ (2002) und beim „Diamond Jubilee“ (2012) in ihrer barocken Goldenen Staatskutsche durch die Straßen fahren wird, steht noch nicht fest. Die Ärzte haben der 95-jährigen Monarchin,

die kürzlich ins Krankenhaus musste, Ruhe empfohlen.

Am 6. Februar jährt sich die Thronbesteigung zum 70. Mal. Als ihr Vater George VI. 1952 starb, musste die junge Elizabeth, die sich damals mit ihrem Ehemann Philip in Kenia auf Reisen befand, ziemlich Hals über Kopf die Pflichten als Staatsoberhaupt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland übernehmen, dessen Empire damals schon bröselte (Indien hatte schon 1947 die Unabhängigkeit erlangt) und in den folgenden Jahren mit der Entkolonialisierung Afrikas weitestgehend zerfiel.

So sehr sich Großbritannien seitdem radikal verändert hat, über alle politischen Krisen hinweg und auch in der Zeit schwerster Verwerfungen in der königlichen Familie – besonders zwischen Prinz Charles und Prinzessin Diana und nach

deren Unfalltod 1997 – blieb Elizabeth II. für die Briten ein Fels in der Brandung.

Ruhig, unerschütterlich, freundlich und solide: So nimmt die große Mehrheit ihrer Untertanen sie wahr. Elizabeth ist das Gesicht der Monarchie, sie hält „die Firma“ zusammen. Aber die greise Monarchin, die nun schon deutlich länger als Königin Victoria im 19. Jahrhundert regiert, weiß auch, dass ihre Ära nicht ewig dauern wird.

Viele Schatten auf der Monarchie

Ihr diesjähriges Jubiläum begeht sie nach dem Tod von Prinzgemahl Philip, des Herzogs von Edinburgh, als Witwe. Und der Buckingham-Palast hat intern natürlich schon diskret Pläne vorbereitet, was im Fall ihres Ablebens passieren wird. Dann kommt der heute 73-jährige Charles an die Reihe, der offenbar nicht daran

denkt, zugunsten seines Sohnes Prinz William zu verzichten.

Ob Elizabeth derzeit wirklich zum Feiern zumute ist, darf man bezweifeln. Nicht nur der Verlust Philips im April 2021 bedrückt sie. Anfang 2020 hatte sich ihr Enkel Harry mit seiner US-amerikanischen Ehefrau Meghan Markle unrühmlich zurückgezogen und ist von seinen Pflichten in der königlichen Familie zurückgetreten. Prinz Harry und Meghan, die sich Herzogin von Sussex nennen darf, jammerten dann in Interviews mit der Talkmasterin Oprah Winfrey über angebliche rassistische Bemerkungen aus der Königsfamilie. Ansonsten sind sie damit beschäftigt, in Amerika Millionen mit Podcasts über mentale Gesundheit für Netflix zu verdienen.

Am schwersten trifft Elizabeth derzeit der tiefe Fall ihres zweitgeborenen Soh-

nes Andrew, der im Strudel der Ermittlungen um den Pädosexualstraftäter Jeffrey Epstein feststeckt. Andrew war ein langjähriger Freund des Multimillionärs, der 2019 in U-Haft nach offiziellen Angaben Suizid verübte, und seiner Partnerin Ghislaine Maxwell, die ihm reihenweise minderjährige Mädchen zugeführt hatte.

Eine damals 17-jährige Amerikanerin wirft Prinz Andrew vor, er habe sie vor rund 20 Jahren vergewaltigt, was er bestreitet. Der Druck angesichts des beginnenden US-Prozesses wurde aber immer größer, sodass die Queen Andrew, dem sie sehr nahesteht, Mitte Januar sämtliche militärischen Dienstgrade und royalen Schirmherrschaften entzogen hat. Auch die Anrede „Your Royal Highness“ darf er nicht mehr für sich in Anspruch nehmen. So richtig glücklich dürfte in der ganzen Familie derzeit kaum jemand sein. C.H.

VON LYDIA CONRAD

Die 1927 in Berlin gegründete Schutzgemeinschaft für Absatzfinanzierung, die jetzt unter der Bezeichnung Schufa Holding AG firmiert, ist die aktuell größte und wichtigste Wirtschaftsauskunftei in der Bundesrepublik Deutschland. Wer beispielsweise ein Girokonto eröffnen, einen Mobilfunkvertrag abschließen oder einen Kredit aufnehmen will, kommt nicht an der Bonitätsprüfung via Schufa vorbei. Diese kann dabei auf fast eine Milliarde Einzeldaten über rund 68 Millionen natürliche Personen sowie sechs Millionen Unternehmen zurückgreifen und bearbeitet im Jahr mehr als 165 Millionen Anfragen ihrer rund 10.000 Großkunden. Der hiermit erzielte Umsatz beläuft sich auf über 200 Millionen Euro. Die Aktien der Schufa sollen insgesamt 2,1 Milliarden Euro wert sein. Das heißt, die Wirtschaftsauskunftei, welche die Kreditwürdigkeit der überwiegenden Mehrzahl aller Deutschen beurteilt und so auch deren wirtschaftliches Wohl und Wehe in entscheidender Weise mitbestimmt, ist keine staatliche Behörde, sondern eine Privatfirma.

Hervorragendes Wachstumspotential

Die größten Anteilseigner an der Schufa waren bislang Kreditbanken (34,7 Prozent), Sparkassen (26,4 Prozent), Privatbanken (17,9 Prozent) und Genossenschaftsbanken (7,9 Prozent). Doch das soll nun anders werden, wenn es nach dem schwedischen Finanzinvestor EQT Partners AB geht, hinter dem die Industriellenfamilie Wallenberg steht. Der verwaltet inzwischen Fonds im Wert von über 73 Milliarden Euro und möchte in nächster Zeit weitere 20 Milliarden Euro anlegen. Vor diesem Hintergrund richtet sich der Blick der EQT unter anderem auf die Schufa, die nach Ansicht der Schweden ein hervorragendes Wachstums- und Innovationspotential besitzt, dieses aber „bei Weitem“ nicht ausschöpft. Im Oktober 2021 vereinbarte die Gesellschaft mit der französischen Großbank Société Générale, deren zehnpromzentigen Anteil an der Schufa zu erwerben. Darüber hinaus verhandelte die EQT auch mit der Deutschen Bank, der Targobank und der Commerzbank über weitere Aktienkäufe und kündigte gegenüber dem Bundeskartellamt an, künftig zum Mehrheitsaktionär der Schufa werden zu wollen – möglicherweise, um potentiellen Konkurrenten aus der Investmentbranche wie der britisch-amerikanischen Beteiligungsgesellschaft Hellman & Friedman zuvorzukommen.



Daran kommt kein Kreditnehmer in Deutschland vorbei: Einwilligung zur Bonitätsauskunft der Schufa

UNTERNEHMENSKAUF

Schwedischer Finanzinvestor hat Interesse an der Schufa

EQT-Konzern will die wichtigste deutsche Wirtschaftsauskunftei kaufen und modernisieren – Sparkassen und Genossenschaftsbanken sind dagegen

Das rief die Sparkassen und Genossenschaftsbanken auf den Plan, die nun offenbar ebenfalls anstreben, über 50 Prozent der Anteile an der Schufa zu erlangen. Was ihnen auch gelingen könnte, wenn sie von den verbrieften Vorkaufsrechten Gebrauch machen, welche all jene besitzen, die schon seit längerem Aktionäre der Wirtschaftsauskunftei sind. Als Grund für den Widerstand gegen die Pläne der EQT geben die Geldinstitute an, „die bewährten Strukturen der Schufa dauerhaft sichern“ und die „bisherige Strategie des Managements“ unterstützen zu wollen. Doch genau das liegt weder im Interesse der Schufa noch von Millionen deutscher Unternehmen und Privatpersonen. Denn zum einen wäre die EQT bereit, einen dreistelligen Millionenbetrag zur Verfügung zu stellen, um den In-

vestitionsstau innerhalb der Auskunftei zu beseitigen und deren Wachstum zu beschleunigen – auch und gerade im Hinblick auf die immer größer werdenden Herausforderungen durch die enorme Zunahme des Internethandels. Zum anderen wollen die Schweden die Schufa nicht nur moderner und digitaler, sondern auch transparenter sowie verbraucherfreundlicher machen. Und in letzterer Hinsicht gäbe es tatsächlich eine Menge zu tun.

Schufa seit Langem in der Kritik

Immerhin steht die Schufa schon des Längeren in der Kritik von Verbraucherschutzverbänden, Datenschutzbeauftragten und Juristen: Das Unternehmen schaffe „gläserne Bürger“ und weise zugleich beachtlich hohe Fehlerquoten auf, weil seine Da-

ten teilweise unvollständig, veraltet oder falsch seien. Zudem bleibe weitgehend ungeklärt, wie die Schufa eigentlich genau vorgehe, wenn sie den sogenannten Scorewert eines Verbrauchers berechne, der Auskunft über die Wahrscheinlichkeit von Kreditausfällen gebe. Mit diesen Missständen will die EQT aufräumen, was insofern glaubwürdig klingt, als sie bereits den Kontakt zu Daten- und Verbraucherschützern gesucht hat, um ihre Pläne vorzustellen. Außerdem versicherten die Schweden, keinerlei Firmendaten außerhalb von Europa speichern zu wollen.

Nun steht abzuwarten, ob die Beharrungskräfte siegen und die Schufa weiter als undurchsichtige Datenkrake herkömmlicher Art agiert oder ob sich die EQT durchsetzt und die Wirtschaftsauskunftei modernisiert.

TAXONOMIE-LISTE

Planwirtschaft mit Spaltpotential

EU-Einstufung von Erdgas- und Atomstrom führt zur Glaubwürdigkeitskrise der Ampel-Koalition

Mit einer Taxonomieliste will die EU-Kommission Investoren einen Leitfadens für nachhaltige Finanzierungen in die Hand geben. Für die Ampel-Koalition hat sich dieses Vorhaben zu einem Glaubwürdigkeitstest entwickelt.

Ein Vorschlag, den die EU-Kommission Ende Dezember präsentiert hat, sieht vor, neben Erdgas auch Atomstrom zumindest befristet als „grüne“ Energie einzustufen. Der CSU-Europapolitiker Markus Ferber sieht in der Berücksichtigung von Kernkraft eine Niederlage von Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gegen Präsident Emmanuel Macron. Frankreichs Führung hatte sich vehement für die Einstufung von Atomkraft als nachhaltige Energiequelle eingesetzt, während die deutsche Regierung dies abgelehnt hatte. Als Teilerfolg kann die Bundesregierung für sich die Aufnahme von Erdgas auf die Taxonomieliste verbuchen. Innerhalb der Ampel-Koalition

haben sich damit SPD und FDP gegen die Vorstellungen der Grünen durchgesetzt. Ein Beharren der Grünen auf ihrer Position hätte sehr wahrscheinlich zu einem schweren Koalitionskrach geführt.

Ein Problem droht den Grünen nun allerdings von anderer Seite. Ein Bündnis von Umwelt- und Naturschutzorganisationen hat die Bundesregierung aufgerufen, im EU-Ministerrat gegen den Vorschlag der Kommission zu stimmen. Zu dem Bündnis gehören unter anderem Greenpeace, Nabu, BUND und Deutsche Umwelthilfe. Beugen sich die Grünen bei den Brüsseler Taxonomieplänen weiterhin der Koalitionsdisziplin, dann riskieren sie einen Bruch mit diesen Verbänden, die teilweise seit Jahrzehnten wichtige Verbündete waren.

Angesichts der Mehrheitsverhältnisse ist zweifelhaft, dass ein „Nein“ im EU-Ministerrat die Taxonomieliste stoppen kann.

Die Regierungen Österreichs und Luxemburgs haben inzwischen angekündigt, juristisch gegen die Aufnahme von Kernenergie und Erdgas in die EU-Taxonomie-Regeln vorgehen zu wollen.

Klagen könnten erfolgreich sein

Folgt man der Einschätzung des EU-Experten Götz Reichert, dann hätten entsprechende Klagen beim Europäischen Gerichtshof sogar gute Erfolgsaussichten. Reichert, der die Abteilung für europäisches Energierecht am Centrum für europäische Politik leitet, erklärte gegenüber dem „Tagesspiegel“, im Falle einer Klage müsse der Europäische Gerichtshof die Vorgaben der EU-Kommission für die Förderung von Atom- und Gaskraftwerken für nichtig erklären. Reichert verwies dabei auf den Europavertrag, der die Regelung „wesentlicher Aspekte“ durch einen delegierten Rechtsakt der EU-Kommission

ausdrücklich verbietet. „Über derart wesentliche Grundsatzfragen darf, wenn überhaupt, allenfalls der EU-Gesetzgeber selbst – also Europäisches Parlament und Rat – befinden“, so Reichert.

Erstaunlich wenig diskutiert wird bislang, dass die Taxonomiepläne der EU-Kommission auch einen Glaubwürdigkeitstest für die FDP darstellen. Noch im Bundestagswahlprogramm 2021 hatten die Liberalen „die Rückkehr zu marktwirtschaftlichen Prinzipien“ gefordert. Eine Kommentatorin wies in der „Wirtschaftswoche“ unlängst darauf hin, dass die Taxonomieliste der EU-Kommission einen mit Planwirtschaft einhergehenden Versuch darstellt, „Wirtschaftsaktivitäten in gut und böse“ einzuteilen. Wie der Streit in der EU um die Einstufung von Erdgas und Atomstrom zeigt, spielen dabei weniger wissenschaftliche Kriterien eine Rolle als vielmehr politische. N.H.

MELDUNGEN

Fehlende Kapazitäten

Krefeld – Deutschlands größte Handformgießerei, das Unternehmen Siempelkamp mit Sitz in Krefeld, hat mit Blick auf die Energiewendepläne von Wirtschaftsminister Robert Habeck auf drohende Kapazitätsengpässe bei Gusseisenteilen hingewiesen. Die Pläne des Grünen-Politikers sehen vor, jährlich bis zu 1500 neue Windräder aufzustellen. Nach Angaben von Siempelkamp fehlen für die Umsetzung dieses Plans jedoch die entsprechenden Kapazitäten in den Gießereien. Sowohl die Naben für die Rotorblätter der Windkraftanlagen als auch die Verbindungsteile zwischen Nabe und Rotorblättern bestehen aus handgefertigten Gusseisenteilen. Wie die „Wirtschaftswoche“ berichtet, müssten zur Umsetzung von Habecks Windkraftplänen jährlich 230.000 Tonnen Güsse produziert werden. Die Kapazitäten in deutschen Gießereien liegen nach diversen Betriebsschließungen aber nur noch bei jährlich 550.000 Tonnen. Schon jetzt sind die deutschen Gießereien voll ausgelastet, ebenso die Gießereien im übrigen Europa, die große Gussteile herstellen können. N.H.

Neue deutsche Großbank

Frankfurt am Main – Die US-amerikanische Großbank J.P. Morgan Chase fasst große Teile ihres Europa-Geschäfts zu einer rechtlichen Einheit zusammen, die ihren Sitz in Frankfurt hat. Im Zuge des Verschmelzungsprozesses sind zunächst die Luxemburger und die irischen Ableger von J.P. Morgan Chase in der deutschen J.P. Morgan AG aufgegangen. Diese ist nun in eine europäische Societas Europaea (SE) mit Sitz in Frankfurt umgewandelt worden. Wie das Institut mitteilte, entsteht damit die fünfgrößte deutsche Bank mit einer Kapitalbasis von 34 Milliarden Euro. Europaweit zählt die neue J.P. Morgan SE zu den 20 größten Banken. Chef der neuen Einheit wird Stefan Behr. Der Deutsche sieht vor allem im Geschäft mit dem Mittelstand Wachstumspotenziale für die Bank. Die bisherige J.P. Morgan AG war in Deutschland bislang vor allem als Investmentbank und für Unternehmenskunden tätig gewesen. N.H.

Berlin kriegt am meisten

Berlin – Beim sogenannten Finanzkraftausgleich der Bundesländer hat die deutsche Hauptstadt im vergangenen Jahr die höchste Summe erhalten. Das Land erhielt mit 3,6 Milliarden Euro 147 Millionen mehr als 2020. Es folgte Sachsen mit rund 3,2 Milliarden Euro. Das waren über eine halbe Milliarde Euro mehr für den Freistaat als 2020. Pro Einwohner erhielt die Freie Hansestadt Bremen mit 1233 Euro am meisten, gefolgt von Berlin mit 983 Euro. Größtes Geberland war erneut der Freistaat Bayern mit gut neun Milliarden Euro, gefolgt von Baden-Württemberg mit vier Milliarden Euro. Insgesamt wurden 2021 gut 17,1 Milliarden Euro von finanzstarken zu finanzschwächeren Ländern umverteilt. N.H.

KOMMENTARE

Grünes Lehrstück

RENÉ NEHRING

Die Grünen haben eine neue Parteispitze. Die innere Logik der einstigen „Anti-Parteien-Partei“ will es noch immer, dass Partei- und Staatsämter nicht in den Händen derselben Personen liegen sollen. Was dazu führt, dass die Grünen nach der für sie erfolgreichen Bundestagswahl nicht etwa Vizekanzler Habeck und Außenministerin Baerbock als Vorsitzende bestätigt haben, sondern Omid Nouripour und Ricarda Lang zu neuen Vorsitzenden gewählt wurden. Der eine 46 Jahre alt und Sohn iranischer Luftfahrttechniker sowie seit 2006 Abgeordneter des Deutschen Bundestags. Die andere eine 28 Jahre alte Tochter einer alleinerziehenden Sozialarbeiterin und seit vergangenem Herbst Abgeordnete im Reichstag.

Was Nouripour und Lang vereint ist, dass beide nach dem Erreichen des ersten Versorgungspostens in der Politik ihr Studium abgebrochen haben. Wahrscheinlich sind die Grünen noch immer die einzigen, wo man mit dieser Nicht-Qualifikation Parteivorsitzender wer-

den kann und noch nicht einmal einen Alibiabschluss braucht.

Allerdings sind die Grünen von heute nicht irgendeine politische Kraft, sondern durch ihre Beteiligung an der Bundesregierung (in der sie den Vizekanzler, fünf Minister und 13 parlamentarische Staatssekretäre beziehungsweise Staatsminister stellen) sowie an zehn Landesregierungen so einflussreich wie kaum eine andere Partei in diesem Land. Insofern ist es keineswegs egal, wer dort an der Spitze steht. Und insofern sagt diese Vorstandswahl eine Menge darüber aus, welch geringen Stellenwert eine gute Ausbildung und ein breites Allgemeinwissen sowie Erfahrung im realen Leben in weiten Teilen der Politik heute haben.

Natürlich schreibt kein Gesetz irgendeine Mindestqualifikation für die Besetzung politischer Ämter vor. Nur braucht sich angesichts eines solchen Spitzenpersonals niemand zu wundern, dass in diesem Lande in letzter Zeit so wenig gelingt. Geschweige denn, dass im Katastrophenfall jemand da wäre, der die Deutschen zuverlässig durch die Krisen führen könnte.

Feige Deutsche?

HANS HECKEL

Zugegeben: Die Sendung von 5000 (gebrauchten!) Militärhelmen an die ukrainischen Streitkräfte als Zeichen deutscher „Solidarität“ ist ein Witz. Den internationalen Spott, der sich deshalb über Berlin ergießt, hat sich die Bundesregierung verdient, und es gibt wohl keinen Deutschen mehr, dem die Sache nicht unangenehm wäre.

Aber dieser einzelne Vorgang sollte nicht den Blick für das Ganze trüben. Die Vorwürfe, Deutschland schere aus der westlichen Allianz aus, verrate die westlichen Werte, hege gar heimlich Sympathie für einen Despoten oder verhalte sich schlicht feige, diese Vorwürfe rufen Erinnerungen wach.

Denn der Tonfall ist nur allzu bekannt. Wir hörten ihn bereits, als sich die Bundesregierung nach „Nine Eleven“ nicht bereit fand, den irakischen Abenteuern der US-amerikanisch geführten Koalition mit eigenen Truppen

beizuwohnen. Und ähnlich aufgebracht wurde Berlin auch in die Zange genommen, als der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle 2011 im Welt-sicherheitsrat der UNO seine Zustimmung zur Invasion Libyens verweigerte.

Was wurde aus den beiden Operationen? Wie haben sich die betroffenen Regionen infolge der westlichen Interventionen weiterentwickelt, was also wurde erreicht?

Gewiss, zwei Diktatoren wurden beseitigt, gut so. Aber das ist auch schon alles. Dafür sind diese Länder in ein endloses Chaos gestürzt worden. Der Versuch von „Nation Building“ und dem Aufbau stabiler staatlicher, gar demokratischer Strukturen ist kläglich gescheitert, kurz: Deutschland lag mit seiner Zurückhaltung richtig, die USA und ihre Koalitionen lagen falsch.

Heute gilt es, das Aufschaukeln zu einem Krieg, den eigentlich keiner will, zu verhindern. Zurückhaltung erscheint da als klügste Strategie.



Hexenverbrennungen gibt es in der Gegenwart zwar nicht mehr. Doch auch heute sind die Existenzen missliebiger Menschen keinesfalls sicher. Foto: Shutterstock

KOLUMNE

Moderne Hexenverfolgung

FLORIAN STUMFALL

Das katalanische Parlament in Barcelona hat einen erstaunlichen Beschluss gefasst. Nach rund 300 Jahren wurde für rechtens erkannt, dass mehr als 700 Frauen posthum zu begnadigen seien, die vom 15. bis zum 18. Jahrhundert wegen Hexerei hingerichtet worden sind. Einige hervorgehobene und namentlich bekannte der weiblichen Opfer seien dadurch zu ehren, dass nach ihnen in Barcelona und anderswo in Katalonien Straßen benannt werden sollen.

Ein heroischer Entschluss fürwahr. Auch wenn er ein wenig spät erfolgt, so zeigt er doch, dass daran gutgetan ist, aus der Höhe einer edleren Moralität die Verfehlungen früherer Zeiten zu benennen und darüber den notwendigen Richtspruch zu sprechen. So jedenfalls sollte man meinen.

Auch tut es not zu erwägen, was alles dazu hatte führen können, dass jemals Hexen haben gefoltert, gehängt oder verbrannt werden können. Dazu gehörte als erstes ein in sich schlüssiges Konzept zur Darstellung des Zusammenhangs von schuldhaftem Treiben und schädlichen Folgen. So waren es vor Jahrhunderten Missernten, Seuchen oder Naturkatastrophen, die man als Folgen der üblen Umtriebe vor allem von Hexen erkannte. Nach dieser Einsicht richteten sich denn auch Ahnung des Frevels und die Bemühung, weitere Unbill abzuwenden. Beides sollte durch den bitteren Tod der Schuldigen gleichermaßen erfolgen.

Wer heute vom Entschluss des katalanischen Parlaments hört, wird dankbar daran denken, dass wir uns heute frei von Hexen und ihren Machenschaften fühlen dürfen – ebenso frei wie von frühzeitlichen Instrumentarien des Strafvollzugs, wie sich die Anwendung von Rad, Streckbank und Scheiterhaufen darstellt. Und doch sind einige Teile des Regelwerks der Hexenverfolgung auch heute noch bekannt, verfügbar und oftmals Mittel in der politischen Auseinandersetzung.

Corona-Maßnahmen

Da fällt auf – zunächst von außen gesehen –, dass ein aufgewühlter Haufen von Menschen, der durch eine wirksame Beeinflussung ziemlich um den Verstand, jedenfalls um die Fähigkeit kühlen Überlegens gebracht worden ist, gewissermaßen den Untergrund für alles Folgende bildet.

Wer Hexen verbrennen, oder – um es neuzeitlich auszudrücken – Querdenker, Verschwörungstheoretiker oder vorgebliche Rechtsradikale mundtot machen will, tut das am besten in einer Arena, deren Plätze von einem Publikum besetzt sind, das unter sich einer Meinung ist. Nämlich derjenigen, die der Besitzer der Arena vorgegeben hat.

Auch dieses Bild bedarf der neuzeitlichen Ausformung. Heute ist eine Arena nicht mehr ein offenes Rund, in dem sich die Dinge entscheiden, es sei denn beim Fußball. Vielmehr setzen die Medien die

Inquisition sagt: Tod oder Leben. Dazwischen gibt es nichts.

Mechanismen der Gegenwart

Freilich brauchen Anklage, Verhandlung und Verurteilung so etwas wie eine Beweisführung, die es möglich machen soll, den Delinquenten nach außen einigermaßen glaubhaft seinem Schicksal zu überführen. Früher haben, wie gesagt, Missernten, Seuchen und Naturkatastrophen dazu gedient, die materielle Voraussetzung für eine Anklage zu schaffen. Das ist heute nicht viel anders.

Was die Seuchen angeht, so ist Corona mit allen Begleiterscheinungen sozusagen gerade zur rechten Zeit gekommen. Denn, von allen medizinischen Gegebenheiten und Implikationen abgesehen, ist entscheidend, was der politische Wille aus dieser Vorgabe macht. Bislang ist auf diesem Feld jedenfalls die Möglichkeit eines entscheidenden Eingriffs in die Bürgerrechte festzustellen. Was die Naturkatastrophen angeht, so haben wir zur Befriedigung dieses den Glaubenssatz zur Verfügung, dass eine angebliche Erwärmung des Globus angeblich von den Menschen gemacht wird. Dazu nur in Parantese: Das arktische Eis reicht derzeit bis zur sibirischen Küste und ist dort zwei Meter dick.

Nun gut, mag jemand vorbringen, jedenfalls sind wir darüber hinaus, Hexen zu verbrennen, ein unverkennbarer Fortschritt. Das ist richtig. Doch ist dieser Vergleich einseitig. Denn zu einer Zeit, in der jeder harmlose Taschendieb dem Galgen überliefert worden ist, stellte die Verbrennung ein entsprechendes Strafmaß dar. Heute kann es auch auf die Haut gehen: Wenn ein Universitätsprofessor seinen Lehrstuhl verlieren kann, weil er die Meinung äußert, dass es Mann und Frau gebe und dies auf naturwissenschaftlichem Wege darzustellen sei, dann sind wir von der Vernichtung der Existenzen missliebiger Menschen nicht mehr weit entfernt.

Renaissance und Aufklärung trennen uns geistesgeschichtlich vom Mittelalter. Doch dieser Unterschied erschöpft sich nicht im Strafmaß bei Übeltaten. Entscheidend ist die Einsicht in die Art des einzelnen als Träger von Recht und Wert und Würde. Und dagegen wird mehr und mehr verstoßen.

● Der Autor ist ein christsoziales Urgestein und war lange Zeit Redakteur beim „Bayernkurier“.

Einige Teile des Regelwerks der Hexenverfolgung sind auch heute noch bekannt, verfügbar und oftmals Mittel in der politischen Auseinandersetzung

Bedingungen dessen, was an Meinung zugelassen ist und was verworfen wird. Das heißt, an Zahl sind diejenigen, die diese Auslese treffen, sehr viel weniger als das gesamte Publikum, und daher ist es der Politik sehr viel leichter, jenes in den Griff zu bekommen. Das ist der Augenblick, in dem das Mehrheitsprinzip als Grundlage demokratischer Entscheidungen – nicht in seiner Geltung, aber in seiner Wirkung – außer Kraft gesetzt wird.

Das zweite, was heute an die Hexenverbrennung erinnern muss, ist die absolute Trennung, eine Trennung ohne Nuancen zwischen Erkenntnis und Irrtum. Wie damals beanspruchten die Herrschenden die Wahrheit ohne Einschränkung für sich und teilen jenen, die den Gegenpart bilden, den ganzen Irrtum zu. Und das tun sie in einer Weise, die mit einer Feststellung des Irrtums eine Schuld verbindet. Die Ausbildung einer abweichenden Meinung wird zum moralischen Fehlverhalten. Eine Möglichkeit, untereinander aufzuwägen, in Teilen zu urteilen, überhaupt zu argumentieren, ist nicht gegeben. Die

Preußische Allgemeine

IMPRESSUM

Chefredakteur: René Nehring (V.i.S.d.P.)

Verantwortliche Redakteure: Politik, Wirtschaft, Berlin, Mensch & Zeit: Hans Heckel; Kultur, Lebensstil, Leserbrief: Harald Tews; Geschichte, Preußen: Dr. Manuel Ruoff; Buchseite, Bildredaktion, Ostpreußen heute: Manuela Rosenthal-Kappi; Heimatarbeit: Christiane Rinser-Schrut; Die Pommersche Zeitung: Brigitte Stramm.

Korrespondenten: Norman Hanert (Berlin), Edyta Gladkowska (Allenstein).

Verlag und Herausgeber: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchstraße 4, 22087 Hamburg.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehlmarnstr. 1, 24782 Büdelsdorf. ISSN 0947-9597.

Die Preußische Allgemeine Zeitung ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Die in der Preußischen Allgemeinen Zeitung (PAZ) geäußerten Meinungen geben nicht unbedingt die Meinung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. (LO) wieder. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autoren und nicht unbedingt die der Redaktion oder der LO wieder. Auch die Werbetexte der von externen Personen und Organisationen geschalteten Anzeigen geben nicht unbedingt die Meinung der LO und der PAZ wieder.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2021:

Inland 14 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 16,50 Euro, Luftpost 20,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Einzelverkaufspreis: 3,40 Euro.

Anzeigen: Ingrid Stuthmann. Es gilt Preisliste Nr. 34.

Konten: Commerzbank AG, IBAN: DE64 2004 0000 0634 2307 01, BIC: COBADEFFXXX oder Postbank Hamburg, IBAN: DE44 2001 0020 0008 4262 04, BIC: PBNKDEFF (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht haftet.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion/Anzeigen (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-32
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet: www.paz.de

E-Mail: redaktion@paz.de
anzeigen@paz.de
vertrieb@paz.de

Landsmannschaft Ostpreußen: www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle: lo@ostpreussen.de

Der eiserne Rudolf

Vor 75 Jahren starb Hans Fallada – Die Kommunisten wollten ihn nach 1945 zum Aushängeschild machen

VON ERIK LOMMATZSCH

Am 8. Mai 1945 sah es für Rudolf Ditzzen nicht gut aus. Zwei Sowjetsoldaten brachten ihn zur Feldberger Kommandantur. Die kleine Stadt im Südosten Mecklenburgs war wenige Tage zuvor kampfflos eingenommen worden. Auf dem von Ditzzen bewohnten Grundstück hatte man eine weggeworfene SS-Uniform gefunden. Irritiert erklärte er, mit dem NS-Staat nichts gemein gehabt zu haben, im Gegenteil: Er sei Schriftsteller, bekannt unter dem Pseudonym Hans Fallada. Man ließ ihn gehen.

Schon am nächsten Tag hatte sich das Blatt komplett gewendet. Auf Geheiß der Sowjets versammelten sich die Bewohner von Feldberg anlässlich des „Tages des Sieges“ vor der Kommandantur. Ein Offizier holte ihn auf den Balkon, eine Rede an die Menge sollte er halten. Wodkagestärkt kam der alles andere als von seiner diesbezüglichen Eignung überzeugte Autor dem Ansinnen nach. Ein Zeitzeuge erinnerte sich an Worte wie: „Auf diesen Augenblick habe ich zwölf Jahre lang gewartet. Wie ist unser Leben mit Füßen getreten worden ...“

So recht nahmen es ihm die Zuhörer nicht ab. Fallada, der kein eifernder Nationalsozialist war, hatte sich in der Zeit des „Dritten Reiches“ nicht über mangelnde Absatzzahlen seiner Werke zu beklagen. Bekannt geworden war der am 21. Juli 1893 in Greifswald geborene Juristensohn spätestens mit dem 1931 veröffentlichten Roman „Bauern, Bonzen und Bomben“, der manchem eher als Reportage gilt. Weitere Werke im Stil der „Neuen Sachlichkeit“ schlossen sich an, etwa „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“.

Falladas sozialkritische Stoffe erfreuten sich großen Interesses. Hinzu kamen Werke mit Unterhaltungscharakter und Kinderbücher wie „Geschichten aus der Murkelei“. Dem schriftstellerischen Erfolg gegenüber stand ein Leben, das geprägt war von Alkohol- und Drogenabhängigkeit, Exzessen, Klinikaufenthalten, Entziehungskuren sowie Gefängnisstrafen wegen Unterschlagung.

Im Februar 1945 hatte er seine zweite Frau, Ursula Losch, geheiratet, durch die er auch wieder zum Morphin kam, von dem er sich über mehrere Jahre hatte fernhalten können. Was sich die Besitzer

davon versprochen, ausgerechnet Fallada eine Woche nach seiner Rede zum „Tag des Sieges“ zum Bürgermeister von Feldberg zu bestimmen, bleibt unklar. Die Legende will wissen, dass die Sowjets Falladas 1932 veröffentlichten Erfolgsroman „Kleiner Mann – was nun?“ kannten und den Autor als einen „der Besten“ des deutschen Volkes betrachteten. Mitte August 1945, nach gerade einmal drei Monaten, war das Bürgermeister-Intermezzo im Leben Falladas beendet, er wurde ins Krankenhaus eingeliefert, von Überarbeitung, vor allem aber Alkohol war die Rede.

Anschließend ging er mit seiner Frau nach Berlin. Die von den Sowjets installierte Verwaltung nahm sich des begabten Schriftstellers an, dessen Qualitäten man für die eigene Sache zu nutzen gedachte. Insbesondere Johannes R. Becher, Präsident des gerade gebildeten „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“ und später Kulturminister der DDR, bemühte sich sehr um Fallada. Der Name des in den 1920er Jahren als expressionistischer Dichter hervorgetretenen Becher war Fallada – kurioserweise – bis zum ersten Zusammentreffen im Oktober 1945 völlig unbekannt.

Ein „literarischer Alibisucher“

Als freier Mitarbeiter erhielt Fallada für seinen Lebensunterhalt Honorare von der „Täglichen Rundschau“, einer von der Roten Armee herausgegebenen Zeitung. Im „Städtchen“, einem durch die Sowjets abgeschirmten Gebiet in Berlin-Niederschönhausen, am späteren Abjaskowskiring, bezog er eine Villa. Abzuwehren waren Vorwürfe aus den westlichen Zonen. So urteilte etwa der Journalist Hans Habe im Februar 1946, aus dem Roman „Wolf unter Wölfen“ von 1937 werde deutlich, dass Fallada „ein literarischer Alibisucher des Hitlertums“ gewesen sei.

Tatsache ist, dass sich namentlich Joseph Goebbels sehr angetan vom Werk Falladas gezeigt hatte. Der „Kulturbund“ räumte anlässlich des Beitritts des Schriftstellers ein, dass es nur ganz wenigen Menschen gelungen sei, „das faschistische Gift nicht in sich wirksam werden zu lassen. Hans Fallada gehört nicht zu diesen wirklich Auserlesenen.“

Stark von der Sucht beherrscht, gelangen Fallada in dieser letzten Phase seines Lebens noch zwei Romane. Der dann erst posthum veröffentlichte „Alpdruck“ trägt



FOTO: ARCHIVGAMES

Fallada in einer Zeichnung des „Vater und Sohn“-Schöpfers e. o. plauen

stark autobiographische Züge. Vor allem erhoffte man sich von offizieller Seite den großen „antifaschistischen“ Widerstandsroman, Becher dachte sogar an die „unsterbliche Chronik unseres zweiten dreißigjährigen Krieges“. Auf der Grundlage einer Gestapoakte entstand der Roman „Jeder stirbt für sich allein“. Die Protagonisten Anna und Otto Quangel entschließen sich nach dem Tod ihres einzigen Sohnes an der Front oppositionell tätig zu werden, auf ihre Weise. Sie legen selbstgeschriebene Postkarten mit Aufrufen gegen das NS-Regime aus, werden überführt und hingerichtet.

Fallada hat diesen mehrere hundert Seiten umfassenden Roman innerhalb von nicht einmal vier Wochen im Herbst 1946 zu Papier gebracht. Becher scheute sich nicht, den Schriftsteller auch mit Drogen zu versorgen, um dessen Arbeit zu ermöglichen. Nach Abschluss des Manuskripts folgte abermals ein Zusammen-

bruch, Fallada starb schließlich am 5. Februar 1947, nicht einmal 54 Jahre alt.

Obwohl an Qualität anderen Büchern nicht nachstehend, war der Roman für die Kulturfunktionäre der sowjetischen Besatzungszone und der späteren DDR eine Enttäuschung. Zu wenig heroisch war der Widerstand gezeichnet, zu differenziert und widersprüchlich die Charaktere. Den gewünschten, holzschnittartigen Identifikationsroman sollte erst Bruno Apitz 1958 mit „Nackt unter Wölfen“ vorlegen.

● Lektürehinweis Dank mustergültiger Editionen von Werken wie „Jeder stirbt für sich allein“, „Der eiserne Gustav“ oder „Wer einmal aus dem Blechnapf frisst“ durch den Aufbau Verlag hat in den vergangenen Jahren eine Fallada-Renaissance eingesetzt. Bei Aufbau ist zuletzt auch Michael Tötebergs biographischer Roman „Falladas letzte Liebe“ erschienen (336 Seiten, 22 Euro).

● VON KÜGELGEN

Ein grausames Maler-Ende

Mit seinen Porträts hatte Gerhard von Kügelgen großen Erfolg. Berufen aber fühlte er sich zur religiösen Malerei. Anlässlich seines 250. Geburtstags widmet ihm das Dresdner Kügelgenhaus die Sonderausstellung „Tatort Waldschlösschen“. Sie startet an seinem Geburtstag: dem 6. Februar.

Gerhard von Kügelgen und sein Zwillingbruder Karl wurden in Bacharach geboren. Nach Studienjahren in Rom begaben sie sich nach Riga, wo sich Gerhard 1798 in Helene Marie Zoege von Manteuffel verliebte. Den Heiratsantrag des armen Schluckers lehnte sie vorerst ab. Sie wollte aber auf ihn warten, während er sich in St. Petersburg beruflich verbessern sollte. Mit Porträts der Zarenfamilie und des Hochadels verdiente er viel Geld. Das Paar feierte 1800 Hochzeit.

Die Familie ließ sich 1805 in Dresden nieder – und von Kügelgen machte Karriere. Die Königlich Preussische Akademie der Künste ernannte ihn zum auswärtigen Mitglied, die Dresdener Akademie der Künste zum Professor. Bis heute wird seine Porträtmalerei sehr geschätzt, überliefert sie uns doch das Erscheinungsbild von bedeutenden Persönlichkeiten. In Weimar porträtierte er Goethe, der ihn als „Seelenmaler“ lobte. Während seiner Malaufenthalte in Berlin schuf er Porträts der Königsfamilie sowie



FOTO: THEBE

Das Atelier mit der „Madonna“-Kopie

der Kriegshelden Blücher und Gneisenau. Kügelgen bewunderte die Angehörigen des Herrscherhauses als geistreich und fühlte sich wie auf Händen getragen: „Ich werde nie dankbar genug seyn können für so viel Milde, Schonung, Liebe, Würdigung meines Talents und meiner Persönlichkeit.“

Im Kügelgenhaus bewohnte er mit Gattin und drei Kindern das zweite Stockwerk. Die Zimmer hat das Museum der Dresdner Romantik bezogen. Wir „begegnen“ etwa Caspar David Friedrich, E. T. A. Hoffmann und Richard Wagner. Im Atelier steht eine seiner Kopien von Raffaels Sixtinischer Madonna auf der Staffelei. Sie blieb unvollendet, weil der Soldat Johann Gottfried Kaltoven am 27. März 1820 den auf dem Nachhauseweg befindlichen Maler mit einem Beil erschlug und bis auf die Unterwäsche ausraubte.

Im ehemaligen Salon wird für die Sonderschau ein Pavillon aufgebaut. Dokumente und Briefe, Bilder und Zitate stellen die Lebensstationen des Malers vor, geben Einblick in sein künstlerisches Schaffen und führen uns in seinen Freundeskreis ein. Und es geht um den Mord am Tatort Waldschlösschen. *Veit-Mario Thiede*

● Sonderschau im Kügelgenhaus, Hauptstraße 13, Dresden, vom 6. Februar bis 18. Dezember. Internet: www.stmd.de/kuegelgenhaus

KINO

Wo ist mein Sohn?“

Eine mexikanische Mutter sucht ihr verschwundenes Kind – Kinostart von „Was geschah mit Bus 670?“

„Wo sind unsere Kinder?“ Diese Frage stellten Mütter vor einem Jahr auf einer großen Demonstration in der Hauptstadt von Mexiko. In dem Land verschwinden täglich fast 250 Menschen spurlos oder werden in Massengräbern aufgefunden, ohne identifiziert werden zu können.

„Wo ist mein Kind?“ Diese Frage stellt sich in dem Filmdrama „Was geschah mit Bus 670?“ (Kinostart ist am 10. Februar) auch eine verzweifelte Mutter, deren Sohn Jesús mit einem Freund versuchen wollte, illegal die Grenze zur USA zu überwinden. Während der Freund vor der Grenze tot aufgefunden wird, verliert sich

von Jesús nach einer Busfahrt dorthin jede Spur.

Mutter Magdalena gibt die Hoffnung nicht auf, dass ihr Sohn noch lebt und begibt sich mit einer Schicksalsgefährtin in die Todeszone im Norden Mexikos, wo Migranten von Todesschwadronen wegen ein paar Habseligkeiten geplündert, vergewaltigt und ermordet werden. Die gefährliche Reise dorthin hat diesem Road-Movie auf mehreren Filmfestivals etliche Preise eingebracht.

Tatsächlich ist der mexikanischen Regisseurin Fernanda Valadez bei ihrem Langfilmdebüt eine ebenso berührende

wie aufwühlende Reise in ein Herz der Finsternis gelungen. Sie wird – so viel sei verraten – auf Jesús treffen, aber ganz anders als erwartet und ohne Happy End.



FOTO: FILMPRESENT

Letztes Lebenszeichen: Jesús mit Freund

In Zeiten, da Migrantenschicksale vor allem auch vor den Türen von Europa auf großes mediales Interesse stoßen, hat Valadez einen Gegenentwurf aus weiblicher Sicht geliefert. Fast alle ihre Protagonisten sind Frauen, die migrierenden Söhne nur Nebendarsteller. Das gibt dem Film eine andere Note. Nicht die „Flucht“ aus prekären Verhältnissen in ein reiches Land steht im Vordergrund, sondern die Nöte der Mütter in einem von sinnlosen Gewaltexzessen gebeutelten Land. Wer den Kampf einfacher Hausfrauen gegen diese Gewalt erleben will, der sollte unbedingt diesen Film sehen. *Harald Tews*

WALTER VON SANDEN-GUJA

Einfühlsam und interessant vermittelte der Ostpreuße seinen Lesern die Natur

Selbst die kleinsten Lebewesen und Gegebenheiten in der Natur schilderte er so, dass sie in Büchern, Aufsätzen und Gedichten ein breites Publikum ansprechen. Das war die große Kunst des vor einem halben Jahrhundert verstorbenen Naturschriftstellers

VON CHRISTOPH HINKELMANN

In Marienwalde, einem landwirtschaftlichen Nebenbetrieb seiner Familie im Kreis Darkehmen, später Angerapp, wurde Walter von Sanden am 18. Juni des Dreikaiserjahres 1888 geboren. Nach dem Tod des Großvaters zogen seine Eltern in das Hauptgut Launingken, in dem er als ältestes von vier Geschwistern unbeschwerter Kinder- und Jugendjahre verlebte. Er erlernte in praktischer Arbeit in mehreren Betrieben Ostpreußens die Land- und Forstwirtschaft und übernahm bereits 1911 die wirtschaftliche Leitung des elterlichen Besitzes. Im selben Jahr lernte er Edith von Schlüter (1894–1979) kennen, die er am 1. April 1914 heiratete und die später zu einer bedeutenden Tierplastikerin wurde. Das junge Ehepaar bezog das ebenfalls zum elterlichen Besitz gehörige Gutshaus Klein Guja am Nordenburger See im Kreis Angerburg und blieb bis 1945 dort wohnen.

Mit Beginn des Ersten Weltkriegs musste von Sanden Militärdienst im Osten leisten. Seine junge Frau wurde Krankenschwester und leitete bald ein Erholungsheim für Soldaten auf dem Gut Owanta bei Wilna (Vilnius) im heutigen Litauen. Ein Familienleben konnte das Paar erst nach dem Krieg beginnen. 1919 wurde der Sohn Harro, 1921 die Tochter Gisela Owanta geboren. Die 1920er Jahre waren im Wesentlichen damit ausgefüllt, die durch die russische Besetzung 1914/15 entstandenen Schäden zu beheben und den landwirtschaftlichen Gesamtbetrieb aus elf Einheiten auf 3100 Hektar und mit zahlreichen dort lebenden und arbeitenden Menschen durch die schweren Inflationsjahre zu führen.

„Guja-Trilogie“ (1933–1937)

So begann von Sanden, der schon in seiner Jugend so viel Zeit wie möglich in der Natur verbrachte, erst gegen Ende der 1920er Jahre wieder mit seiner alten Leidenschaft, dem Fischfang, und der Aufzeichnung seiner Beobachtungen. Angeregt durch die Werke des schwedischen Naturschriftstellers und Filmers Bengt Berg (1885–1967) beschaffte er sich eine gute Spiegelreflexkamera und einen Tarnanzug, den er auch auf seinem Ruderboot einsetzen konnte. In aller Regel morgens, bevor der Betrieb begann, fuhr er hinaus auf den Nordenburger See, um zu beobachten und zu fotografieren. Erst in den 1930er Jahren veröffentlichte er



Klein Guja: Blick zum Gutshaus

Foto: Bildarchiv der Kreisgemeinschaft Angerburg

zahlreiche Zeitschriftenbeiträge. 1933, 1935, und 1937 erschienen im renommierten Königsberger Verlag Gräfe und Unzer seine drei Bücher, die als „Guja-Trilogie“ im gesamten deutschen Sprachraum bekannt wurden. Die Werke waren mit hervorragenden Schwarz-Weiß-Fotos der beobachteten Tierarten, von Pflanzen und Landschaften illustriert. Einfühlsam präsentierte er darin seine Erlebnisse, die er gewissermaßen „vor der Haustür“ gewann.

„Der See der sieben Inseln“ (1942)

Die Machtergreifung der Nationalsozialisten hatte keinen äußerlich spürbaren Einfluss auf das Leben und das Schrifttum von Sandens. Seine Naturschilderungen blieben unpolitisch. In seinem Buch „Das gute Land“ zeichnete er ein Bild von seiner Jugend, der Liebe zu seiner ostpreußischen Heimat und der Dankbarkeit gegenüber seiner Mutter. Es erschien 1938 und wurde ein Bestseller, der auch nach 1945 mehrfach wieder aufgelegt wurde.

Lediglich in seiner in der Region um Klein Guja spielenden Phantasieerzählung „Der See der sieben Inseln“ ist Kritik an den Vorstellungen der NS-Ideologen zu erkennen. Die Handlung beschreibt das Leben und den Kampf zweier Men-

schengruppen gegen Ende der Eiszeit. Die Werte der guten Menschen setzen sich letztendlich durch, die der anderen haben das Nachsehen. Die Zensoren der Reichsschrifttumskammer hatten die Parallele zu ihren falschen Wertvorgaben nicht erkannt und ließen das Werk 1942 als Feldpostausgabe für die Wehrmachtsoldaten an der Front erscheinen.

„Schicksal Ostpreußen“ (1968)

Doch in seinen Tagebuchaufzeichnungen notierte er zahllose Begegnungen, die ganz klar erkennen lassen, dass er die Nationalsozialisten und ihr verbrecherisches Tun durchschaut hatte. In seinem zweiten biographischen Buch „Schicksal Ostpreußen“ (1968) legt er davon beredtes Zeugnis ab. Von Sanden war gläubiger, aber weltoffener Christ, der sich an der Gerechtigkeit orientierte. Im „Schicksal Ostpreußen“ schildert er, wie seine Familie und er die Aufbauphase nach 1933, die wirtschaftlichen Erfolge der frühen NS-Zeit, den Zweiten Weltkrieg mit seinen anfänglichen Siegen in den „Blitzkriegen“, aber auch die Verfolgung und Vernichtung von Juden und „Zigeunern“, schließlich Flucht und Untergang Ostpreußens erlebten.

„Alles um eine Maus“ (1940)

In der Zeit unmittelbar vor und zu Beginn des Zweiten Weltkriegs erschienen zwei großartige, monographische Darstellungen ungewöhnlicher Tierarten, die seine Frau und er in Klein Guja hielten: „Ingo. Die Geschichte meines Fischotters“ (1939) und „Alles um eine Maus“ (1940). Beide gehören zu den schönsten Tiergeschichten des 20. Jahrhunderts und berichten davon, wie sich das Zusammenleben mit einem zahmen Otter gestaltete beziehungsweise wie es gelang, die erste lebend in Deutschland nachgewiesene Birkenmaus zu fangen, im Terrarium zu pflegen und Eindrücke von ihrer Lebensweise zu erhalten.

„Zugvögel“ (1950)

Am 21. Januar 1945 erging auch für Klein Guja der Räumungsbefehl, und alle noch verbliebenen Bewohner mussten ihre Heimat verlassen. Wie durch ein Wunder

gelang es den Bediensteten, auf gut vorbereiteten Pferdewagen und unter abenteuerlichen Bedingungen bis in den Westen Deutschlands zu fliehen. Im Gepäck führten sie die wertvolle Fotosammlung, Bücher und anderes Eigentum der von Sandens mit. Die Bronzeplastiken Edith von Sanders und andere Wertgegenstände waren bereits zuvor mit der Bahn in Sicherheit geschickt worden.

Walter und Edith von Sanden lösten sich noch in Ostpreußen vom Treck und legten den Fluchtweg über das zugefrorene Frische Haff, die Weichsel bei Danzig, Stolp und Schlawa in Hinterpommern, Neustrelitz bis nach Havelberg auf Fahrrädern und gelegentlich auf Lastwagen zurück. Ursprünglich hatten sie dort bleiben wollen, doch dann entschieden sie sich, zu ihrem im Jahre 1929 erworbenen Besitz, dem kleinen Hafnerhof im österreichischen Kärnten, weiterzuziehen. Sie durchquerten mit ihren Rädern die Trümmerstadt Berlin, fuhren in überfüllten Zügen durch Thüringen, Bayern, das Salzburger Land und erreichten den Hafnerhof am 23. März 1945. Über diese Flucht berichtete von Sanden wenige Jahre später im kleinen Buch „Zugvögel“.

Bis zum Sommer des Jahres 1946 blieben sie in Kärnten und ließen sich dann in die britische Besatzungszone ausweisen. Dort siedelten sie sich am Dümmer in Niedersachsen an, und bereits 1948 ließ sich von Sanden ein Boot bauen, das nach ostpreußischer Tradition konzipiert war. Er betrachtete es als ein erstes Eigentum nach dem Verlust der Heimat – „auf schwankendem, aber wieder eigenem Grund“. 1952 entstand in Hüde am Dümmer ein Haus, das das Ehepaar „Klein-Klein Guja“ nannte und bis zu seinem Lebensende bewohnte. Ebenso in Erinnerung an den verlorenen Besitz nannte er sich nun von Sanden-Guja.

„Überall Leben“ (1959)

Der Verlust der ostpreußischen Heimat war die tiefste Zäsur im Leben von Sandens. Es war weniger die Trennung von den materiellen Werten als vielmehr die von der ihn zuvor umgebenden Natur und den vertrauten Menschen. Am Dümmer verdiente der vormalige Gutsbesitzer sei-

nen Lebensunterhalt mit Lesungen, Lichtbildervorträgen, vielen Zeitungs- und Zeitschriftenbeiträgen sowie einer ganzen Reihe neuer Bücher, die ab 1948 erschienen. Es waren zumeist kleine Werke wie „Zugvögel“ (1950), „Mein Teich und der Frosch“ (1963) oder „Stare unter unserem Dach“ (1964). In umfangreichen Publikationen wie „Wo mir die Welt am schönsten schien“ (1957) und „Überall Leben“ (1959) publizierte er Kurzgeschichten nach Beobachtungen, die er zum großen Teil noch in Ostpreußen gemacht hatte.

Waren die vor 1945 erschienenen Bücher noch aus der Freude an guten Beobachtungen und einem Mitteilungsbedürfnis entstanden, mit dem er andere an seinen Erlebnissen teilhaben lassen wollte, so sicherten die nach der Vertreibung publizierten Werke die Existenz. Von Sanden veröffentlichte in mehreren Verlagen, häufig jedoch im Landbuch-Verlag, Hannover, berichtete aus der Natur in der ostpreußischen Heimat ebenso wie aus der Dümmer-Region. Auch das Jahr in Kärnten hinterließ publizistische Spuren wie beispielsweise im Büchlein „Der See unter dem Turiawald“ (1965).

„Bunte Blumen überall“ (1961)

Gemeinsam mit seiner Frau Edith veröffentlichte er ein kleines Buch, „Bunte Blumen überall“ (1961), in dem er treffende Beschreibungen zu hervorragenden Pflanzenzeichnungen seiner Gemahlin lieferte. Zeit seines Lebens hatte er auch, immer wieder einmal, Versichtungen produziert, die unter dem schlichten Titel „Gedichte“ 1965 erschienen.

„Der große Binsensee“ (1953/1960)

In den 1950er und 1960er Jahren wuchs die Bindung an den Dümmer, auch wenn sie nie so stark wurde wie die an den Nordenburger See. Doch verfasste er mit „Der große Binsensee“ (1953, erweitert 1960) dem Flachsee westlich von Hannover ein noch heute lesenswertes Denkmal. Am 7. Februar 1972 starb Walter von Sanden in Hüde.



Aufgenommen von Heinz Sielmann bei dessen Besuch in Klein Guja im Jahre 1937: Walter von Sanden-Guja mit seiner Tochter Owanta Foto: Heinz Sielmann Stiftung

Sinkende Sonne
Segnet die Saaten,
Warmer Südwest
Wehet sie wach.
Winter und Wetter
Gingen zu Grabe,
Frühling und
Frohlaut
Wird auf der Welt.
Kraniche kommen
Segelnd von Süden,
Singen und sehnen
Zur Heimat sich hin.
Heimat, du holde,
Dir laß ich mein
Leben,
Wogendes Wasser,
wehender Wind.

Walter von Sanden-Guja

RADIKALENERLASS

Weder legitim noch zweckmäßig

Vor 50 Jahren beschlossen Bund und Länder die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“

VON WOLFGANG KAUFMANN

Im Jahre 1967 rief der Wortführer der Studentenbewegung der 1960er Jahre in West-Berlin und in Westdeutschland Rudi Dutschke seine Anhänger dazu auf, ihre revolutionären Ideen in einem „langen Marsch durch die Institutionen“ zu verwirklichen. Angesichts dessen beschworen CDU und CSU die Gefahr der Unterwanderung staatlicher Einrichtungen durch „Extremisten im öffentlichen Dienst“. Das wiederum brachte schließlich die ab 1969 regierende sozialliberale Koalition in Zugzwang, unter Beweis zu stellen, dass ihre Neue Ostpolitik keineswegs auf Zugeständnisse an die extreme Linke im eigenen Lande hinauslaufe.

Vor diesem Hintergrund beschloss die Bundesregierung im Einvernehmen mit den Ländern am 28. Januar 1972 die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“, auch „Radikalenerlass“ genannt. Darin hieß es: „Nach den Beamtengesetzen in Bund und Ländern darf in das Beamtenverhältnis nur berufen werden, wer die Gewähr dafür bietet, dass er jederzeit

für die freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt.“ Daher gelte künftig: „Ein Bewerber, der verfassungsfeindliche Aktivitäten entwickelt, wird nicht in den öffentlichen Dienst eingestellt.“ Außerdem sei zu prüfen, ob ein Beamter sowie auch Arbeiter oder Angestellter im Dienste des Staates, der „durch Handlungen oder wegen seiner Mitgliedschaft in einer Organisation verfassungsfeindlicher Zielsetzung“ auffalle, aus dem Dienst entfernt werden müsse.

„Marsch durch die Institutionen“

Damit ging der Radikalenerlass weiter als der Beschluss der Bundesregierung namens „Politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die demokratische Grundordnung“ vom 19. September 1950. Denn in jenem sogenannten Adenauer-Erlass waren explizit 13 links- oder rechtsextreme Organisationen von der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) bis zur Sozialistischen Reichspartei (SRP) aufgelistet, denen Staatsdiener nicht angehören durften.

Im Falle des Radikalenerlasses genügte für eine Entlassung oder Verweigerung der Einstellung hingegen schon Vermutungen über politische Ansichten, Denunziationen beim Verfassungsschutz oder Militärischen Abschirmdienst (MAD) sowie die Mitgliedschaft in Organisationen, die der Kooperation mit Extremisten bezichtigt wurden. Deshalb sprach der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Herbert Wehner auch alsbald von „Gesinnungsschnüffelei“, welche weniger dem Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung als deren Untergrabung diene.

Schärfer als der Adenauer-Erlass

Und in der Tat war der Radikalenerlass in keiner Weise mit dem Artikel 21 des Grundgesetzes vereinbar, aus dem hervorgeht, dass eine Partei erst dann als verfassungswidrig eingestuft werden darf, wenn das Bundesverfassungsgericht eine entsprechende Feststellung getroffen hat. Und dies war zwar bei der SRP und der KPD der Fall, nicht jedoch beispielsweise bei der 1968 gegründeten Deutschen Kommunistischen Partei (DKP).



Der Extremistenbeschluss polarisierte: Demonstration gegen den Radikalenerlass und für mehr Lehrer 1976 in Hannover

Dennoch aber konnten Bundesbürger aus dem öffentlichen Dienst entlassen werden, wenn ihnen nachgewiesen wurde, dass sie an DKP-Werbekampagnen teilgenommen hatten oder Schmalzbrötchen geschmiert oder Getränke verteilt hatten. Aufgrund dieser offensichtlichen Illegitimität des Radikalenerlasses wertete der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte die „Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst“ am 26. September 1995 als klaren Verstoß gegen die Artikel 10 (Freiheit der Meinungsäußerung) und 11 (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) der Europäischen Menschenrechtskonvention von 1950 und verurteilte die Bundesrepublik zur Zahlung von Schadensersatz an eine wegen ihrer DKP-Mitgliedschaft entlassene Lehrerin.

Kritik aus dem In- und Ausland

Davon abgesehen verfehlte der Radikalenerlass auch seinen Zweck, Extremisten vom Marsch durch die Institutionen abzuhalten. Andernfalls wäre der aktuelle baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann, der sowohl

in der Kommunistischen Studentengruppe / Marxisten-Leninisten als auch in der Kommunistischen Hochschulgruppe aktiv gewesen war, nicht trotz seiner maoistischen Neigungen als Gymnasiallehrer verbeamtet worden.

1991 war endgültig Schluss

Gleichzeitig entwickelten viele Menschen wegen des Radikalenerlasses und der daraus resultierenden faktischen Berufsverbote aus politischen Gründen ein diffuses Misstrauen gegenüber dem Staat, das teilweise bis heute nachwirkt. Vollkommen zu Recht bemängelten linke Kreise auch, dass der Erlass fast ausschließlich dazu genutzt wurde, vermeintliche Kommunisten aus dem öffentlichen Dienst zu entfernen.

Auch schadete der Radikalenerlass dem Ansehen der Bundesrepublik im Ausland. In Frankreich wurde unter maßgeblicher Mitbeteiligung des späteren sozialistischen Staatspräsidenten François Mitterrand 1976 sogar ein Comité français pour la liberté d'expression et contre les interdictions professionnelles en RFA

(Französisches Komitee für Meinungsfreiheit und gegen Berufsverbote in der BRD) gegründet.

Insgesamt sollen in der Zeit der Geltung des Radikalenerlasses etwa 1250 Bewerber für den öffentlichen Dienst nach bundesweit dreieinhalb Millionen Regelanfragen beim Verfassungsschutz oder MAD nicht eingestellt worden sein. Dazu gab es mehrere Tausend Disziplinarverfahren, die in 256 Fällen mit einer Entlassung endeten. Zumeist traf es Lehrer, die als linksextrem galten.

1985 hob das Saarland den Erlass wieder auf. Danach folgten die anderen Länder, als letztes 1991 Bayern. Grund für den Rückzug waren die fehlende Legitimität und Zweckmäßigkeit des Radikalenerlasses sowie anhaltende Proteste insbesondere an den Hochschulen. Das heißt aber nicht, dass heute keine Anfragen an den Verfassungsschutz mehr ergingen, wenn es Bedenken wegen der politischen Gesinnung von Bewerbern für den öffentlichen Dienst gibt. Allerdings passiert dies nun nur noch sporadisch statt systematisch flächendeckend und automatisch.

Betroffene

3,5

Millionen Bewerber für den öffentlichen Dienst in Bund und Ländern wurden durch Regelanfragen der Einstellungsbehörden bei den Verfassungsschutzämtern überprüft.

1250

Bewerber wurden nach den Regelanfragen und 11.000 Verfahren nicht eingestellt.

256

Personen wurden nach insgesamt 2100 Disziplinarverfahren entlassen.

NORDRHEIN-WESTFALEN

Wie NRW zu seinem dritten Landesteil kam

Vor 75 Jahren verlor das Land Lippe seine Selbstständigkeit – Die Briten ließen ihm die Wahl zwischen seinen beiden Nachbarn

Vor einem Dreivierteljahrhundert endete eine jahrhundertelange Selbstständigkeit Lippes. Die Herrschaft war 1528 zur Reichsgrafschaft und 1789 zum Fürstentum erhoben worden. Das Fürstentum fiel nicht Napoleons Flurbereinigung zum Opfer, sondern wurde als Rheinbundstaat dessen Verbündeter. Das traditionell eng mit dem ebenfalls protestantischen Preußen verbündete Fürstentum überstand sowohl die europäische Neuordnung nach Napoleons Sturz als auch den Deutschen Krieg 1866. Nach der Novemberrevolution 1918 wurde aus dem Fürstentum ein Freistaat.

Nach dem Zweiten Weltkrieg machten die Sieger- und Besatzungsmächte weitgehend Schluss mit der Kleinstaaterei. Nach der Gründung von Nordrhein-Westfalen am 23. August 1946 und Niedersachsens am 1. November 1946 lag Lippe zwischen diesen beiden größeren Ländern und wurde von der britischen

Besatzungsmacht vor die Wahl gestellt, sich einem der beiden anzuschließen.

Verständlicherweise machten die Entscheidungsträger auf der Seite Lippes ihre Wahl nicht zuletzt davon abhängig, welches Land Lippe mehr Eigenständigkeit einräumte. Niedersachsens Möglichkeiten waren da beschränkt. Zu dem Land gehörten auch so schon diverse vormalige Kleinstaaten. Bei jedem Lippe eingeräumten Recht bestand für Hannover das Risiko, dass vergleichbare Rechte auch in Oldenburg, Braunschweig oder Schaumburg gefordert wurden.

Das Problem gab es bei Nordrhein-Westfalen nicht. Es war aus den beiden großen Provinzen Nordrhein und Westfalen gebildet worden, und in ihm waren bis dahin keine vormaligen Kleinstaaten aufgegangen. So entfiel für Düsseldorf bei Zugeständnissen gegenüber Lippe das Risiko, für den Zusammenhalt des

Landes gefährliche Präzedenzfälle zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund fiel in Lippe die Entscheidung für NRW. Am 5. De-



Wappen von NRW

Foto: NRW

zember 1946 einigten sich die Landesregierungen von Nordrhein-Westfalen und des Landes Lippe auf die sogenannten Lippischen Punktationen, „Richtlinien“ für die Behandlung des lippischen Landesteils nach der Eingliederung des Landes Lippe in NRW. Einige Wochen darauf, am 21. Januar 1947, verlor das Land Lippe durch die Verordnung Nr. 77 der britischen Militärregierung „seine Selbstständigkeit als Land“ und wurde „Teil des Landes Nordrhein-Westfalen“. Dieses Ereignis spiegelt bis zum heutigen Tage das Wappen Nordrhein-Westfalens wider, enthält es doch neben einem links-schrägen silbernen Wellenbalken in grünem Feld für Nordrhein und dem springenden silbernen Sachsenross in rotem Feld für Westfalen in einer eingebogenen silbernen Spitze die Lippische Rose.

Das Vermögen des Landes Lippe, zu dem neben den vormaligen Besitzungen

der lippischen Fürstenfamilie weitere Einrichtungen wie das Landestheater Detmold, die Lippische Landesbibliothek Detmold sowie die Staatsbäder in Bad Salzuflen und Bad Meinberg gehörten, fiel entsprechend den Lippischen Punktationen nicht an das Land Nordrhein-Westfalen. Für dessen Verwaltung wurde am 12. Oktober 1949 der heute noch existierende Landesverband Lippe (LVL) gegründet.

Auch ansonsten wurde auf lippische Befindlichkeiten Rücksicht genommen. Das vormalige Territorium des Landes Lippe wurde nicht geteilt, sondern mit dem des Regierungsbezirks Minden zu einem neuen Regierungsbezirk zusammengelegt. Dessen Regierungspräsident wurde der letzte Regierungschef Lippes, Heinrich Drake. Sitz des Regierungspräsidenten wurde die vormalige Hauptstadt Lippes, Detmold. Manuel Ruoff

VON WOLFGANG KAUFMANN

Der Begriff „Graswurzelbewegung“ dient seit Anfang des 20. Jahrhunderts als Metapher für eine anfänglich vollkommen spontane politische oder gesellschaftliche Initiative, welche in aller Regel von Normalbürgern ausgeht und somit also quasi „ganz unten“ entsteht. Auf die Existenz einer solchen schienen auch die zahlreichen Briefe von Wählern hinzuweisen, die 1985 im Büro des texanischen Senators Lloyd Bentsen eingingen – allerdings erkannte der erfahrene Politiker sehr bald, dass die Schreiben samt und sonders von Versicherungsunternehmen kamen, die verdeckte Lobby-Arbeit im Eigeninteresse betreiben wollten, weshalb er ergrimmt polterte: „Ein Texaner kennt den Unterschied zwischen Graswurzeln und Astroturf. Das ist alles fabriizierte Post.“ Damit spielte Bentsen auf den populären künstlichen Rasen mit dem Markennamen „Astroturf“ im zentralen Sportstadion seiner Heimatstadt Houston an.

Seither kennzeichnet der Begriff „Astroturfing“ Kampagnen zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung, bei denen der Eindruck erweckt werden soll, dass man es hier mit einer Graswurzelbewegung zu tun habe. In Wirklichkeit freilich sind das alles Initiativen von Parteien, Unternehmen, Lobby-Gruppen oder verschwindend wenigen Aktivisten, welche die öffentliche Meinung zu manipulieren versuchen, indem sie breite Mehrheiten vorgaukeln. Zu diesem Zweck bombardieren sie Medien, Behörden oder politische Institutionen mit Zuschriften unter den verschiedensten Pseudonymen und nutzen heute darüber hinaus auch die vielfältigen Möglichkeiten im Internet beziehungsweise den sozialen Netzwerken, um Wortmeldungen von Wenigen im großen Stil zu verbreiten.

Zahlreiche Fälle aufgefliegen

Mit der Schaffung der Illusion einer unabhängigen Bürgerbewegung „von unten“ sollen die wahren Urheber des Ganzen, die vielfach eher „oben“ sitzen, und deren Absichten verschleiert werden. Das funktioniert umso besser, je konspirativer das Spielchen abläuft. Deshalb kommen manchmal sogar Geheimdienste zum Einsatz. Das zeigen unter anderem die von dem Whistleblower Edward Snowden offengelegten Dokumente des britischen Government Communications Headquarters (GCHQ).

Astroturfing-Kampagnen, die zwischenzeitlich aufflogen, wurden bereits aus zahlreichen Ländern gemeldet, darunter auch aus der Bundesrepublik. So ließ die Deutsche Bahn 2007 Diskussionsforen des „Spiegel“ und anderer Blätter mit bahnfremden Zuschriften



Man erkennt nicht, wer dahintersteckt: Falsche Graswurzelbewegungen beeinflussen die öffentliche Debatte nicht selten massiv

Foto: shutterstock

MEINUNGSBILDUNG

Der inszenierte Bürgerwille

Konzerne und mächtige Lobbygruppen fälschen Initiativen „von unten“ oder kapern Vereine, um ihre Interessen als Volksmeinung zu tarnen – die Methode „Astroturfing“ ist ein weltweites Problem

fluten. Als Handlanger des Konzerns, dem die vorgetäuschte Graswurzelbewegung immerhin knapp 1,3 Millionen Euro wert war, fungierten damals die Agenturen Berlinpolis und European Public Policy Advisors GmbH (EPPA). 2010 wiederum wurde bekannt, dass die Freien Demokraten positive Kommentare „aus der Bevölkerung“ über die FDP in Internetforen lanciert hatten.

Im Ausland machten in der Vergangenheit unter anderem die gezielte Stimmungsmache gegen eine Eidgenössische Volksinitiative in der Schweiz, fingierte Graswurzelbewegungen zur Unterstützung der Tabak- und Waffenindustrie in den USA sowie das mehrmalige Astroturfing des Microsoft-Konzerns von sich reden. Das Software-Unternehmen verschickte beispielsweise 2001 allerlei „Unterstützerbriefe“, welche ihm in einem Anti-Trust-Verfahren den Rücken stärken sollten und dabei blamablerweise sogar die „Unterschriften“ von Verstorbenen trugen.

Moralisch und juristisch noch bedenklicher ist indes das massive Astroturfing seitens der Pharmaindustrie. Dabei taten sich in der Vergangenheit oftmals auch Unternehmen wie Johnson & Johnson, Pfizer und AstraZeneca hervor, welche jetzt Corona-Impfstoffe herstellen. Pfizer hat nachweislich zahlreiche Tarnvereine, Arbeitskreise und „private“ Gruppierungen zum Zwecke der Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Hinblick auf die vermeintlichen Segnungen von künstlichen Vitaminen gesponsert. Dadurch sollten subtile Ängste vor einem Vitaminmangel geschürt und immer neue „Risikogruppen“ rekrutiert werden, denen man dann spezielle Präparate verkaufen konnte.

Trump musste eingreifen

Nicht selten kommt die Pharma-Schleicherwerbung aus Kreisen der Betroffenen, also Menschen mit bestimmten Leiden. Dazu kapern die Firmen Patienten-Initiativen, deren Zweck eigentlich darin besteht,

die Lebensqualität von Kranken zu erhöhen. 2005 orchestrierte Johnson & Johnson gemeinsam mit Purdue Pharma das „Pain Care Forum“, welches sich dafür stark machte, dass opioidhaltige Schmerzmittel nicht nur im Zuge der Behandlung von Schwerstkranken und Sterbenden eingesetzt werden, sondern ebenso bei vergleichsweise banalen Alltagsschmerzen. Aus dieser „Graswurzelinitiative“ von angeblich inadäquat versorgten und dadurch gequälten Schmerzpatienten resultierten unzählige Todesfälle durch Überdosierung sowie Millionen von Suchterkrankungen, auf die US-Präsident Donald Trump schließlich im Oktober 2017 mit der Ausrufung des medizinischen Notstands reagierte. Johnson & Johnson wurde für seine Mitverantwortung an der Opioid-Krise im August 2019 zu einer Strafzahlung von 572 Millionen US-Dollar verurteilt.

Wie aus der Datenbank „Pre\$cription for Power“ hervorgeht, erhalten mehr als 50 Prozent aller Patienteninitiativen in

den USA Geld von Pharmakonzernen. Welche Summen dabei im Regelfall fließen, legte der Datendienstleister Bloomberg Government anhand der Steuerklärungen von sechs Firmen offen: Allein 2018 verteilten Pfizer, Johnson & Johnson, AstraZeneca sowie drei Mitbewerber aus der Branche zusammen 680 Millionen US-Dollar an „Graswurzelinitiativen“ zur vermeintlichen Unterstützung Erkrankter.

Solche Zahlen auch in Europa zu ermitteln ist wegen fehlender Transparenzvorgaben deutlich schwieriger. Dabei wäre es dringend notwendig offenzulegen, inwiefern beispielsweise während der Corona-Pandemie die Menschen hierzulande und in den anderen EU-Staaten mittels Astroturfing auf die Maßnahmen zur „Eindämmung“ des Virus SARS-CoV-2 eingeschwenkt wurden. Ebenso sollte eine baldige Klärung erfolgen, ob künstliche Graswurzelbewegungen zum Einsatz kommen, um die Bevölkerung zu spalten und die Impfbereitschaft zu fördern.

MEDIEN

„Mein Hijab“ und der NS-Opa von Friedrich Merz

Extrem gefärbte oder gar gefälschte Darstellungen von Fakten bringen Staatssender immer wieder in Erklärungsnot

Angesichts lauter werdender Forderungen nach Reformen und Einsparungen beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk wäre es aus Sicht von ARD und ZDF eigentlich eine sinnvolle Strategie, den Kritikern nicht noch zusätzliche Argumente zu geben. „Funk“, die Jugendplattform von ARD und ZDF, liefert allerdings wie vom Fließband Anlässe, über die Einstellung des 2016 gestarteten Angebots nachzudenken.

Jüngstes Beispiel ist ein Video des Jugendprogramms über Friedrich Merz im Rahmen des Politik-Formats „Die da oben“. Verkündeter Anspruch der Macher des etwa 18-minütigen Videos war es, Klischees über den neuen CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz einem „Wahr-

heitscheck“ zu unterziehen. Gleich zum Einstieg legte Moderator Jan Schipmann los: „Friedrich Merz ist homophob, rechts und neoliberal. Das sage jetzt nicht ich, das sind Klischees, die ich immer wieder in den Kommentaren und auf Twitter lese – aber ist da überhaupt was dran?“

Zum „Warmwerden“ präsentierte Schipmann dann einige „Funfacts“ über Merz; unter anderem auch alle Vornamen des CDU-Chefs: „Joachim-Friedrich Martin Josef – das klingt nach der Skatrunde von meinem Opa, wir reden hier aber nur über eine Person.“ Schipmann weiter zu den vier Vornamen von Merz: „Da steckt übrigens der Name von seinem Papa und seinem Opa drin. Der war

übrigens Mitglied der NSDAP und der SA.“ Unterlegt wurde diese Aussage mit dem Schwarzweißbild eines NS-Aufmarsches samt Hakenkreuzstandarten.

Der „Franke“ aus Afghanistan

Ebenfalls im Januar erregte „Funk“ mit einem Video Aufsehen, welches den Titel trug „Mein Kopftuch, meine Wahl“. In dem Film verkündet eine jugendliche Frauenstimme: „Mein Hijab ist Feminismus, der für Freiheit und Würde steht!“ Im Dezember war der Jugendkanal bereits mit einem Trickfilmvideo namens „Bevor Adolf Hitler berühmt wurde ...“ in die Kritik geraten.

Der Historikerverband VHD beklagte bei dem siebeneinhalb Minuten langen

Streifen nicht weniger als die „Verfälschung historischer Fakten“. In einer Passage des Films war Österreich-Ungarn tatsächlich nicht als Verbündeter des Deutschen Reichs im Ersten Weltkrieg dargestellt worden, sondern dem jugendlichen Publikum wurde der Eindruck vermittelt, das Reich habe die Doppelmonarchie mehrfach angegriffen. Nach Protesten des Historikerverbandes hat „Funk“ das Video über den jungen Hitler vom Netz genommen.

Keine Falschnachricht, wohl aber eine recht eigenwillige Darstellung leistete sich unlängst der Bayerische Rundfunk in seiner Berichterstattung. Im Rahmen seines Nachrichtenformats BR24 veröffentlichte der Sender einen Bericht mit

der Überschrift: „Franke in Tschechien in U-Haft“. Dabei ging es um eine Bluttat im böhmischen Karlsbad, über die auch die PAZ in einer Meldung in der Ausgabe vom 14. Januar berichtet hatte. Laut den Berichten tschechischer Medien sitzt in dem Fall ein aus Deutschland eingereister Afghane als Tatverdächtiger in Untersuchungshaft.

In der Meldung des BR fehlt dieser Herkunftshinweis – anders als in der Berichterstattung der PAZ – völlig. Stattdessen heißt es zum Tatverdächtigen: „Auf Anfrage von BR24 bestätigte das Polizeipräsidium Unterfranken, dass es sich bei dem Tatverdächtigen wohl um einen Mann aus Lohr am Main im Landkreis Main-Spessart handelt.“ Norman Hanert



HAUS DER RÄTE

Pläne für Neubaukomplex auf Eis gelegt

Grünfläche statt Betonklotz in Königsberg: Nach Kritik und Bürger-Protesten lenken Behörden ein

VON JURIJ TSCHERNYSCHEW

Die Geschichte um das Schicksal des Hauses der Räte und des umliegenden Gebiets im Zentrum von Königsberg nimmt eine neue Wendung. Die regionalen Behörden haben beschlossen, die Pläne für einen Neubaukomplex für das Gelände nicht weiter zu verfolgen, Das Gebäude selbst soll jedoch nach wie vor abgerissen werden.

Gouverneur Anton Alichanow hat versprochen, Geld für die Verschönerung des Parks in der Nähe des Hauses der Räte auf dem Gelände der Ruinen des Königsberger Schlosses und des Zentralplatzes aufzubringen. Die Kosten seien schwer abschätzbar, sie könnten sich aber auf umgerechnet bis zu 1,5 Millionen Euro belaufen. Er verglich die Situation im Königsberger Gebiet mit der in Moskau, wo der Saradje-Park im Stadtzentrum anstelle des abgerissenen Rodina-Kinos entstand: „Das Kaliningrader Gebiet hat die Möglichkeit, einen grünen, schönen Bereich im Stadtzentrum zu schaffen, in dem die Menschen ihre Zeit verbringen können.“

Bürger sollen beteiligt werden

Das bisher geplante Projekt mit einem etwa 100 Meter hohen Bürozentrum, einem Hotel und Parkplätzen an der Stelle des Hauses der Räte wurde von der Öffentlichkeit und von Architekten der Stadt so heftig kritisiert, dass die regionalen Behörden beschlossen, es nicht weiter zu verfolgen.

„In der Tat, es gibt ein Projekt. Nach den Reaktionen der Menschen zu urteilen, ist es sehr umstritten. Ich höre Kritik an den vorgestellten Plänen. Es ist klar, dass es unmöglich ist, es hier allen recht zu machen. Aber die Zahl der, sagen wir,



Umstrittenes Objekt: Die Umgestaltung des früheren Areals des Königsberger Schlosses

Foto: J.T.

Zufriedenen und Unzufriedenen spricht für diejenigen, die das Projekt nicht wirklich mögen und die glauben, dass es weiterentwickelt werden muss. Auf keinen Fall will ich einsame Entscheidungen treffen. Das kann ich nicht zulassen – es geht um das Zentrum der Stadt,“ teilte Alichanow mit.

Weitere Pläne betreffen Devau

Ihm zufolge wird die Entwicklung dieses Gebiets weiterhin mit den Menschen diskutiert werden. Die Behörden versprechen, mehrere weitere Optionen für das künftige Aussehen des Stadtzentrums vorzulegen. Das Projekt zur Verbesserung des Territoriums in der Nähe des Hauses

der Räte soll jedoch innerhalb der nächsten fünf Jahre abgeschlossen werden.

Es gibt noch ein weiteres Gebiet, über dessen Zukunft entschieden werden soll, und das mit der reichen Geschichte der Stadt verbunden ist: den ehemaligen Flughafen Devau. Malyj Isakowo, zu dem auch der historische Flughafen Devau gehört, befindet sich derzeit im Besitz der Gebietsregierung.

Es soll zu einem Landschafts- und Erholungsgebiet mit einer Fläche von etwa hundert Hektar entwickelt werden. Devau könnte zu einem Ort für Erholung, Sport und Wandern im aktiv wachsenden Nordosten des Königsberger Gebiets werden.

Die Einwohner sind dazu aufgerufen, ihre Meinung zu diesem ehrgeizigen Projekt zu äußern und eigene Ideen einzubringen, indem sie an einer öffentlichen Umfrage teilnehmen, die in Kürze durchgeführt wird.

Bauträger mit sozialem Beitrag

Die regionalen Behörden planen, Vertreter der Wirtschaft an der Durchführung des Projekts zu beteiligen. Auf diese Weise können die Bauträger ihren sozialen Verpflichtungen gegenüber der Stadt nachkommen, indem sie auf eigene Kosten öffentliche Räume wie Kinderspielplätze, Sportplätze und Grünanlagen ausstatten.

MELDUNGEN

Mangel an Arbeitskräften

Königsberg – Laut offizieller Statistik gibt es im Königsberger Gebiet rund 193.000 Arbeitsplätze. Nicht erfasst sind die Zahl der Arbeitslosen und die der unbesetzten Stellen. Vor allem die verarbeitende Industrie beklagt einen zunehmenden Mangel an Arbeitskräften. Als Hauptursache werden Probleme bei der Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer genannt. Ein weiterer Grund liegt in der demographischen Entwicklung. Seit 2020 träten weniger junge Menschen ins Berufsleben, eine Folge des Einbruchs der Geburtenrate in den 1990er Jahren, so Anastasja Kusnet-zowa, Direktorin des Geflügelzucht-komplexes Produkty Pitaniya LLC und ehemalige Wirtschaftsministerin der Region. Ein Weg, dem Arbeitskräftemangel entgegenzuwirken, bestünde in einer deutlichen Anhebung der Gehälter. 2021 hat dies jedoch nicht zu mehr Personal geführt, sondern lediglich dazu, dass die Unternehmen um die bereits Beschäftigten konkurrieren. **MRK**

Modernisierte Abteilung

Pr. Holland – Die renovierte Internistische Abteilung des Kreiskrankenhauses in Pr. Holland wurde in Betrieb genommen. Auf 30 Patienten warten unter anderem ein neuer MRT-Apparat und drei Isolierbetten in separaten Räumen. Die gesamten Kosten des Umbaus betragen umgerechnet etwa 770.000 Euro, die vom Kreis Elbing und durch Eigenmittel des Kreiskrankenhauses Pr. Holland finanziert wurden. **PAZ**

OKULLSEE

Im Wassersport- und Erholungszentrum entsteht ein neuer Steg

Fertigstellung bis Ende April geplant – Im Mai finden in Allenstein die Triathlon-Europameisterschaften statt

Der Abriss des beliebten Stegs am städtischen Strand am Okullsee ist in vollem Gange. Die neue Konstruktion soll noch vor der Sommersaison fertiggestellt werden.

Die Seebrücke am Stadtstrand wurde vor etwa einem Vierteljahrhundert gebaut und ist schon lange renovierungsbedürftig. Durch die zunehmende Zahl der Besucher hat sich ihr Zustand verschlechtert. Vor dem Jahreswechsel beschlossen die Behörden von Allenstein deshalb, die Modernisierung der Seebrücke auszusprechen, und die ersten Abrissarbeiten begannen vor Kurzem.

Der Auftragnehmer beabsichtigt die Arbeiten vor Ende April abzuschließen. Der bestehende Steg wird bald nicht mehr existieren. Praktisch alle Elemente, einschließlich der Holzpfähle, auf denen das Bauwerk stand, werden abgebaut. In den nächsten Wochen wird mit dem Bau eines neuen Stegs begonnen. Unter anderem müssen 36 neue Stahlpfähle eingerammt werden, die das Fundament der Anlage bilden sollen. Die gesamte Pfeilerkonstruktion, einschließlich des Bretterbelags und der Geländer, wird aus Eichenholz gefertigt. Das soll die Haltbarkeit der neu-

en Konstruktion gewährleisten. Dass die Bauarbeiten bis Ende April abgeschlossen sind, ist sehr wichtig, denn am letzten Maiwochenende finden in Allenstein die Triathlon-Europameisterschaften statt, die zum ersten Mal in der Republik Polen ausgetragen werden.

Bereits am Freitag, dem 27. Mai, kann man die ersten sportlichen Wettkämpfe beobachten, denn dann laufen die Quali-

fikationsrennen. Am Sonnabend wird es bei den Finalrennen keinen Mangel an Emotionen geben.

Der Sonntag steht im Zeichen der Europameisterschaften der gemischten Staffeln in der Kategorie Junioren. Der Umbau des Stegs und die Errichtung eines Aussichtspunkts sollen auch die Auswirkungen des Menschen auf die Brutgebiete wertvoller Tierarten verringern. So ist die

Anschaffung von Fernrohren und Ferngläsern vorgesehen, um die Natur und Tiere rund um den Okullsee beobachten zu können. Darüber hinaus wird eine mobile Anwendung mit Lehrmaterial und einem virtuellen Pfad erstellt, der entlang einer ausgewiesenen Route im südlichen Teil des sogenannten ökologischen Korridors Stadtwald-Okullsee führt.

Die Kosten für den Wiederaufbau des Stegs belaufen sich umgerechnet auf über 800.000 Euro. Das Erholungs- und Sportzentrum Okullsee wird jedes Jahr von über einer Million Einwohnern und Touristen besucht. Besonderer Anziehungspunkt ist der hervorragende Stadtstrand mit Badestellen, Segelboothafen, Verleih von Wassergeräten, Spielplätzen, Restaurants und Cafés. Es ist erwähnenswert, dass die Infrastruktur am Okullsee systematisch ergänzt wird.

Bereits im September letzten Jahres wurden Anstrengungen zur Förderung des Sports in Allenstein unternommen. So wurde die Allee der Allensteiner Sportberühmtheiten angelegt. Sie wurde mit einer in den Gehweg eingelassenen Bronzetafel eröffnet, auf der unter anderem Informationen über den Initiator der

Schaffung dieser kleinen Promenade zu finden sind. Es ist die „Sport-Lorbeer-Stiftung“, die sich seit Langem um eine Würdigung der Leistungen von Allensteiner Sportlern, Trainern, Betreuern und Sportfunktionären bemüht.

Ferner befinden sich hinter der erwähnten Bronzetafel etwas kleinere Tafeln mit den Namen von mit der Stadt verbundenen Sportlern und ihren wichtigsten Erfolgen. Zu den verwegenen Sportgrößen gehören Andrzej Gronowicz, Silbermedaillengewinner im Kanu bei den Olympischen Spielen in Montreal, die Volleyballspieler Zbigniew Lubiejewski und Mirosław Rybaczewski, die in Montreal olympische Goldmedaillen gewannen, sowie Adam Seroczyński, der in Sydney eine olympische Bronzemedaille im nationalen Kanu-Vierer errang. Dies sind die ersten Tafeln dieser Art an dieser einzigartigen Promenade. Leszek Dublaczewski, der Vorsitzende der „Sport-Lorbeer-Stiftung“, kündigte an, dass der Ortsverband jedes Jahr mindestens zwei weitere Sportler ernennen werde, die in die Gruppe der herausragenden Sportgrößen aufgenommen werden. **Dawid Kazański**



Vorbereiten auf die neue Saison: Abriss des alten Stegs am Okullsee

Foto: D.K.

Wir gratulieren...



ZUM 101. GEBURTSTAG

Runge, Erna, geb. Rogalski, aus Lötzen, am 10. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Danielzik, Heinrich, aus Klein Lasken, Kreis Lyck, am 10. Februar
Klick, Erna, geb. Ludwig, aus Nußberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Kummetz, Bruno, aus Gronwalde, Kreis Elchniederung, am 6. Februar

ZUM 98. GEBURTSTAG

Buchau, Benno, aus Kastaunen, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Krüger, Heinz, aus Parnehen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Moll, Hedwig, geb. Todzi, aus Grammen, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Urmann, Gerda, geb. Naujoks, aus Ginkelsmittel, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Duwe, Gertrud, geb. Smolenski, aus Lissau, Kreis Lyck, am 9. Februar
Karpa, Gertrud, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Masur, Edith, geb. Knorr, aus Blumstein, Kreis Preußisch Eylau, am 7. Februar

Pfeiffer, Dr. Irmtraud, geb. Kunze, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 9. Februar
Skowronnek, Erich, aus Groß Jerutten, Kreis Ortelsburg, am 8. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Elfert, Christel, geb. Reinies, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, am 6. Februar
Klein, Rudolf, aus Lyck, am 7. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Däblitz, Heinz, aus Irglacken, Kreis Wehlau, am 6. Februar
Puck, Alfred, aus Lyck, Falkstraße 21, am 5. Februar
Trzaska, Ewald, aus Neidenburg, am 9. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Baldzuhn, Edeltraut, aus Stosnau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Denda, Heinz, aus Ortelsburg, am 9. Februar
Dreimann, Elfriede, geb. Christochowitz, aus Langheide, Kreis Lyck, am 10. Februar
Loch, Magdalena, aus Malshöfen, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Neiß, Werner, aus Berkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar
Rafael, Erich, aus Eichensee, Kreis Lyck, am 8. Februar
Weiß, Liselotte, geb. Tylitzki, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, am 8. Februar
Winzbeck, Ruth, geb. Kotowski, aus Monken, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Blanck, Herta, geb. Keddies, aus Waldreuten, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar
Edinger, Irmgard, geb. Rembritzki, aus Gusken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Fornfeist, Ruth, geb. Eremef, aus Schnippen, Kreis Lyck, am 8. Februar
Friedriszik, Liselotte, geb. Paulat, aus Tapiau, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Gosdek, Lydia, geb. Dorsch, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar

Hanneken, Willi, aus Eiserwagen, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Marzischewski, Horst, aus Walden, Kreis Lyck, am 4. Februar
Passiep, Hildegard, geb. Kollek, aus Giesen, Kreis Treuburg, am 10. Februar
Scheuer, Edith, geb. Friese, aus Walden, Kreis Lyck, am 5. Februar
Willwoll, Ruth, geb. Bleyer, aus Ebenrode, am 5. Februar
Woehler, Gerda, geb. Adamzik, aus Sentken, Kreis Lyck, am 4. Februar
Woit, Siegfried, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Zandereit, Hanna, geb. Komorowski, aus Mulden, Kreis Lyck, am 4. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Dörfling, Magdalena, geb. Neumann, aus Köllmisch-Damerau, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Frei-Jortzik, Erna, geb. Jortzik, aus Grabnick, Kreis Lyck, am 9. Februar
Hanella, Eva, geb. Toleikis, aus Bersnicken, Kreis Fischhausen, am 6. Februar
Loosen, Wilhelm, aus Bartenhof, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Pfeil, Willi, aus Fischhausen, am 10. Februar
Prietz, Renate, aus Ebenfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Schlicht, Kurt, aus Pobethen, Kreis Fischhausen, am 9. Februar
Zimmermann, Heinz, aus Pasenheim, Kreis Ortelsburg, am 10. Februar
Wilzewski, Lothar, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, am 10. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. Dolenga, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, am 10. Februar
Babbel, Fritz, aus Gauleden, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Baudisch, Elfriede, geb. Lask, aus Reimannswalde, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Dietrich, Hildegard, geb. Helbing, aus Sonnau, Kreis Lyck, am 5. Februar
Heberle, Margarete, geb. Kopka, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, am 7. Februar
Märtens, Hildegard, geb. Wallat, aus Argental, Kreis Elchniederung, am 8. Februar

ANZEIGE

Hochwertige Seidenkrawatte

Hochwertige graue Seidenkrawatte im Fischgrätmuster

mit gewebtem Elchschaufel-Wappen in schwarz-weiß für Euro 28,- zzgl. Verpackung und Versand Euro 2,00/Krawatte

Bestellung:
Preußische Allgemeine
Angela Selke
selke@paz.de
Tel: 040-414008-0

Matull, Waltraut, geb. Gemballies, aus Markau, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Radzuweit, Erika, geb. Lange, aus Materschobensee, Kreis Ortelsburg, am 5. Februar
Schramma, Ruth, geb. Bendiks, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, am 9. Februar
Strauß, Erna, geb. Christochowitz, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, am 6. Februar
Wegner, Adelgunde Elfriede, geb. Bartsch, aus Muschaken, Kreis Neidenburg, am 5. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Alkenings, Hans, aus Seckenburg, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Bahlke, Hanna, geb. Werner, aus Klein Rödersdorf, Kreis Heiligenbeil, am 10. Februar
Butte, Edeltraut, geb. Masurowski, aus Lyck, Memeler Weg 5, am 8. Februar
Diedrichs, Hilde, geb. Hinz, aus Dreimühlen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Fingberg, Jutta, geb. Ewert, aus Herrendorf, Kreis Elchniederung, am 4. Februar
Fritsch, Elisabeth, geb. Kuschnierz, aus Polennen, Kreis Fischhausen, am 8. Februar
Harz, Gerda, geb. Urmoneit, aus Kleinmark, Kreis Tilsit-Ragnit, am 9. Februar
Henrici, Hans, aus Alt Christburg, Kreis Mohrunen, am 5. Februar
Köhn, Gertrud, geb. Herrmann, aus Seedranken, Kreis Treuburg, am 10. Februar

Lill, Edith, geb. Wengorz, aus Weißhagen, Kreis Lyck, am 4. Februar
Rees, Christel, geb. Lenkeit, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, am 10. Februar
Röder, Liesbeth, geb. Höchst, aus Neu Trakehnen, Kreis Ebenrode, am 8. Februar
Schulz, Werner, aus Pregelswalde, Kreis Wehlau, am 10. Februar
Unterberg, Edith, geb. Gritz, aus Auersberg, Kreis Lyck, am 8. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adomeit, Horst, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, am 5. Februar
Bilke, Dr. Jörg, Kreisgemeinschaft Lötzen, am 10. Februar
Brinkmann, Rosemarie, geb. Guddas, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, am 7. Februar
Busch, Gisela, geb. Kujat, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, am 8. Februar
Faltin, Manfred, aus Rauschenwalde, Kreis Lötzen, am 10. Februar
Habig, Karin, geb. Schelwat, aus Germau, Kreis Fischhausen, am 7. Februar
Kurapkat, Alfred, aus Sinnhöfen, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Nickel, Alfred, aus Grieben, Kreis Ebenrode, am 6. Februar
Schütz, Helmut, aus Seesken, Kreis Treuburg, am 5. Februar
Selinger, Willi, aus Pommern, am 7. Februar
Woischwell, Gisela, geb. Weiß, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, am 7. Februar

Woltersdorf, Christel, geb. Borries, aus Auglitten, Kreis Lyck, am 9. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Bednarzik, Ingeborg, geb. Varnholt, aus Bärengrund, Kreis Treuburg, am 6. Februar
Diez, Inge, geb. Jopp, aus Tannau, Kreis Treuburg, am 9. Februar
Frantzius, Monika von, geb. Hagemann, aus Eichen, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Jungmann, Klaus-Dieter, aus Goldbach, Kreis Wehlau, am 7. Februar
Nimcke, Rotraut, geb. Zuehlsdorff, aus Bieberswalde, Kreis Wehlau, am 8. Februar
Otto, Dr. Wolfgang, aus Ebenrode, am 9. Februar
Rebelein, Ingeborg, geb. Kondritz, aus Kleinkosel, Kreis Neidenburg, am 4. Februar
Riemann, Werner, aus Groß Michelau, Kreis Wehlau, am 4. Februar
Ruppel, Ingrid, aus Wehlau, am 6. Februar
Zahlmann, Peter, aus Stadtfelde, Kreis Ebenrode, am 9. Februar

ZUM 75. GEBURTSTAG

Perrey, Monika, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, am 4. Februar
Rentner, Günther, Kreisgemeinschaft Neidenburg, am 7. Februar

Hinweis

Alle auf den Seiten „Glückwünsche“ und „Heimat“ abgedruckten Glückwünsche, Berichte und Ankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Der Veröffentlichung können Sie jederzeit widersprechen.
 Landsmannschaft Ostpreußen e.V., Buchtstraße 4, 22087 Hamburg,
 E-Mail: info@ostpreussen.de

Zusendungen für die Ausgabe 7/2022

Bitte senden Sie Ihre Texte und Bilder für die Heimat-Seiten der Ausgabe 7/2022 (Erstverkaufstag 18. Februar) **bis spätestens Dienstag, den 8. Februar**, an die Redaktion der PAZ:
 E-Mail: rinsen@paz.de, Fax: (040) 41400850 oder postalisch:
 Preußische Allgemeine Zeitung, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg

Kontakt

Angela Selke
 Telefon (040) 4140080
 E-Mail: selke@paz.de

Werden Sie persönliches Mitglied der Landsmannschaft Ostpreußen

Ostpreußen benötigt eine **starke Gemeinschaft**, jetzt und auch in Zukunft.

Die persönlichen Mitglieder kommen wenigstens alle drei Jahre zur **Wahl eines Delegierten** zur Ostpreußischen Landesvertretung (OLV), der Mitgliederversammlung der Landsmannschaft Ostpreußen, zusammen. Jedes Mitglied hat das Recht, die **Einrichtungen** der Landsmannschaft und ihre

Unterstützung in Anspruch zu nehmen. Sie werden regelmäßig über die Aktivitäten der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. **informiert** und erhalten **Einladungen** zu Veranstaltungen und Seminaren der LO. Ihre Betreuung erfolgt direkt durch die Bundesgeschäftsstelle in Hamburg.

Der Jahresbeitrag beträgt zurzeit 60,- Euro. Den Aufnahmeantrag können Sie bequem auf

der Internetseite der Landsmannschaft – www.ostpreussen.de – heruntergeladen. Bitte schicken Sie diesen per Post an:

Landsmannschaft Ostpreußen
 Herrn Bundesgeschäftsführer Dr. Sebastian Husen
 Buchtstraße 4
 22087 Hamburg

Auskünfte erhalten Sie unter Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de

Termine 2022 der Landsmannschaft Ostpreußen

11. bis 13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter (geschlossener Teilnehmerkreis) in Helmstedt
22. bis 24. April: Kulturseminar in Helmstedt
23. und 24. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine (geschlossener Teilnehmerkreis in Sensburg)
11. Juni: Jahrestreffen der Ostpreußen in Wolfsburg
25. Juni: Ostpreußisches Sommerfest (Veranstalter: VdGEM) in Hohenstein (Ostpreußen)
1. bis 3. Juli: 8. Sommerolympiade in Heilsberg

23. bis 25. September: Geschichtsseminar in Helmstedt
24. September: 25. Landestreffen Mecklenburg-Vorpommern (Veranstalter: LO-Landesgruppe M-V) in Schwerin
7. bis 9. Oktober: 10. Deutsch-Russisches Forum „Zukunft braucht Vergangenheit“ (geschlossener Teilnehmerkreis) in Lüneburg
10. bis 16. Oktober: Werkwoche in Helmstedt

4. November: Arbeitstagung der Landesgruppenvorsitzenden

(geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

5. und 6. November: Ostpreußische Landesvertretung (geschlossener Teilnehmerkreis) in Wuppertal

6. bis 9. November: Kulturhistorisches Seminar in Helmstedt

Auskünfte erhalten Sie bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400826, E-Mail: info@ostpreussen.de, Internet: www.ostpreussen.de/lo/seminare.html

Aus den Landesgruppen und Heimatkreisen der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.



Vorsitzender: Alexander Schulz,
Willy-Reinl-Straße 2, 09116
Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-
agentur@gmx.de, Telefon (0371)
301616

Arbeitsgespräch und Dauer- ausstellung

Knappenrode – Ende Januar fuhr
den die Heimatkreisvertreter
Erwin Feige (Tilsit) und Klaus Dow-
nar (Johannisburg) mit Alexander
Schulz (Landesgruppe Sachsen)
nach Knappenrode zu einem Ar-
beitsgespräch mit dem Landes-
vorsitzenden Frank Hirche.

Beide Heimatkreisvertreter
waren überrascht, dass sich schon
viel dort getan hat. Die Räumlich-
keiten boten eine Vielzahl von Ex-
ponaten, die zusammengetragen
wurden.

Nach dem Empfangsbereich
wurden die verschiedenen Ver-
treibungsgebiete vorgestellt. An
den Wänden befinden sich Bild-
schirme mit Personen, die über
sich und ihre Vertreibungsgeschichte
erzählen. Danach erzählen
sechs Litfaßsäulen die Nach-
kriegsgeschichte.

Am Ende des ersten Bauab-
schnittes ist ein Eisenbahnwagen
zur Hälfte in dem Schulungs-
zentrum und zur anderen Hälfte
außerhalb. Im Innenbereich des
Waggons werden über audiovisuelle
Brillen verschiedene Erlebnis-
geschichten erzählt.

Der „Transferraum Heimat“
der Stiftung der Erinnerung, Be-
gegnung, Integration – Stiftung
der Vertriebenen in Sachsen, wird
ein Schulungs- und Bildungszentrum
für Schüler und Lehrer. Die
Teileröffnung fand am Sonntag,
den 12. September 2021 zu dem
Gedenktag der Vertriebenen und
Spätaussiedler statt.

Auf 500 Quadratmetern prä-
sentierte eine audiovisuell beglei-
tete Dauerausstellung, die sich

den Themen Flucht, Vertreibung,
„erste“ und „zweite“ Heimat so-
wie Integration bis hin in die Ge-
genwart und damit auch gegen-
wärtigen Fragestellungen widmet.
Dort können auch alltagskulturelle
Veranstaltungen in Erinnerung
an Traditionen, Bräuche, Kultur
der deutschen aus Mittel- und
Osteuropa (Musik, Rezitationen,
Begegnungen) durchgeführt wer-
den.

Dieser Ort bietet auch Raum
und Rahmen für themenbezogene
Vorträge, Lesungen und Gesprä-
che. Die technische Ausstattung
sowie ein Seminarraum für bis zu
30 Personen bietet die Möglich-
keit, projektbezogener und fächer-
übergreifender Arbeit
(Deutsch, Geschichte, Gemein-
schaftskunde) – nicht nur für
Schulklassen. Auch ist dieser Ort
für grenzüberschreitenden, wis-
senschaftlichen Austausch (Tag-
ungen und Konferenzen) und
damit ein Ort der Verbindung be-
sonders mit unseren Nachbarlän-
dern, der Republik Polen und
Tschechien möglich.

Die in der Schulungs- und Bil-
dungsstätte präsentierten alltags-
geschichtlichen Exponate sowie
Aussagen Überlebender lassen er-
ahnen, was sich hinter heute viel-
leicht abstrakten und in die Ferne
projizierten Worten wie Heimat-
verlust, Entwurzelung, Enteignung
und Desillusionierung verbirgt.

Sie sprechen aber auch vom
Überlebenswillen der deutschen
Flüchtlinge und Vertriebenen.
Sie erinnern an das sogenannte
unsichtbare Fluchtgepäck, also
das mitgebrachte Wissen und
Können der Neuankömmlinge,
das allen Regionen Deutschlands
beim Wiederaufbau nach dem
Krieg zugute kam. Auf diese Wei-
se erzählt die in Knappenrode
präsentierte Dauerausstellung
auch von der Bereitschaft der
Vertriebenen zur Integration in
die neue, unvertraute Lebens-
welt.

Zur Besichtigung werden Ter-
mine Telefonisch vergeben. Bitte
wenden Sie sich an Frank Hirche
unter der Telefonnummer (0160)
953980064. *Alexander Schulz*



Vorsitzender: Edmund Ferner,
Julius-Wichmann-Weg 19, 23769
Burg auf Fehmarn, Tel.: (04371)
8888939, E-Mail: birgit@kreil.info

Vereinigte Landsmannschaf- ten Flensburg (VLM Fl) e.V.

Flensburg – Unsere erste Ver-
anstaltung des neuen Jahres war
trotz aller Corona-Umstände gut
besucht. Nach der wieder exzellen-
ten Kaffeetafel im TSB-Heim trug
Michael Weber vor. Er hatte sich
auf der Grundlage seiner eigenen
Familie die Thematik „Geschichte
einer ostpreußischen Familie“ aus-
gewählt und zeigte zunächst in ei-
nem historischen Vorspann die
vielschichtigen geographischen
Ursprünge der meisten ostpreußi-
schen Familien auf. Diese waren
nämlich zum Großteil nicht über
viele Jahrhunderte eingesessene
Familien, die es natürlich auch gab,
sondern im Zuge der Ansiedlungs-
und Einwanderungswellen nach
Ostpreußen gelangt.

Die Werbung um Einwanderer
wurde durch die jeweiligen Herr-
scher betrieben - vom Ordensstaat
über die Zeit nach den Kriegen des
15. und 16. Jahrhunderts bis zu den
Bemühungen Friedrich I. wie
Friedrich der Große – bedingt auch
durch die erheblichen Bevölkerungs-
verluste nach der großen
Pestwelle 1709 bis 1711.

So war auch ein Zweig der Fa-
milie des Referenten in der zwei-
ten Hälfte des 18. Jahrhunderts aus
Varenna am Comer See im Herzog-
tum Mailand, welches damals zur
Habsburger Donaumonarchie ge-
hörte, zunächst nach Hirschberg in

Schlesien (seit dem Ersten Schlesi-
schen Krieg preußisch) und in der
folgenden Generation nach Ost-
preußen eingewandert.

Der Nachfahre dieser italieni-
schen Familie, Carl-Anton Carga-
nico, hatte in Halle Medizin stu-
diert, war zunächst als Kreisphysi-
kus in Darkehmen (Angerapp) tä-
tig und wurde dann als Geheimer
Medizinalrat Ende der 1820er Jah-
re nach Gumbinnen berufen. Mit
seiner Ehefrau aus Hirschberg hat-
te er acht Kinder, allerdings star-
ben drei bereits in jungem Alter.
Von ihren beiden Söhnen wurde
Hugo Carl, der Älteste, Jurist und
beendete seine Karriere als Ober-
staatsanwalt in Insterburg; das
jüngste Kind, Sohn Alfred, wurde
Forstmann und war zuletzt Leiter
der Forstinspektion Breslau sowie
Lehrbeauftragter an dortiger Uni-
versität.

Die drei Mädchen; heirateten
in ostpreußische Gutsfamilien ein.
Die älteste Tochter Elise verband
sich mit Louis Burchard-Austineh-
len, die jüngere Clara vermählte
sich mit Eugen Kaeswurm-Tilse-
wischken. Auguste Carganico, die
mittlere und Ur-Urgroßmutter des
Vortragenden, heiratete Carl Am-
mon auf Althof-Insterburg, einst
ein Gut des Deutschen Ordens; das
Paar bekam zwei Töchter.

Leider verstarb Carl Ammon
schon nach wenigen Jahren und
die junge Witwe, die dem strengen
ostpreußischen Winter wenig ab-
gewinnen konnte, fuhr regelmäßig
im Herbst nach Italien und kehrte
im Frühjahr zurück. Station machte
sie stets in Dresden, wo sie ihren
zweiten Mann, den promovierten
August Brandes, kennenlernte.

Brandes war Jurist, kam aus
Hamburg, und stammte, in Celle
geboren, aus einer alten kurhannö-
verschen Familie. Die Ursprünge
seiner Familie lagen im Fürstentum
Calenberg, einem Teil des
Herzogtums Braunschweig, und
waren dort bis ins 16. Jahrhundert
nachweisbar. Er arbeitete als Re-
dakteur und Commissionsrat beim

sächsischen Innenministerium.
Mit Redakteur wurde seinerzeit
ein Schriftleiter bezeichnet, der
zugleich für Personalauswahl und
Vertragsprüfung zuständig war,
Commissionsrat ist ein bis 1918
verliehener Titulararbeitsstelle für ver-
diente Bürger, der dem Kommer-
zienrat ähnlich ist, aber in sozialer
Beziehung dahintersteht.

Der Ehe entstammten vier Kin-
der, darunter der später in Ost-
preußen wie dem Reich so bekann-
te Jurist Ernst Brandes. Dieser
übernahm 1894 das Gut, als seine
Eltern in den zuvor gebauten Al-
terssitz nach Insterburg zogen –
heute noch als „Villa Brandes“ be-
kannt und inzwischen ein russi-
sches Waisen- und Kinderhaus.

Er war nicht nur über 30 Jahre
Gutsherr auf Althof-Insterburg,
sondern als Politiker und ausge-
wiesener Fachmann auch lange
Jahre Vorsitzender der Landwirt-
schaftskammer Ostpreußen, Prä-
sident der Hauptlandwirtschafts-
kammer und des Deutschen Land-
wirtschaftsrates sowie von 1933
bis 1935 Mitglied des preußischen
Staatsrates.

Mit seiner Frau Johanna Bo-
junga, Spross einer ostfriesischen
Familie mit Wurzeln bis ins 14.
Jahrhundert, hatte er fünf Kinder,
die bis auf die jüngste Tochter
Lotte alle in der ostpreußischen
Landwirtschaft verankert waren:
Eddo (Gutserbe Althof-Inster-
burg) und sein jüngerer Bruder
Herbert (Gutsherr auf Fehlbrück-
en vorm. Skrisptienen) sowie
die Töchter Carla verheiratete
Coste (zunächst auf Gut Stein-
beck) und Hanna-Maria, verheira-
tet mit Ernst du Maire, Verwalter
der Domäne Bubainen-Waldhau-
sen. Eddo Brandes heiratete Fel-
icitas Dluhosch, einzige Tochter
einer Gleiwitzer Apothekerfami-
lie.

Er hatte sie bei den bekannten
Insterburger Reitturnieren kurz
nach dem Ersten Weltkrieg ken-
nengelernt, bei denen sie des Öf-
teren ritt – natürlich im Damen-

sattel. Bis auf diesen meinen
Großvater Eddo, der bereits 1942
an Herzversagen starb, haben alle
anderen Nachfahren Vertreibung
und Flucht mehr oder weniger gut
überstanden. So auch der letzte
Gutserbe Eddo-Ernst Brandes,
der in den 1950er Jahren nach
Südafrika auswanderte, und seine
Schwester, meine Mutter Inga-
Maria geb. Brandes-Althof. Sie hat
sich, wie ihr in Königsberg gebo-
rener Mann Heinz-J. Weber, ihre
Liebe zu Ostpreußen bis in den
Tod bewahrt.

Der Vortragende erhielt großen
Applaus und stand anschließend
für Fragen zur Verfügung. *M.W.*



Kreisvertreter: Wolfgang Schie-
mann, **Gst.:** J. Schulz, Landkreis
Rotenburg (Wümme), Postfach
1440, 27344 Rotenburg (Wüm-
me), Telefon (04261) 9833100,
Fax (04261) 9833101

Heimatpolitische Tagung fällt erneut aus

Rotenburg (Wümme) – Bereits
zum zweiten Mal muss die Hei-
matpolitische Tagung in Roten-
burg (Wümme), die für den 19. und
20. Februar bereits geplant war,
abgesagt werden. Grund ist die Co-
rona-Pandemie, die auch in diesem
Jahr die Durchführung der traditi-
onellen Veranstaltungsreihe ver-
hindert.

Die Veranstalter, der Land-
kreis Rotenburg (Wümme) und
die Kreisgemeinschaft Angerburg,
bitten um Verständnis!

Michael Meyer

PAZ wirkt!

ANZEIGE

Preußische Allgemeine

Zeitung für Deutschland · Das Ostpreußenblatt

Ja, ich abonniere mindestens für 1 Jahr die PAZ zum Preis
von z. Zt. 168 Euro (inkl. Versand im Inland) und erhalte als
Prämie 40 Euro auf mein Konto überwiesen.

Name: _____
Vorname: _____
Straße/Nr.: _____
PLZ/Ort: _____
Telefon: _____

Die Prämie wird nach Zahlungseingang versandt. Voraussetzung
für die Prämie ist, dass im Haushalt des Neu-Abonnenten die PAZ
im vergangenen halben Jahr nicht bezogen wurde.

Die Prämie gilt auch für Geschenkabonnements; näheres dazu
auf Anfrage oder unter www.paz.de

Lastschrift Rechnung

IBAN: _____
Bank: _____
Datum, Unterschrift: _____

Bitte einsenden an:
Preußische Allgemeine Zeitung
Buchtstraße 4 - 22087 Hamburg

PAZ-02-B



Abonnieren Sie die PAZ

und sichern Sie sich Ihre Prämie

**40 Euro
Prämie**



Gleich unter 040-41 40 08 42 oder per Fax 040-41 40 08 51 anfordern!

Zeitung für Deutschland
www.paz.de

Allenstein

Hilfstransport nach Ostpreußen

Der Förderverein Masurenhilfe übergibt zwei Fahrzeuge

Günther van der Wall, Paul Gericke, Hermann Salge und Vereinschef der Leiferder Masurenhilfe Werner Koepeke waren in der letzten Woche unterwegs nach Masuren, um dem Polnischen Roten Kreuz in Allenstein zwei Fahrzeuge für die ambulante häusliche Krankenpflege zu übergeben.

Anlässlich des Hilfstransportes im November wurden wir darauf aufmerksam, dass einige Fahrzeuge für die Krankenpflege nicht mehr einsatzbereit waren und im

Grunde in die Schrottpresse gehören. Hier wollten wir Abhilfe schaffen.

Diese Idee wurde von den Mitgliedern unseres Fördervereins sehr positiv aufgenommen, sodass in kürzester Zeit gut 5.000 Euro an Spenden eingesammelt werden konnten.

Salge und Koepeke machten sich auf die Suche nach geeigneten Fahrzeugen und wurden schnell fündig. Zwei sehr gut erhaltene, fast baugleiche Fiat Panda konnten

Ende Dezember beschafft werden. Beide Fahrzeuge bekamen einen neuen Komplettservice, den die Firma JV Automobile aus Gifhorn für uns kostengünstig durchführte.

Beide Fahrzeuge wurden am 21. Januar in Allenstein übergeben.

Überraschend groß war das Interesse, denn zur offiziellen Übergabe erschienenen Zbigniew Zawadzki, Landesvorsitzender vom Polnischen Roten Kreuz für Ermland und Masuren, Piotr Grzymowicz, Präsident und Oberbürgermeister



Kleine Stärkung nach der großen Freude: (v. l.) Zbigniew Zawadzki, Dorota d'Aystetten, Piotr Grzymowicz und Werner Koepeke
Foto: Werner Koepeke



Vor dem Polnischen Roten Kreuz in Allenstein: (v. l.) Zbigniew Zawadzki, Werner Koepeke, Piotr Grzymowicz, Dorota d'Aystetten
Foto: Werner Koepeke

von Allenstein, Sylwia Jaskulska, Vize-Regierungschefin von Ermland und Masuren, Urszula Paslawska, Abgeordnete des Polnischen Sejm aus Warschau und Dorota d'Aystetten, Direktorin des Stadt- und Kreisverbandes vom Polnischen Roten Kreuz Allenstein.

Selbstverständlich haben wir auch zu dieser Tour wieder einen VW Crafter voll mit Hilfsgütern beladen. Unser Lager ist jetzt leer und aufnahmebereit. Der nächste

Transport ist für die zweite Aprilhälfte geplant. Er wird nach Ortelsburg gehen, unter anderem werden Trikots und Sportkleidung den Weg nach Ostpreußen finden.

Wir können mit Fug und Recht sagen, dass wir einer der aktivsten Vereine im Kreis Gifhorn sind, wurden doch im vergangenen Jahr fünf Transporte nach Ortelsburg und Allenstein gebracht.

Es bedarf großer Organisation und tatkräftiger Unterstützung der

Vereinsmitglieder, und wir werden nicht müde.

Der Verein heißt ausformuliert „Förderverein zur Linderung der Not in Masuren e.V.“. Nähere Informationen gibt es auf der informativen Internetseite www.masurenhilfe.de nachzulesen. Bei Fragen wenden Sie sich gerne an Werner Koepeke unter Telefon (0172) 4362226 oder per E-Mail: koepeke.werner@t-online.de

Werner Koepeke

Rätsel

Maßeinteilung an Messgeräten	liebvolles An-sich-Drücken	westgermanischer Stamm	veraltet: Häufung	dt. Maler, Grafiker (Emil)	Lästerer, Zyniker	Hauptstadt Armeniens	englische Prinzessin	griechische Friedensgöttin	Geschicklichkeitsturnen	Pökel-flüssigkeit	ein Eltern-teil (Koseform)	Stadt in Mittel-Italien, am Arno	40. Prä-sident der USA (Ronald)
rollen (ugs.)					scherzhaft-Schule		Salz der Sal-peter-säure		Tasten-instrument			Drama von Ibsen	Geschöpf
			Hub-schrau-ber-flügel										
Knie-geige		Abfall-behälter		nord-sche Währungs-einheit	eine Sitz-ung abhalten	ost-asia-tischer Baum	eine der Gezeiten		japani-sche Insel		Fluss durch Hamburg	Offi-ziers-rang	
Mutter Jesu	Halbton über g (Musik)	Musik-zeichen			deut-sches Mittel-gebirge			Wort der Ablehnung	schweiz. Ferienort in Graubünden				
Staat in West-afrika				wider-spenstig					ermul-cken, erfris-chen				
					Besatz-streifen	Spottbild, Zerrbild	schma-ler Spalt	eine Zahl			einer der Erzengel		Haupt-ge-schäfts-stelle
		nach Abzug der Kosten				Abkür-zung für United Nations	Zaren-name						Stier-kämpfer
mildern, erleich-tern													

zer-knirscht-schuld-bewusst	Hand-beet	kegel-förmiges Indianer-zelt	Beste, Siegerin
Losung, Parole	deutsche Maler-familie	sandi-ges, un-bebautes Land	Lehrling (Kurzwort)
Ausguss an Kannen		eigen-sinnig, hart-näckig	ältester Sohn Noahs
		Himmels-richtung	Wirk-stoff im Tee
amerik. Schau-spieler (Richard)	Ferien		Ausflug zu Pferde
norweg. Schrift-stellerin (Sigrid)			russ. Schrift-steller (Nikolai)
		Gelieb-ter der Julia	Reise-weg
		falsche Methode	im Wind flattern (Fahne)
weltfrem-der, ver-sonnener Mensch	norwegische Währung (Abk.)	germa-nische Gottheit	Sohn des letzten österr. Kaisers
			Gewebe, gesäum-tes Stück Stoff
er-höhte Glets-anlage	großes Koch-gefäß		aktiv, be-schäftigt
saftige Kern-frucht		ver-lassen; lang-weilig	Sinnes-organ

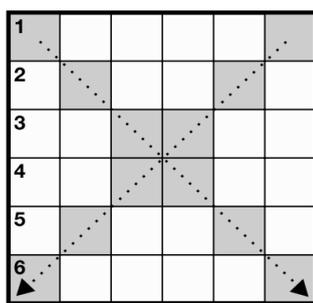
1									
2									
3									
4									
5									
6									

Sudoku

				7	1		5
		6			8	7	
5			3	8			2
3				1			
4	6		5	2		1	8
				4			9
	5			9	8		1
	7	3			4		
6		1	7				

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



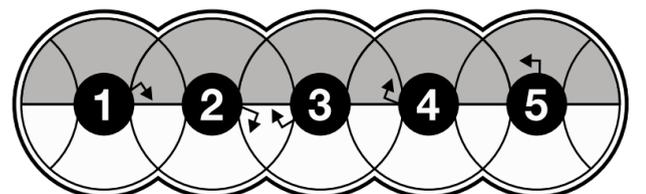
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagrecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen eine Kirchenversammlung und einen Kultbau.

- 1 Spreizschritt
- 2 australische Hafenstadt
- 3 nicht öfter
- 4 Kirchengalerie
- 5 geometrische Linie
- 6 Futter-, Zierpflanze

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Wiesenpflanze.

- 1 spanische Stadt am Tajo, 2 Felsenhöhle, 3 Handwerker (Leder), 4 gefälschte Banknote (ugs.), 5 Brettspiel



Heimatkreisgemeinschaften



Tilsit-Stadt

Stadtvertreter: Erwin Feige, Am Karbel 52, 09116 Chemnitz, Telefon (0371) 3363748. **Mitgliederfragen:** Bernd Polte, Stege 3, 19322 Abbendorf, Telefon (038791) 179873, E-Mail : koljanwanja@gmx.de

Neuer Vorstand gesucht

Trotz aller Bemühungen konnten wir in den letzten Jahren keinen neuen Vorstand etablieren. Es gibt aktive Mitglieder im alten Vorstand und unter den Stadtvertretern. Leider konnten sich diese nicht auf eine Gruppe von drei Personen einigen, die die Stadtge-

meinschaft leiten könnte. Auch die aktuelle Satzung bedarf dringend einer Modernisierung, da die bisher vorgeschriebene Anzahl von Vorstandsmitgliedern zum einen nicht mehr zeitgemäß ist und sich zum anderen nicht finden lässt. Auch die dazu dringend notwendigen Änderungen der Satzung fanden keine Mehrheit.

Die jetzigen Vorstandsmitglieder suchen seit längerem Nachfolger und müssen befürchten, dass sie zum Beispiel bei Krankheit nicht mehr handlungsfähig sein könnten. Die Stadtgemeinschaft steuert damit sehenden Auges auf einen Zustand zu, in dem es keinen aktiven Vorstand gibt und gegebenenfalls eine Auflösung mit Vermögensverlust folgen könnte.

Aus diesem Grund ergeht der Appell an alle Mitglieder zu überlegen, wer sich die Mitarbeit in einem neuen Vorstand zu dritt vorstellen kann. Es ist nicht sinnvoll, sich mit anderen zusammenzufinden, mit denen es keinen Konsens über die Art und Weise der Wahrnehmung der Aufgaben der Stadtgemeinschaft gibt. Außerdem sollten die neuen Vorstände möglichst jung sein.

Die Wahl des neuen Vorstandes muss durch die alten Stadtvertreter nach der alten Satzung Paragraph sieben gewählt werden. Wenigstens Vorsitzender, Stellvertreter und Schatzmeister sollten auf dieser Versammlung neu gewählt werden. Alle anderen Posten sollten ohnehin wegfallen.

Der jetzige Vorstand appelliert, alte Gräben zu verlassen und sich zum Wohle des Vereins auf einer solchen Versammlung auch zu einer grundlegenden Satzungsänderung aufzuraffen: Drei Vorstandsmitglieder: Vorsitzender, Stellvertreter, Schatzmeister; Vertretung immer durch mindestens zwei von ihnen; Wahl durch die Mitgliederversammlung; Amtszeit vier oder fünf Jahre; Mitgliederversammlung jährlich.

Damit wird auch bei sinkender Mitgliederzahl eine einfache und rechtskonforme Arbeit möglich und Nachwahlen und Ähnliches vereinfacht. Es ist aus Sicht des alten Vorstandes nicht sinnvoll, weiter nach der alten Satzung zu verfahren. *Erwin Feige*

ANZEIGE



Schlicht und einfach war dein Leben,
treu und fleißig deine Hand,
Frieden ist dir nun gegeben,
ruhe sanft und habe Dank.

Günter Puckaß

* 14. September 1933 † 27. Dezember 2021

In Liebe und Dankbarkeit:

Christel Puckaß geb. Klaschus
Kinder und Angehörige

58511 Lüdenscheid, Honselers Straße 123

Die Beerdigung hat im engsten Kreis stattgefunden.
Von Beileidsbesuchen bitten wir abzusehen.

Ostpreußisches Landesmuseum

Masurische Wortschätze – Familiengeschichten aus einer fast vergessenen Welt, Lesung von Professor Siegmund Fröhlich, am 9. Februar um 18.30 Uhr, Eintritt: 4 Euro. Es gelten die 2G-Regeln, eine Anmeldung ist erforderlich unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de.

Die masurische Sprache hat sich im südöstlichen Teil Ostpreußens im Herrschaftsgebiet des Deutschen Ordens bereits seit dem Mittelalter unter den dortigen Siedlern eigenständig entwickelt. Ähnlich wie das Plattdeutsche war sie keine Schriftsprache, die in Schulen gelehrt wurde. Vielmehr wurde sie sowohl von der preußischen als auch später von der polnischen Verwaltung in Masowien verpönt und abgelehnt.

Fröhlich sieht diese nur mündlich überlieferte Sprache als eine Brücke zwischen den zwei Hauptethnien dieser Region, die nach den enormen Umwälzungen des Zweiten Weltkrieges leider nahezu ins Vergessen geriet. Er ist der Sohn zweier Masuren und kam mit dieser Sprache stetig in den Sommerferien bei seinen Großeltern in Ogródek [Ogródek] im Kreis Lyck in Berührung. Im Alter von siebzehn Jahren reiste er mit seiner Familie nach Niedersachsen aus. Jetzt im Ruhestand beschäftigt er sich intensiv mit der Geschichte Masurens und der masurischen Sprache.

In seinem Buch „Masurische Wortschätze“ hat er rund 800 Begriffe aus der masurischen Sprache vereinigt. Sie sind in spannenden Geschichten aus seiner Kindheit und Jugend im weitgehend hochdeutschen Text eingeflochten.



Cover des Buches von Siegmund Fröhlich

ten. Er hat die Wörter allerdings in deutscher Schreibweise phonetisiert, sodass die Leser eingeladen sind, sie nachzusprechen, um dem Klang dieser Sprache ein wenig nachspüren zu können.

Weitere Veranstaltungen

Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr, regulärer Museumseintritt zuzüglich 1,50 Euro: „**Brauen in Lüneburg**“. Öffentliche Sonntagsführung durch das Brauereimuseum mit Rainer Proschko.

Im historischen Sudhaus der ehemaligen Kronen-Brauerei wird der spannende Bierbrauereiprozess und die Geschichte des Brauens in Lüneburg erläutert. Wie werden Hopfen, Malz, Wasser und Hefe zu dem was wir heute als Bier kennen? In dieser Sonntagsführung können Sie einen Einblick in ein einzigartiges Lüneburger Industriedenkmal bekommen. Das historische Sudhaus der ehemaligen Kronen-Brauerei ist heute das Brauereimuseum, es grenzt an das Ostpreußische Landesmuseum. Rainer Proschko führt Sie durch das einmalige Gebäude und bringt Ihnen den spannenden Entstehungsprozess des Bieres näher, von den Rohstoffen über den Brau- bis hin zum Abfüllprozess. Aber auch die jahrhundertelange Geschichte des Brauens in Lüneburg kommt nicht zu kurz, ganze 500 Jahre wurde in der Kronen-Brauerei die Tradition des Bierbrauens fortgesetzt. Erleben Sie Norddeutschlands wohl bedeutendstes Brauereimuseum mit einzigartigen Objekten rund um das Bierbrauen, viele davon aus Lüneburg.

Donnerstag, 10. Februar, 15 bis 17 Uhr, Eintritt frei! **Schreiben mit Feder und Tinte Kinderclub** mit Luisa Schubert.

Wie haben die Menschen früher geschrieben und welche Schreibutensilien wurden verwendet? Nach der Betrachtung alter Schriften können die Kinder mit echten Gänsefedern die eigenen Namen schreiben und mit einer farbigen Initialen, einem schmückendem Anfangsbuchstaben, verzieren.

Jeden zweiten und vierten Donnerstag im Monat findet der kostenlose Museums-Kinderclub für

Schulkinder von sieben bis zwölf Jahren statt. Der Einstieg ist mit vorheriger Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-mail: bildung@ol-ig.de jederzeit möglich. Die Kinder müssen am selben Tag vorher zu Hause oder in der Schule einen Corona-Schnelltest durchgeführt haben.

Dienstag, 15. Februar, 14.30 Uhr, regulärer Museumseintritt zuzüglich 1,50 Euro. In der Reihe „Museum erleben“: **Ein Buch verändert die Welt – Kants „Kritik der reinen Vernunft“** Vortrag mit Tim Kunze.

Kants wichtigstes Werk, die „Kritik der reinen Vernunft“ gilt als so etwas wie die Mona Lisa der Philosophie. Es ist eines der berühmtesten Bücher der Weltgeschichte und prägt bis heute unseren Blick auf unser Denken und Handeln. Was macht Kants Gedanken so umwälzend und so aktuell?

Mittwoch, 16. Februar, 18.30 Uhr, Eintritt: 5 Euro. „**Von Bienen, Wachs und Honig – Zeidler und Imker (nicht nur) in Ostpreußen**“, Vortrag von Museumsdirektor Joachim Mähner.

Heute sind Bienenwachs und Honig für Jedermann billig und nahezu unbegrenzt zugänglich, in früheren Jahrhunderten waren sie eine wertvolle Kostbarkeit, die nur dem Fleiß der Honigbiene zu verdanken war. Die Wälder Ostpreußens waren ein Zentrum von Imkern und Zeidlern, und schon in der Hansezeit wurden große Mengen Wachs und Honig exportiert. Mähner berichtet über das faszinierende Leben und Wirken einer Honigbiene sowie die Kulturgeschichte der Imkerei (nicht nur) im Osten.

Wichtige Informationen

Wenn nicht anders beschrieben gilt für alle Veranstaltungen voraussichtlich die 2G-Plus-Regel. Geboosterte Personen sind von der Testpflicht ausgenommen. FFP2-Masken müssen in den Innenräumen und auch am Sitzplatz getragen werden. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt und eine Anmeldung unter Telefon (04131) 759950 oder per E-Mail: info@ol-ig.de erforderlich.



Dittchenbühne – Termine verschoben

Eine Reihe von Theater- und Veranstaltungsterminen muss aufgrund der Situation durch die Omikron-Variante des Coronavirus verschoben werden. Das teilte jetzt das Büro des Elmschorners „Forum Baltikum – Dittchenbühne“ mit.

Betroffen von den Verschiebungen ist die neue Inszenierung der Dittchenbühne „... und die Großen lässt man laufen“. Die Premiere am 25. Februar und die weiteren Aufführungen müssen verschoben werden.

Der Vortrag „**Das Luftschiff - Traum der Menschheit**“ kann am 9. Februar ebenfalls nicht stattfinden – genauso wie die Vorführung von „**Die Heiden von Kummerow**“ des Filmclubs am 10. Februar.

Dittchenbühnen-Chef Raimar Neufeldt: „Neue Termine werden rechtzeitig bekannt gegeben. Bitte besuchen Sie unsere Webseite, wir halten Sie dort auf dem Laufenden!“

Nähere Informationen beim „Forum Baltikum – Dittchenbühne“,

Hermann-Sudermann-Allee 50,
25335 Elmshorn,
Telefon (04121) 89710,
E-Mail:
buero@dittchenbuehne.de



ANZEIGE

www.ostpreussen.de

Sonnabend, 11. Juni 2022
10 - 17 Uhr CongressPark Wolfsburg

Jahrestreffen

der Landsmannschaft Ostpreußen

Festveranstaltung mit Ansprache des Sprechers,
Fahneeinmarsch, Kulturprogramm u.v.m.

CongressPark Wolfsburg

Heinrich-Heine-Straße, 38440 Wolfsburg

(Zufahrt über die Straße Klieverhagen)

Bitte beachten: Sichern Sie sich jetzt Ihre Karte zum Preis von 10 € zzgl. Versand im Vorverkauf: Landsmannschaft Ostpreußen e. V., Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Tel.: 040-4140080, selke@ostpreussen.de. **Eintritt nur mit gültiger Karte.**

ÖSTLICH VON ODER UND NEISSE

Wandel einer Kriegsbegeisterten zur Pazifistin

Schneidemühl zeichnet anhand der Geschichte der damals zwölfjährigen Piete Kuhr deutsche Geschichte nach

VON CHRIS W. WAGNER

Die polnische Bevölkerung von Schneidemühl [Piła] erschließt sich die Geschichte der Tänzerin, Schauspielerin, Schriftstellerin und Pazifistin Jo Mihaly. Sie kam am 25. April 1902 als Elfriede Alice Kuhr in Schneidemühl zur Welt und starb 1989 im bayrischen Seeshaupt. Als Kind trug Kuhr den Kosenamen Piete.

Nach der Scheidung ihrer Eltern wuchs Piete mit Willi, einem ihrer drei Brüder, bei der Großmutter in Schneidemühl auf. Mit zwölf Jahren bekam sie von ihrer Mutter den Auftrag, ein Tagebuch zu den Kriegereignissen 1914 bis 1918 zu schreiben. Und eben dieses Tagebuch diente dem Schneidemühler Pawel Różycki vom privaten TV-Sender Astaz4 als Vorlage für einen Dokumentarfilm. Der Film „Piete Kuhr“ hatte Ende Dezember in einem Schneidemühler Kino Premiere.

Informationstafel am Wohnhaus

„Ganz vergessen war Piete Kuhr in Schneidemühl nicht, zumindest nicht im Bewusstsein der hiesigen deutschen Minderheit“, versichert Andrzej Niškiewicz, der in der Schneidemühler Sozial-Kulturellen Gesellschaft der deutschen Minderheit aktiv ist. Er berichtet von einer Informationstafel am Wohnhaus Piete Kuhrs in der Zeughausstraße (Plac Konstytucji 3-go Maja), die 2018 angebracht wurde. „Doch wirklich wiederentdeckt wurde die Tänzerin und Autorin von Helena Maier aus Berlin“, berichtet Niškiewicz.

Maier war entsandt des Instituts für Auslandsbeziehungen Stuttgart und arbeitete 2007 als Kulturmanagerin bei der Schneidemühler Deutschen Minderheit. Damals fiel ihr das Tagebuch der zwölfjährigen Piete Kuhr in die Hände und ließ sie nicht mehr los. „Maier brachte eine Broschüre über Piete heraus und trug dazu bei, dass das Projekt ‚Europäisches Kulturerbe. Jo Mihaly – ein Wiedersehen nach Jahren‘ durchgeführt wurde“, so der in Warschau geborene Aktivist



Schauspielerin Hanna P=aluskiewicz: „Piete ist vom Charakter wie ich. Deshalb war es mir einfach, die Rolle zu verkörpern.“ Szene aus der Theateraufführung „Tanzen im Rhythmus des Krieges“ Foto: C.W.

Niškiewicz. Er berichtet, dass Maier die Schneidemühler Kulturszene für Piete Kuhr begeistern konnte.

Kriegstagebuch auf Polnisch

Es folgten Veranstaltungen in Schulen oder Tanzaufführungen im Kulturhaus, die an Kuhr erinnerten. „Das Wichtigste jedoch war die Veröffentlichung der ersten polnischen Übersetzung des autobiographischen ‚Kriegstagebuchs eines Mädchens 1914–1918‘ mit dem Untertitel: ‚... da gibt’s ein Wiedersehen‘“, berichtet er.

Es musste zwar viel Wasser die Kłodow [Gwda] entlang fließen, bis die heutige Schneidemühler Öffentlichkeit von

„Das Dokument zeigt ein Schneidemühl, das es nicht mehr gibt, weder im physischen noch im kulturellen Sinne“

Pawel Różycki
Regisseur

der berühmten Tochter der Stadt erfuhr, aber es geschah gleich im Doppelpack. Pawel Różycki schrieb das Drehbuch und führte Regie für den Dokumentarfilm, Ewelina Wyrzykowska schrieb Kuhrs Tagebuch zum Bühnenbuch um und führte Regie im Stück „Tanzen im Rhythmus des Krieges“. Für das Bühnenstück gewann sie Schauspieler der Schneidemühler Bühnen „Virtuelles Theater“ und „Theater TAK“. Sowohl der Film als auch die Theaterdarbietung, beide in polnischer Sprache, wurden auf eine DVD gepresst. Finanziell wurde das Projekt durch die Stadt Schneidemühl und das Marschallamt der Woiwodschaft Großpolen (Wielkopolska) unterstützt.

Im Film kommen neben Wiesława Szczygiel, die das Leben und den Werdegang Piete Kuhrs analysierte, Historiker der Schneidemühler Museen zu Wort. Anhand von Archivbildern, historischen Recherchen und Szenen aus der Theateraufführung wird Kuhrs Leben vor dem Hintergrund der Ereignisse in Schneidemühl 1914 bis 1918 nachgezeichnet. „Das Dokument zeigt ein Schneidemühl, das es nicht mehr gibt, weder im physischen noch im kulturellen Sinne“, so Regisseur Różycki.

Historiker und Museen beteiligt

Anfangs erfüllt die zwölfjährige Piete gehorsam den Wunsch ihrer Mutter, das Tagebuch aus patriotischer Pflicht zu führen. „In der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Schule wurden feierliche Gedenkstunden abgehalten, Schüler wurden vom Unterricht befreit, wenn die Deutschen es schafften, 50.000 Gefangene zu nehmen“, so Maciej Usurski vom städtischen Stanisław-Staszic-Museum. Er berichtet im Film, wie die westpreußische Kreisstadt Tausende von Gefangenen an ihre Grenzen kommen ließ.

Bald schon herrschte eine Hungersnot. Essensmarken wurden eingeführt, die jedem Schneidemühler zwei Brote und 20 Brötchen für zwei Wochen zuteilten. Piete hörte sich Geschichten von Verwundeten Soldaten an, besuchte das Gefangenenzarett und den Gefangenenfriedhof in der Berliner Vorstadt und sie verglich es mit Zeitungsberichten.

Atmosphäre beschrieben

„Das Tagebuch zeigt wie aus einem neugierigen Mädchen, das bedauert, am Krieg nicht teilnehmen zu können, durch das Erlebte und ihre Reflexionen eine Pazifistin wurde. Sie beschrieb und hinterließ uns die einzigartige Atmosphäre, die im Großen Krieg in unserer Stadt herrschte“, so Marek Fijałkowski vom Kreismuseum Schneidemühl.

Pietes Tagebuch „... da gibt’s ein Wiedersehen! Kriegstagebuch eines Mädchens 1914–1918“ wurde 1968 im Nachlass ihres Bruders Willi Kuhr gefunden und 1982 erstmals herausgegeben.

OSTPREUSSISCHE GESCHICHTE

Der Löwe von Hohenstein

Wappentier des „Hindenburg“-Regiments – Nur wenige kennen die Geschichte des Denkmals vor dem Rathaus

Am 31. August 1924, zehn Jahre nach der Schlacht von Tannenberg, erfolgte durch Generalfeldmarschall Paul von Hindenburg auf einem Gelände unweit von Hohenstein die feierliche Grundsteinlegung für das Reichsehnenmal Tannenberg, das 1927 fertiggestellt wurde und aus einem burgartigen Mauerring mit acht Türmen bestand.

das einen steinernen zum Schlachtfeld blickenden Löwen, das Wappentier des Regiments, auf einer acht Meter hohen Pyramide aus Feldsteinen trug. Hindenburg, inzwischen Reichspräsident, und seine Ehefrau wurden nach ihrem Tode im Tannenberg-Denkmal beigesetzt. Die beiden Särge konnten Anfang 1945 gerade noch geborgen werden, dann sprengten deutsche Soldaten den Komplex vor dem Herannahen der Roten Armee.

Nach dem Krieg wurden die Trümmer fast vollständig abgetragen, heute erinnern nur noch winzige Mauer- und Ziegelreste des Fundaments an den Ort, der ohne genaue Kenntnis beziehungsweise detaillierte Lagebeschreibung nicht zu finden ist. Auf dem Vorgelände der einstigen Gedenkstätte steht jetzt ein Hotel, das man durch einen aus Feldsteinen gemauerten Torbogen erreicht, der früher den Eingang zum Reichsehnenmal bildete, welches sich dahinter auf einem Hügel befand und der das einzige noch sichtbare Überbleibsel der einstigen monumentalen Anlage darstellt.



Bewacher des Rathauses Hohenstein: Löwenkulptur

Foto: W.R.

Auch das Löwen-Denkmal, etwa 300 Meter entfernt vom eigentlichen Tannenberg-Denkmal, verschwand mit der Abtragung von dessen Resten spurlos, bis es 1992 Jerzy Tytz, damals Bürgermeister von Hohenstein [Olsztynek], zufällig auf dem Müllplatz einer Kaserne in Rastenburg [Kętrzyn] entdeckte.

Hohensteins Bürgermeister kaufte das Löwen-Denkmal

Er zögerte nicht lange, kaufte dem Kasernenkommandanten den Löwen ab und ließ ihn nach Hohenstein bringen – in seine „historische Heimat“, wie Tytz später einmal formulierte.

Nach einer Renovierung wurde das Denkmal am 20. Mai 1993 auf dem Marktplatz vor dem Rathaus von Hohenstein aufgestellt, wo der Löwe seither rechts neben dem Eingang zum Gebäude auf einem kleinen Sockel sitzt und inzwischen zu einem Wahrzeichen der Stadt geworden ist. Allerdings ist nur wenigen Polen die Bedeutung des Denkmals bekannt.

Wolfgang Reith

300

Meter vom Tannenberg-Denkmal entfernt befand sich das Löwen-Denkmal

Außerdem errichtete man in der Nähe ein Denkmal für die Gefallenen des 2. Masurischen Infanterie-Regiments Nr. 147 (Lyck), nach dem Ersten Weltkrieg, als die „Hindenburg“ bekannt,

NOSTALGIE

Soll auch der „Rasende Roland“ unter Draht?

Nach dem Willen von „Klimaschützern“ hat der nostalgische Dampfbetrieb bei uns nichts mehr verloren

VON PEER SCHMIDT-WALTHER

Leichter Schneegriesel hat sich vor ein paar Tagen übers Land gelegt. Dazu strahlt die Sonne vom blauen Inselhimmel. Zeit also, um sich mal wieder an der frischen Luft durch die Landschaft zu bewegen. Es soll heute nach Putbus und Umgebung gehen, denn das Gute liegt doch oft so nahe.

Stopp am Ortsausgang in Poseritz. Da zweigt ein vielversprechender Weg ab, auf der Wanderkarte mit RAK gekennzeichnet. „Radweg Alte Kleinbahn“ ist da zu lesen. Klar, links war der Bahnhof, auf den leider nichts mehr hinweist, allenfalls die Bank. Vor ein paar Jahren klopfen die inzwischen herausgerissenen Schienen über die L 29 noch gegen die Reifen und riefen einem in Erinnerung, dass hier ein Teil des früher 100 Kilometer langen Schmalspurnetzes von Rügen verlief.

Von Poseritz marschiert man am Vormittag den asphaltierten Radweg entlang direkt in die Sonne. Die gewundene Dreikilometer-Strecke – als Trasse auch hier wie an anderen stillgelegten Abschnitten noch gut erkennbar – bis nach Glutzow Hof Richtung Altefähr, dem ehemaligen Endpunkt, ist an Idylle kaum zu überbieten: Hügel, kleine Tälchen, Weiden, Äcker, Sumpfland. Bis in der Ferne hinter Venzvitz der Strelasund aufblitzt. Ein kräftiger Westwind kämmt Gebüsch und Bäume, und wenn man genauinhört, glaubt man noch eine Dampflokomotive pfeifen zu hören.

Technikgeschichte seit 127 Jahren

In Putbus kommt sie dann tatsächlich und wie neu aus dem Schuppen angeschafft, die 1938 bei Henschel in Kassel gebaute blankgewienerte 99 4802-7 der Rügenschenschen Bäder Bahn, kurz RüBB genannt. Sie ist jetzt „restauriert“, weil frisch mit Wasser und Kohle versorgt. Das wird reichen für 24,2 Kilometer und ein- einhalb Stunden auf der 750-Millimeter-Spur nach Göhren und zurück. Eine anspruchsvolle Strecke durch flaches und hügeliges Gelände mit elf Haltepunkten unterwegs.

Die will auch eine Seniorengruppe kennenlernen. Ihren Bus hat sie verlassen, „um einmal mit dem ‚Rasenden Roland‘ zu fahren“, wie eine Dame sagt, und ein älterer Herr mischt sich ein: „Das war schon immer ein Lebenstraum von mir!“ Der Lokführer vernimmt es mit Wohlwol-

können nicht einfach alles abstellen, was ihnen wegen CO₂ verdächtig erscheint!“

„Historische Schienenfahrzeuge“, weiß ein Senior, „werden zum Zweck der betriebsfähigen Erhaltung historischer Technik sowie als Anziehungspunkt für den Fremdenverkehr betrieben“. In

alle historischen Dampfschiffe verschrotet werden, die hin und wieder mal fahren“. Es werde überwiegend nur Wasserdampf produziert, abgesehen von weitgehend unschädlichen Kohlerußpartikeln.

In der „Ostsee-Zeitung“ vom 15./16. Januar war kürzlich zu lesen, dass der

schüttelnd, „das wäre der Untergang“. Es gebe doch ganz andere Projekte, „aber nicht unsere kleine Bahn. Wenn irgendwann auch die oberschlesische Steinkohle ausfällt, kann man umstellen auf synthetisches Öl. Das dampft dann auch noch“.

Umso mehr genießen die 20 Fahrgäste den markanten Kohlegeruch, „denn hier sieht man noch ganz einfach, wie Technik funktioniert“, findet ein weiterer Gast. Man sei aus Süddeutschland auf die Insel gekommen, auch um einmal Dampfzug zu fahren, „denn so was gibt's bei uns nicht fahrplanmäßig tagaus, tagein das ganze Jahr über!“

Vom Bimmeln und Pfeifen genervt

Nachdem die Maschine sich vor den Fünf-Wagen-Zug gesetzt hat, ruckt sie zischend und fauchend pünktlich auf das Abfahrtszeichen der Zugbegleiterin an. Für ihre 330 PS ist der Anhang ein Leichtgewicht. Per Pfeife warnt die 99 4802-7 vor Bahnübergängen, dass sie im Anmarsch und nicht so leicht zu bremsen ist wie ein Auto.

In Binz heult ihr markanter, tiefer Ton mehrfach auf und bimmelt die Glocke vor den Schildern mit den zwei weißen Tafeln samt schwarzem P senkrecht übereinander sowie eins mit einem L, die den Lokführer auf seine Signalflicht hinweisen. Dazu meint die Zugbegleiterin: „Darüber haben sich tatsächlich schon Anwohner beschwert, die neu hierhergezogen sind. Das Läuten und Pfeifen sei ruhestörender Lärm, aber wir erfüllen nur die Vorschrift!“ Das hätten die schon vorher wissen müssen und sich gar nicht neben der Bahn ansiedeln dürfen.

Auf dem Bahnsteig von Binz stehen „die Anderen“: begeisterte junge und alte Fans mit ihren Kameras und Smartphones, um das Einfahrtspektakel zu fotografieren oder zu filmen, auch das vom Gegenzug aus Göhren, der gerade mit rauem Pfiff auf dem anderen Gleis einläuft. „Für mich ist das wie Musik aus unserer Kindheit und Jugend“, strahlt eine Seniorin, „Hier werden vergangene Zeiten wieder wach, ist das schön! Erinnerungen sind doch das Einzige, was bleibt.“



Die Lok 99 4802-7 kurz vor der Abfahrt in Putbus

Foto: Schmidt-Walther

len und sicher auch Stolz, hier Dienst tun zu können. Als er hört, dass einige Bilderstürmer alles, was heute noch nostalgisch dampft, abschaffen wollen, verfinstert sich sein Gesicht: „Seit 127 Jahren besteht diese Bahn, die auch ein Stück Geschichte und Kultur darstellt und zudem denkmalgeschützt ist“, erklärt der Meister, „die

Deutschland gibt es noch rund 100 betriebsfähige Dampfloks, die dann auch abgeschafft werden müssten. Er habe früher kein Baumsterben entlang einer Bahnstrecke gesehen, mischt sich ein Dritter ein, der sich als Fan outet und wie seine vielen Mitsstreiter für den Erhalt historischer Loks kämpft, „dann müssten auch

„Molli“ zwischen Bad Doberan und Kühlungsborn nach dem Willen von Umweltschützern unter Draht kommen, also elektrisch betrieben werden müsse, um deren ehrgeizige Klimaziele zu erreichen.

„Wenn das auch hier passieren soll, verliert unser Roland komplett seine Attraktivität“, meint der Lokführer kopf-

GLÜCKWUNSCH

Verdienstmedaille für Hildegund Hergenhan

Ein Leben für die Tradition des Bandwebens und pommerischen Volksguts

Im August 2021 überreichte der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein, Daniel Günther, vier Schleswig-Holsteinern die vom Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier verliehene Verdienstmedaille der Bundesrepublik Deutschland. Hildegund Hergenhan war dabei. Sie bekam ihre Verdienstmedaille für ihr lebenslanges Engagement für die uralte Technik des Bandwebens.

„Seit ihrer Jugend setzt sich Hildegund Hergenhan für die Erhaltung der Tradition des Bandwebens ein. Durch Vorträge und Kurse sorgt sie dafür, dass diese alte Handwerkskunst nicht in Vergessenheit gerät. Neben Seminaren und Veröffentlichungen konnte man ihr über Jahrzehnte auch direkt bei der Arbeit zusehen, zum Beispiel auf Handwerkermärkten, im Freilichtmuseum oder auf Weihnachtsmärkten.“

Sie leitete im Schleswig-Holsteinischen Heimatbund viele Jugendseminare zu textilen Techniken, immer dabei natürlich das Bandweben. Sie hat auch für viele Veröffentlichungen zu traditionellen

Techniken gesorgt. Als erstes natürlich die 14-bändige Reihe „Rund um die Ostsee“ von Pommern aus einmal herum,

über Ostpreußen, Baltikum, Finnland Schweden bis Schleswig-Holstein. Außerdem gründete sie mit ihrem Mann den

Jugendtanzkreis des TSV Kroog, den sie 23 Jahre leiteten. Sie unterstützte die Trachtenforschung des Landestrachtenverbandes Schleswig-Holstein.

Darüber hinaus setzte sich Hergenhan für das kulturelle Erbe Pommerns als Teil der deutschen Kultur ein. Ihr Ehemann und sie leiten noch heute die Tanz- und Trachtengruppe der Pommerischen Landsmannschaft in Kiel. In dieser Corona-Zeit, da alles zum Erliegen gekommen ist, stellte sie aus ihrer Volkstanzsammlung eine Auswahl von elf bisher unbekannt pommerischen Volkstänzen zusammen und veröffentlichte gemeinsam mit dem Volkstanzmusiker Martin Ströfer diese als CD.

Wir freuen uns mit Hildegund Hergenhan über die Auszeichnung und Anerkennung ihrer Arbeit und gratulieren herzlich.

Hanna Mareike Küssner



Die gebürtige Stettinerin Hildegund Hergenhan wird vom schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Daniel Günther geehrt. Sie trägt die Jamunder Tracht

FOTO: FRANKFETER

● **Bänder aus aller Welt** Alles fing mit dem Sammeln von Bandwebmustern an und dem Suchen nach Bändern, die den Weg in die Volkskunde- und Heimatmuse-

en gefunden hatten. Das war viel schwieriger als gedacht. In den Museen gab es zauberhafte Bandwebkämme, aber es waren leider keine Bänder zu finden. In Schweden und im Baltikum entdeckte sie noch zauberhafte Bänder und Muster. Auch fand sich hier auf Flohmärkten oft noch einiges. Alle Leute, denen sie auf Märkten und Ausstellungen davon erzählte, fanden es sehr schade, dass es hier so wenig Bänder gab. Sie schenken Hildegund Hergenhan ihre Urlaubserinnerungen, Bänder aus aller Welt. So konnte sie in vielen Jahren eine stattliche Sammlung an Originalen zusammentragen. Auch wurden ihr viele Fotos von Originalen zugesandt, vom Lesezeichen bis zum Gürtel und zur Schärpe war alles dabei. Auf der Homepage von Hildegund Hergenhan kann man sich im Internet unter anderem über die Geschichte der Bänder, die in Pommern Up-schöttels genannt werden (in Ostpreußen Jostenbänder) und verschiedene andere Techniken informieren, Anleitungshäfte bestellen und vieles Interessantes mehr: www.bandweben.info

„Angela Merkels großes Vorbild“

Leserstimmen zu den zurückliegenden Ausgaben

„

„Einfach wunderbar und faszinierend! Unser kulturelles Erbe! Nur die PAZ liefert solche kostbaren Kleinodien in der eintönigen Presselandschaft. Danke!“

Chris Benthe, Dresden

zum Thema: Die Alterskönigin von Rysum (Nr. 3)



Ausgabe Nr. 3

Leserbriefe an: PAZ-Leserforum, Buchstraße 4, 22087 Hamburg, Fax (040) 41400850 oder per E-Mail an redaktion@preussische-allgemeine.de

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

EIN ECHTER OBERFRANKE
ZU: DER KONSTRUKTEUR DER „TANTE JU“ (NR. 2)

Mein Vater Ernst Zindel wurde zwar in Mistelbach geboren, das liegt aber nicht in Niederösterreich, sondern in der Nähe von Bayreuth in Oberfranken. Sonst ein sehr schöner Artikel!

Dr. Christoph Zindel, Ludwigshafen

Anmerkung der Redaktion: Es gibt einen gleichnamigen Ort in Österreich. Die Verwechslung bitten wir zu entschuldigen.

KEIN BRAUNER STEINER
ZU: KRITIKLOSE BETRACHTUNGEN (NR. 3)

Ihre Rezensionen bedeuten für mich in der Regel Lesevergnügen und Fundgrube bemerkenswerter Bücher. So zu „Fremde in der Heimat“ von Hera Lind oder zum verdienstvollen Buch „Im Zeichen des Halbmondes“ von Wilhelm Andreas Baumgärtner. Wer hätte gedacht, dass das kleine, deutschgeprägte Siebenbürgen mehrfach türkischer Übermacht trotzen konnte?

Bei der kritischen Rezension vom „Verqueres Denken. Gefährliche Weltbilder in alternativen Milieus“ gerieten wohl auch verquere Wertungen in den Text. Wie sonst vermochte der Rezensent, „grüne Alternativmediziner oder braune Anthroposophen“ zu vermengen? Falls jene Anthroposophen auch im Buch so genannt werden, zeigt das nur, dass sowohl Autor Speit als auch der Rezensent wenig von Rudolf Steiners Anthroposophie und ihrer Entwicklung nach 1925 verstehen.

Zur abwert-falschen Bezeichnung sollte bekannt sein, dass die schon zahlreich gewordenen anthroposophischen Einrichtungen ab 1933 keine Arbeitsmöglichkeiten mehr hatten. Der nationalsozialistische Staat konnte mit Steiners Anthroposophie in ihrer Christusbezogenheit nichts anfangen. Erst ab 1945 blühten sozusagen deren Möglichkeiten wieder auf. Weltweit gibt es derzeit über 1100 Wal-

dorfschulen in mindestens 60 Ländern. Dazu noch mehr Waldorf-Kindergärten. Tendenz steigend, wengleich vor allem der Schulbesuch auch eine Geldfrage darstellt.

Peter Götz, Stuttgart

POLLEN WEHRT SICH ZU RECHT
ZU: PROTEST GEGEN DAS NEUE MEDIENGESETZ (NR. 1)

Die PAZ habe ich erst vor Kurzem wegen ihrer kritischen Einstellung zum Mainstream-Denken in Deutschland abonniert. Umso mehr verärgert es mich, wenn in dem Artikel die (Medien-)Politik der polnischen Regierung einseitig kritisiert wird.

Polen geht einen bewundernswerten Weg in der Gesellschafts- und Familienpolitik und wehrt sich gegen die übermächtigen Einflüsse aus dem Ausland, die in allen Teilen der Wirtschaft stark sind, insbesondere auch in den Medien. Und gerade die ausländisch beherrschten Medienunternehmen versuchen in ihrem linken Missionseifer, die christliche Politik der polnischen Regierung zu unterminieren. Dass sich Polen dagegen wehrt, ist gut und am Ende hoffentlich erfolgreich.

Dr. Hansjürgen Bals, Werder

DIE NACHTFAHRT DER SONNE
ZU: FRISCH POLIERTE BRONZEZEIT (NR. 47)

Zum Beitrag über die Himmelscheibe von Nebra erlaube ich mir den Hinweis, dass zwar bereits griechische Philosophen den Verdacht geäußert hatten, dass sich die Erde um die Sonne bewegt. Das war aber den Schöpfern der Nebrascheibe noch unbekannt. Deren Ansicht war es noch, dass die Sonne im Osten aufgeht, über den Himmel wandert, im Westen untergeht, in eine Barke (Boot) steigt und über das Weltenmeer nachts wieder nach Osten fährt, um dort wieder ihren Lauf über den Himmel anzuhängen. Die Barke stellt die Nachtfahrt der Sonne dar. Nichts weiter!

Hans-Peter Löttsch, Berlin

DIE ZARIN AUS POMMERN
ZU: EINE PREUSSIN EROBERT DEN RUSSISCHEN ZARENTHRON (NR. 45)

Zunächst fragt man sich, was die Verfasserin dazu veranlasst hat, die Prinzessin Sophie Auguste Friederike aus dem verarmten Fürstentum Anhalt-Zerbst als „Preußin“ zu bezeichnen, die sie keineswegs gewesen ist, auch wenn ihr Vater als Stadtkommandant von Stettin, wo sie auch geboren wurde, in preußischen Diensten gestanden hat. Streng genommen ist sie dann in Pommern geboren, aber auch damit wird sie keine Preußin, und erst recht nicht durch ihr charakterliches Verhalten, denn preußische Tugenden sucht man bei ihr vergeblich.

Friedrich II., der die junge Prinzessin von Anhalt-Zerbst 1744 auf Ersuchen der Zarin Elisabeth als Braut für den Thronfolger Großfürst Peter, zugleich Herzog von Holstein-Gottorf, nach St. Petersburg vermittelte, bekam bald den Undank Katharinas zu spüren, denn nach dem 1762 erfolgten Sturz ihres Gatten – nicht 1761, wie die Autorin schreibt – bezeichnete sie nach ihrer Thronbesteigung den preußischen König in ihrem in ganz Europa verbreiteten Regierungsmanifest als „ärgsten Feind Russlands“. Systematisch machte sie Stimmung gegen Preußen, um ihren Gatten, dessen großes Vorbild Friedrich II. war, bei Hofe als Marionette des Preußenkönigs zu denunzieren.

Sie hatte gegen den Frieden, den ihr Gemahl Peter III. mit Preußen schloss, womit er das Ende des verlustreichen Siebenjährigen Krieges herbeiführte, aber auch gegen Peters III. großes Reformwerk zur Modernisierung Russlands, das kein seriöser Historiker heute mehr bestreitet, propagandistisch Stimmung am Zarenhof geschürt und damit ihre Anhängerschaft gemehrt und sodann zum Putsch gegen ihren Gatten aufgewiegelt.

Die Verfasserin irrt, wenn sie Peters soziales Reformwerk als Katharinas Verdienst darstellt. Seine Nachfolgerin setzte hingegen einen Teil seiner Reformen fort, die sie zuvor noch aus machtpolitischem

Kalkül bekämpft hatte. Peter III., nicht Katharina säkularisierte die Klöster und befreite die Bauern von kirchlicher Unterdrückung. Die russisch-orthodoxe Kirche verfügte über nahezu 70 Prozent aller Leibeigenen in Russland. Durch die Zarin Katharina gerieten die Bauern wieder in kirchliche Leibeigenschaft und ihre Ausbeutung nahm unter Peters Nachfolgerin sogar noch zu.

Ein weiteres Verdienst rechnet die Autorin dieses Artikels Katharina II. unverdient an. Die Geschichtsschreibung ist sich ziemlich einig darin, dass Peter der Große Russland mit seinen Siegen über die Schweden zur europäischen Großmacht verhalf und nicht Katharina II. Und es sollte auch nicht verschwiegen werden, dass Katharina die Todesstrafe in Russland wieder einführt, die unter ihren beiden Vorgängern nicht mehr vollzogen wurde.

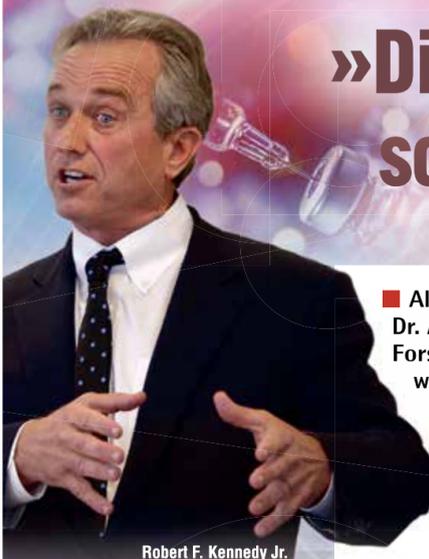
Zarin Katharina II. gelangte nach dem Mord, den ihr Geliebter Grigorij Orlov an ihrem Gatten verübte, als Usurpatorin auf den russischen Thron. Nach dem russischen Thronfolgerecht hätte sie allenfalls als Regentin für ihren Sohn Paul bis zu dessen Volljährigkeit regieren dürfen. Das erfährt der Leser nicht, wohl aber wird ein höchst wackeliger Vergleich Katharinas mit Putin konstruiert.

Da passt es doch besser, wenn man eine Verbindung von Katharina zu Angela Merkel herleitet. Immerhin war „das gefährlichste Weib der Welt mit einem Kopf voll Geist und Intrigen“, so urteilte immerhin ihr enger Vertrauter, Minister und Diplomat Caspar von Saldern über diese Zarin, Merkels großes Vorbild, wie die Kanzlerin den deutschen Medien gleich nach ihrem Amtsantritt verriet. Ein Porträt der „Heuchlerin auf dem Zarenthron“ schmückte viele Jahre Merkels Amtsstube im Kanzleramt.

Zum Glück war Katharina II., wie schon dargelegt, keine Preußin, weder von Geburt noch von innerer Haltung. Aber wäre sie es gewesen, dann wäre diese Herrscherin sicherlich kein Ruhmesblatt für die preußische Geschichte.

Jörg Ulrich Stange, Holtsee

ANZEIGE



»Dieses Buch ist Anthony Faucis schlimmster Albtraum!«

Mikki Willis, Filmregisseur

■ Als Direktor des National Institute of Allergy and Infectious Diseases (NIAID) gibt Dr. Anthony Fauci jährlich 6,1 Milliarden Dollar an Steuergeldern für die wissenschaftliche Forschung aus. Das erlaubt ihm, die Themen, deren Inhalte und die Ergebnisse der wissenschaftlichen Gesundheitsforschung auf der ganzen Welt zu diktiert. Fauci nutzt die ihm zur Verfügung stehende finanzielle Macht, um außergewöhnlichen Einfluss auf Krankenhäuser, Universitäten, Fachzeitschriften und Tausende einflussreicher Ärzte und Wissenschaftler auszuüben, deren Karrieren und Institutionen er ruinieren, fördern oder belohnen kann.

Gründlich recherchiert, ist dies eines der wichtigsten Enthüllungsbücher dieses Jahrzehnts

»Wir haben das Buch von Robert Kennedy *Das wahre Gesicht des Dr. Fauci* ins Deutsche übersetzt. Ich bin schockiert, denn das wahre Gesicht des Dr. Fauci, aber auch die wahren Gesichter des Dr. Gallo und des Bill Gates und deren Einfluss auf die WHO, auf die globalen Mächte und letztendlich auf jeden von uns sind grausam und erschreckend. Mit ungeahnter Skrupellosigkeit und Brutalität werden seit Jahrzehnten besonders Kinder in Impfexperimenten, die Fauci, Gallo und Gates zu verantworten haben, getötet. Ihr Meisterstück liefern sie nun ab: Covid 19.

Sie benötigen starke Nerven beim Lesen dieses Buches, welches hoffentlich diesem schändlichen Treiben nun ein Ende setzt.«

Prof. Stefan Hockertz



Lieferbar ab 10. Februar 2022
Jetzt vorbestellen!

Das wahre Gesicht des Dr. Fauci

Robert F. Kennedy Jr.

Bill Gates, die Pharmaindustrie und der globale Krieg gegen Demokratie und Gesundheit

KOPP

Robert F. Kennedy Jr., der das Vermächtnis seines mutigen Vaters und Onkels ehrt, warnt die Welt seit Jahrzehnten vor den Gefahren der rücksichtslosen Impfkampagnen der Pharmaindustrie.«

Mikki Willis, Filmregisseur

Robert F. Kennedy Jr.: Das wahre Gesicht des Dr. Fauci • gebunden ca. 900 Seiten • zahlreiche Abbildungen • Best.-Nr. 985 300 • 29.99 €

KOPP VERLAG

Telefon (0 74 72) 98 06 10
Telefax (0 74 72) 98 06 11
info@kopp-verlag.de
www.kopp-verlag.de

Jetzt bestellen!
Versandkostenfreie Lieferung innerhalb Europas

© Portland Press Herald – Kontributor / gettyimages.de

SCHWEDEN

Ein „Traumziel“ für Russland

Der Ukraine-Konflikt ist auch auf Gotland zu spüren – Die schwedische Ostseeinsel ist von großer strategischer Bedeutung

VON NILS ASCHENBECK

Auf der schwedischen Ostseeinsel Gotland hat die Regierung unlängst auffällig viele Panzer und Soldaten stationieren lassen. Die strategisch bedeutende Lage der Insel brachte ihr einst großen Reichtum, bedeutet heute aber eine Gefahr. Sie verfügt über eine aufregende Geschichte, in der die letzten Kriege allerdings Jahrhunderte zurückliegen.

Als im Januar dieses Jahres die Schweden aus Angst vor einem russischen Angriff eine schnelle Eingreiftruppe auf Gotland stationierten – und dies sehr öffentlichkeitswirksam taten –, wurde einmal mehr deutlich, dass die zweitgrößte Ostseeinsel kein Eiland irgendwo am Rande der Welt ist, sondern in zentraler Lage im Norden Europas liegt und ihr deshalb eine strategische Bedeutung zukommt.

Schon in der Vergangenheit besaß Gotland diese Bedeutung. Im Mittelalter gehörte die Inselhauptstadt Visby zu den wichtigsten Städten der Hanse. Besonders der Handel mit Russland bis hin in den asiatischen Raum lief über Visby. Auf der Ostseeinsel trafen sich die Handelsrouten, hier unterhielten Kaufleute aus aller Welt ihre Kontore – auch und vor allem Deutsche.

Schon vor dem Aufblühen Visbys waren die Bauern der Insel reich geworden. Die Insulaner, die von Wikingern abstammten, führten eigene Geschäfte und unterhielten eigene Boote, mit denen sie das Festland ansteuerten. Die zentrale Lage der Insel hatte dazu geführt, dass der Handel schon im frühen Mittelalter florierte und dass die Bauern über Jahrzehnte und Jahrhunderte immer wohlhabender geworden waren. In der Legende hieß es, dass die Schweine der gotländischen Bauern aus silbernen Trögen fraßen.

Fremde Invasoren auf der Insel

Der Reichtum der Insel weckte Begehrlichkeiten. Im Jahr 1361 schickte der dänische König Waldemar Atterdag seine Truppen auf die Insel und ließ diese ausplündern. Viele Insulaner starben im Kampf gegen die übermächtigen Dänen. Ihre vergrabenen Silberschätze werden immer wieder im gotländischen Boden entdeckt und im „Fornsal“, dem historischen Museum in Visby, ausgestellt.



Vorsicht, wenn die Russen kommen: Seit Kurzem rollen wieder Panzer auf Gotland

Foto: pa

1525 beschossen die Lübecker die Konkurrenz-Hansestadt und zerstörten viele Gebäude. Von den Kirchen blieb allein die deutsche Kaufmannskirche verschont. Ein Wiederaufbau der anderen zerstörten Kirchen fand nicht mehr statt – von der Lübecker Invasion hat sich Visby nie erholt, der Ruhm der Insel verblasste, die Geschichte wurde ruhig und nun fast langweilig. Erst 1808 wurde Gotland wieder ein Ort der Weltgeschichte – die Russen besetzten die Insel im Finnischen Krieg, zogen aber bereits nach kurzer Zeit wieder ab.

Der jahrhundertelange Stillstand ist heute das Kapital von Visby. Die gut erhaltenen Kaufmannshäuser, die erhaltene Stadtmauer und die vielen Kirchenruinen, die unverändert in der Stadt stehen, geben den Besuchern ein lebendiges Bild einer mittelalterlichen Stadt, die heute Weltkulturerbe ist.

Den Zweiten Weltkrieg hat Schweden dank kluger Politik und mit Glück überstanden, ohne in den Krieg hineingezogen oder besetzt zu werden. Selbst das so zen-

tral in der Ostsee liegende Gotland wurde weder von den Deutschen noch von den Russen besetzt. Während die Welt in Schutt und Asche versank, während Millionen Menschen ermordet wurden oder auf den Schlachtfeldern fielen, blieb in Schweden und auf Gotland das Leben friedlich. Fast muss es surreal gewesen sein, damals auf Gotland zu leben – nur 160 Kilometer von der ostpreußischen und baltischen Küste entfernt, an der sich in den letzten Kriegsmonaten die schrecklichsten Dinge ereigneten und von wo die Menschen nur flüchten wollten.

Im November 1944 erreichte der Krieg dann doch noch die Insel: Das Passagierschiff „Hansa“, das zwischen dem neutralen schwedischen Festland und Gotland pendelte, wurde von einem russischen U-Boot mit Absicht versenkt – 84 Menschen starben, zwei überlebten.

Sowjetisches U-Boot gestrandet

Nach 1945 begann der Kalte Krieg und eine Militarisierung der Insel. Ganz Färö, die nördliche Teilinsel von Gotland, wur-

de militärisches Sperrgebiet. An der gesamten östlichen Küstenlinie entstanden Bunkeranlagen, von denen aus das Meer beobachtet wurde. Die Angst vor einem russischen Angriff blieb immer präsent und wurde noch angeheizt durch Meldungen, dass sowjetische U-Boote weit in die schwedischen Küstengewässer eingedrungen seien.

Was man in den 1970er Jahren noch leichtthin als Fata Morgana abtun konnte, wurde 1981 dramatisch bestätigt, als das sowjetische U-Boot S-363 nur 30 Kilometer vor der südschwedischen Stadt Karlskrona strandete – nahe einem Hauptquartier der schwedischen Marine. Die Schweden mussten schließlich helfen, das U-Boot freizubekommen.

Erst der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zu einem Ende der Angst. Gotland wurde komplett demilitarisiert, die Insel war nun vor allem Ferienziel, schnell zu erreichen von Stockholm. Die hier gedrehten Pippi-Langstrumpf-Filme wurden Symbol für eine Sommerinsel, auf der es scheinbar keine ernststen Themen

mehr gab, auf der das Leben seinen gänzlich unbeschwerten Lauf nahm.

Das ging solange gut, bis Russland wieder expansive Ambitionen bekam. Doch weder der Georgien-Krieg 2008 noch die Annexion der Krim 2014 führte in Gotland zu einer neuen Gefahrenlage. Russland war, nachdem die baltischen Staaten in die Unabhängigkeit entlassen und sowohl der Europäischen Union als auch der NATO beigetreten waren, kein naher Nachbar mehr, sondern war – wäre da nicht die Königsberg/Kaliningrad-Enklave – in seinen Grenzen noch weiter in den Osten gerückt.

Plötzlich wieder Militär stationiert

2015 machte ein ukrainischer Blogger in einem vielbeachteten Tweet darauf aufmerksam, dass Gotland eine ideale strategische Lage habe, dass eine russische Besetzung der Insel und vor allem eine Stationierung von Raketen mit 200 Kilometern Reichweite den Russen die Kontrolle über die gesamte Ostsee geben könne und dass sie von hier aus das Baltikum komplett abriegeln könnten. Gotland wäre, sollten die Russen im Ostseeraum eine aggressive geopolitische Strategie fahren, der Schlüsselpunkt für alle Bemühungen.

Natürlich schien und scheint es grotesk, eine Insel zu erobern, auf der es keinerlei Verbindungen zu Russland gibt, auf der auch nicht einmal der geringste Rückhalt für russische Okkupanten zu erwarten wäre. Dennoch beschloss Schweden Anfang 2018, wieder Militär auf der Insel zu stationieren. Offenbar gab es Geheimdienstinformation, die eine neue Gefahr aus dem Osten beschworen.

Knapp vier Jahre später scheint die Lage nun zu eskalieren, Panzer wurden eilig an den gotländischen Küsten stationiert, die Rohre auf den imaginären Feind gerichtet, Soldaten patrouillieren an einsamen Stränden. Gotland liegt in der Mitte – und wird jetzt unsanft daran erinnert. Aber, so die feste Überzeugung der Insulaner, es wird wohl bei einem kurzen Schrecken bleiben – einen Krieg auf Gotland kann sich kaum jemand vorstellen.

Alles spricht dafür, dass Gotland auch zukünftig eine Sonneninsel und ein Naturparadies sein wird, ein stiller Rückzugsort von der Welt mit schwarzen Gotland-Schafen und den halbwilden Pferden, die hier ausgerechnet Russ heißen.

MUSIK

Viel Tamtam um Becken und Trommel

Macht viel Krach, steht aber auf der Bühne meist im Hintergrund – Das Schlagzeug ist das Instrument des Jahres

Wer trommelt nicht gern mit den Händen bei der Musik den Takt mit? Manchmal haut man dabei beim Sitzen auf die eigenen Beine, manchmal auf den Tisch. Doch das geeignete Rhythmusinstrument dafür ist und bleibt das Schlagzeug. Weil kaum ein Musikarrangement ohne diesen Taktgeber auskommt, ist es – ja, auch das gibt es mittlerweile – zum Musikinstrument des Jahres gekürt worden.

Seit 2008 wählt der Landesmusikrat von Schleswig-Holstein jedes Jahr ein „Instrument des Jahres“. Man will damit neugierig machen auf die Vielfältigkeit des jeweiligen Instrumentes und Menschen anregen, ein solches einmal zu erlernen. In verschiedenen Bundesländern wie Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Hessen, Niedersachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz und im Saarland wird es im ganzen

Jahr viele Aktivitäten rund um das Drumset – wie es im Englischen heißt – geben.

Seit der Steinzeit liebten Menschen es, Töne und Klänge zu erzeugen. So entdeckte man früh, dass man Töne erzeugen kann, wenn man Gegenstände wie Holz aufeinander schlägt. Alltagsdinge wie Holzstöcke oder Töpfe wurden zu Schlaginstrumenten. Viele Naturvölker nutzten Trommeln, um sich zu verständigen, oder begleiteten ihre Tänze und Feiern damit. Trommeln zählen zu den ältesten Instrumenten der Menschheit, denn Archäologen fanden bei Ausgrabungen in Europa Exemplare, die aus dem 4. Jahrtausend vor Christus stammen.

Ende des 19. Jahrhunderts, um 1880 herum, brachten schwarze Musiker in New Orleans im US-Bundesstaat Louisiana eine neue Art von Instrument hervor. Aus den Instrumenten der Marschkapel-

len, den Marching Bands, entwickelten sie ein Schlagzeug, das von nur einem Spieler bedient werden konnte, um damit auch in Innenräumen spielen zu können. Die von den Söhnen deutscher Einwanderer gegründete Firma Ludwig Drum Company



Berühmter Schlagzeuger: Ringo Starr von den Beatles spielt auf Ludwig Drums

aus Chicago stellte Drumsets als erste her und verkaufte diese ab 1918.

Ein Schlagzeug besteht aus einer großen Trommel (Bassdrum), die mit einem Fußpedal gespielt wird, einer kleinen Trommel (Snare), einem kleinen Tom-Tom (zylindrische, fellbezogene Trommel), einem mittleren und großen Tom-Tom, einer „Hi-Hat“ (zwei Metallbecken, die aufeinander schlagen, wenn man ein Fußpedal bedient), einem „Crash-“ und einem „Ride-Becken“. Alle diese Teile sind so angeordnet, dass der Spieler sie gut erreichen kann. Bespielt wird meistens mit zwei Holzstöcken, den Drumsticks. Im Jazz werden auch kleine Plastik- oder Metallbesen verwendet.

Das Schlagzeug hat sich bis heute immer weiter entwickelt. Anfangs spielt es sich leicht, jedoch wird es immer komplizierter, wenn vier Gliedmaßen – die Hän-

de mit den Stöcken, die Füße an den Pedalen – gleichzeitig koordinieren. Das ist gar nicht so einfach und es bedarf etlicher Übung, um darin ein Meister zu werden. Mit dem Schlagzeug spielt man keine Melodie, sondern den Rhythmus des Liedes.

Schlagzeuge sind sehr laut, was Partner und Nachbarn oft als ruhestörend empfinden. Doch es gibt auch elektronische Schlagzeuge, die über Kabel betrieben werden. Solche Instrumente erzeugen Töne, die man nur über Kopfhörer oder Verstärker hören kann.

Bislang war Schlagzeugspiel Männer Sache. Doch das ändert sich jetzt. Auf der Videoplattform YouTube hat die elfjährige Nandi Bushell aus Südafrika bereits eine vielgerühmte Schlagzeugerkarriere hingelegt. Es passt zu den heutigen Zeiten, in der immer mehr Frauen den Takt angeben. *Silvia Friedrich*

● FÜR SIE GELESEN

Utopien der Ära Merkel

Wenn Thilo Sarrazin zur Feder greift und ein neues Buch vorstellt, hören die Bürger des Landes interessiert zu. Der maßgebliche Teil unseres politisch-medialen Komplexes wendet sich verärgert ab oder verfällt in dröhnendes Schweigen. Jetzt hat der Erfolgsautor, vor allem bekannt geworden durch seinen Top-Bestseller „Deutschland schafft sich ab“ vor über zehn Jahren, wieder literarisch „zugeschlagen“. Sein jüngstes Werk titelt: „Wir schaffen das. Erläuterungen zum politischen Wunschenken“. Erneut liest er unserer sogenannten politischen Elite, die jedoch mehr eng verschränkte Netzwerker-Schicht als Elite im positiven Sinne darstellt, gehörig die Leviten.

Angela Merkels gleichlautender politischer Aufruf, mit dem sie im Herbst 2015 ihre Entscheidung zur illegalen Grenzöffnung für Millionen sogenannter Flüchtlinge verteidigte, steht für Sarrazin symbolisch für die Richtung und das Scheitern anderer großer Fehlentscheidungen ihrer 16-jährigen Regierungszeit. Merkels Brüche, Wendungen und ihre sich allmählich vollziehende Kursänderung sind für Sarrazin häufig typisch für gescheiterte politische Prozesse. Utopie und völlig unrealistisches Wunschenken sind jedoch nur zwei Seiten der vielen Aspekte von Politik. Das „Politische“ wirkt nämlich in sämtliche Lebensbereiche hinein, und Sarrazin handelt sie anschaulich in fünf Kapiteln ab, als da sind „Das Moralische, das Menschliche, das Handeln in der Politik und Zusammenhänge von Politik und Gesellschaft, alles beobachtbar in den Segmenten von Nation, Weltgesellschaft, Medien, schlicht: überall.“

Die ins Auge springende und katastrophale Fehlentscheidung Merkels zur Grenzöffnung steht nämlich nicht allein für das vorhersehbare und offenkundige Scheitern ihrer Politik. Sarrazin listet auch andere große Fehlentscheidungen ihrer Regierungszeit auf. Es sind dies:

– „Der 2009 einsetzende Übergang von der Währungsunion zur Schuldenunion durch Beugung des Maastricht-Vertrags von 1991 und Bruch des Stabilitätspaktes von 1998.“

– Die Gefährdung der deutschen Klimaziele durch den 2011 eingeleiteten, unüberlegten und bedingungslosen Totalausstieg aus der Kernenergie, während weltweit weiterhin und verstärkt auf Atomkraft gesetzt wird.

– Die 2021 zu registrierende hohe Gefährdung einer schnellen und erfolgreichen Impfkampagne durch europapolitische Korrektheit bei der sich dadurch bedingten Impfstoffbeschaffung.“

Auf diese Vielfalt geht Sarrazin in seinem flüssig geschriebenen Essay ein und stellt Zusammenhänge her zwischen Wunsch und Wirklichkeit, zwischen unrealistischen Zielen und machbaren konkreten Alternativen in der Politik. Er behandelt also die Kunst erfolgreicher Politik, von den theoretischen Grundfeiern über den Gegensatz von Verantwortung- und Gesinnungsethik (Max Weber) bis zum Verhältnis von Macht und Opportunismus.

Bernd Kallina

Thilo Sarrazin, „Wir schaffen das. Erläuterungen zum politischen Wunschenken“, Langen-Müller-Verlag München 2021, gebunden, 180 Seiten, 20 Euro

THILO SARRAZIN
»WIR SCHAFFEN DAS«
Erläuterungen zum politischen Wunschenken

RATGEBER



Gut zu Fuß

Einfache und alltagstaugliche Übungen um die Füße fit zu halten, bietet die „Kleine Fußschule“ der Trainerin Béatrice Drach-Schauer

FOTO: SHUTTERSTOCK

Hochkomplexe Meisterwerke sind die Füße des Menschen. Sie haben 60 Muskeln, 200 Sehnen, 100 Bänder, 32 Gelenke und 26 Knochen, mit denen sie für unsere Körperstabilität sorgen. Meistens rücken die Füße erst in den Blick, wenn sie schmerzen oder sich ver-

formt haben. Antrieb der Autorin Béatrice Drach-Schauer, die „Kleine Fußschule“ zu verfassen, waren eigene leidvolle Erfahrungen. Mit zahlreichen Informationen, Beratungen zu Schuhen und Übungsanleitungen möchte sie zur Fußgesundheit beitragen.

MRK

Béatrice Drach-Schauer: „Kleine Fußschule. Die effektivsten Übungen für gesundes und schmerzfreies Gehen und Laufen“, Mankau-Verlag, Murnau 2021, broschiert, 158 Seiten, 12 Euro

KRIEGSFOLGEN

Vielfältige Verflechtungen

Die Nachkommen von Tätern und Opfern des Anschlags vom 20. Juli 1944 erinnern sich gemeinsam mit der Enkelin Stauffenbergs

VON DAGMAR JESTRZEMSKI

Nach dem Erscheinen ihres ersten Buches „Stauffenberg. Mein Großvater war kein Attentäter“ hat die Autorin Sophie von Bechtolsheim, eine Enkeltochter von Claus Schenk Graf von Stauffenberg, nachfolgend ein Buch mit dem Titel „Stauffenberg. Folgen: Zwölf Begegnungen mit der Geschichte“ veröffentlicht. Es entstand aufgrund der großen Resonanz auf ihr Erstlingswerk und umfasst zwölf Familiengeschichten mit ergreifenden Einzel- und Familienschicksalen während des Nationalsozialismus und in den Jahren danach. Anhand der Beispiele wird erneut deutlich, wie sehr diese Zeit bis heute ihre prägende Wirkung auch bei den Nachkommen der sogenannten Erlebnisgeneration entfaltet. Kernpunkt einiger Geschichten sind Verknüpfungen unterschiedlicher Art mit dem missglückten Sprengstoffanschlag auf Hitler am 20. Juli 1944, den eine Gruppe von Offizieren um Claus Schenk Graf von Stauffenberg durchführte. Darauf bezieht sich die Wahl des Buchtitels.

Bei Sophie von Bechtolsheim hatten sich zahlreiche Menschen gemeldet, um ihre Sicht mitzuteilen oder um Begebenheiten aus der eigenen Familiengeschichte zu schildern. Zeitzeugen, überwiegend jedoch deren Nachfahren, suchten den Kontakt zu ihr, auch junge Leute im Alter ihrer Kinder und Menschen, die in der DDR aufgewachsen waren und dazu Anhaltspunkte im familiären Erbe der Auto-

rin fanden. In einigen Fällen entstanden daraus intensive Korrespondenzen, und es kam zu persönlichen Begegnungen und vertrauensvollen Gesprächen.

Der jetzt vorliegende schriftliche Niederschlag der ihr anvertrauten Geschichten birgt jeweils einen „persönlichen Rucksack“ – mit diesem Bild meint Bechtolsheim die jeweils persönlichen Erfahrungen und familiären Erinnerungen. Es sei unmöglich, diesen Rucksack nicht zur Kenntnis zu nehmen. Oft verschwinde er aus dem Blickfeld, über das Erlebte werde nicht mehr gesprochen und der Inhalt werde verdrängt. Besonders nahe gingen ihr die Besuche bei Dorothea Johst, deren Geschichte aufs Engste mit ihrer eigenen verwoben ist: Dorotheas Vater Heinrich Berger, einer der damals besten deutschen Stenographen, war das einzige zivile von insgesamt vier Opfern, die direkt durch den Anschlag vom 20. Juli 1944 getötet wurden. Seine Tochter war zwei Jahre alt, als sie ihren Vater verlor. An dieser und anderen Geschichten zeigt sich, wie trotz unsagbar schmerzlicher Verluste Kraft und oft Verpflichtung zum persönlichen Engagement erwachsen können.



Sophie von Bechtolsheim: „Stauffenberg – Folgen. Zwölf Begegnungen mit der Geschichte“, Herder Verlag, Freiburg 2021, gebunden, 224 Seiten, 20 Euro

WISSEN FÜR KINDER

Religionen und ihre Feste

In der Reihe „Kinder fragen – Forscherinnen und Forscher antworten“ gibt der Kösel Verlag immer wieder hilfreiche Bücher heraus

VON CHRISTIANE RINSER-SCHRUT

Der Kösel Verlag gehört zu den ältesten im deutschsprachigen Raum, wurde er doch im Jahre 1593 durch Johann Erhard Blarer von Warthensee, Fürstabt des Benediktinerstiftes in Kempten, gegründet und 1805 von Joseph Kösel, dem Leiter der Druckerei, erworben. Mittlerweile sitzt der Verlag in München und druckt nicht mehr in schwarz-weiß, sondern durchgängig vierfarbig, darunter Illustrationen von Mascha Greune. Der Verlag möchte eine spirituelle Lebenshilfe bieten und gewinnt für seine Reihe „Kinder fragen“ immer wieder renommierte Wissenschaftler zur Themenwelt Religion und Glaube.

Verweis auf Verbindendes

Die Titel dieser Reihe haben stets einen wiedererkennbaren Aufbau: Nach einem Vorwort der Herausgeber Albert Biesinger, Helga Kohler-Spiegel und seit 2017 Simone Hiller folgen jeweils gegliederte Artikel in kindgerechter Länge. Nach jedem Artikel gibt es einen kleinen Fragekatalog zum Weiterdenken, der zu einem Gespräch mit anderen auffordert. Dabei wird Toleranz hochgehalten. So zeigen die Titel dieser Reihe die Unterschiede zwischen den Religionen, Ansichten und Weltbildern, aber verweisen auch immer auf das Verbindende. Angesprochen werden in erster Linie Kinder ab acht Jahren. In diesem Alter sollten die kleinen Forscher allerdings begleitet werden.

Zuletzt erschienen sind „Warum haben wir sonntags frei? Wissen rund um religiöse Feste“ (2018), „Gibt's Gott? Die großen Themen der Religion“ (Neuaufgabe 2019) „Was macht Jesus in dem Brot? Wissen rund um Kirche, Glaube, Christentum“ (2020) und „Sieht Gott auf der ganzen Welt gleich aus? Wissen rund um die Religionen“ (2021).

Der aktuelle Titel „Sieht Gott auf der ganzen Welt gleich aus?“ fragt nach, was eine Religion ist, wie man einer angehören kann, welche die richtige ist, fragt nach Humanisten und danach, wie ein Zusammenleben möglich ist, ob Männer und Frauen gleich wichtig sind in einer Religionsgemeinschaft, ob Religionen nur Gutes in der Welt bewirken. Dabei werden das Christentum, das Judentum, der Islam und der Buddhismus vorgestellt.

Auch wenn die Herausgeber aus der katholischen Religionspädagogik stammen, geben insgesamt zwölf weitere Autoren, darunter auch Kinder, aus anderen Glaubensrichtungen und Fachrichtungen ein rundes Bild ab.

Albert Biesinger/ Helga Kohler-Spiegel/ Simone Hiller: „Sieht Gott auf der ganzen Welt gleich aus? Wissen rund um die Religionen. Kinder fragen – Forscherinnen und Forscher antworten“, Kösel Verlag, München 2021, gebunden, 128 Seiten, 18 Euro



SCHIRWINDT

Auf der Suche nach einem verlorenen Ort

Der lange Weg zum östlichsten Bahnhof Deutschlands – Eine glücklich endende Begegnung mit dem russischen Geheimdienst

VON WOLFGANG FIEGENBAUM

Es muss 1968 oder 1969 gewesen sein, als Paul Dost, einer der Pioniere der deutschen Eisenbahn-Literatur, seine beiden Hefte mit dem Titel „Die Privatbahnen und Kleinbahnen Ostpreußens“ als „Böttchers Kleine Eisenbahnschriften, Heft 38 und 39“ veröffentlichte. Darin war die Rede von der Pillkaller Kleinbahn A.G. und von nie gehörten Bahnhofsnamen wie Grumbkowitz, Kiauschen oder Schirwindt.

Als junger Student nahm es der Autor zur Kenntnis und las mit leichtem Schaudern, dass die „Kleinbahn 1945 in der Hauptkampflinie restlos zerschossen“ worden sei. Bilder von der Bahn gab es kein einziges, wie überhaupt das von der Sowjetunion annektierte frühere nördliche Ostpreußen damals eine völlige Terra incognita war. Im Durchschnitt alle zehn, zwölf Jahre tauchten weitere kleine Berichte auf, wie der Hinweis, dass die Lokomotive „Spreewald“ des Deutschen Eisenbahn-Vereins in Bruchhausen-Vilsen ursprünglich bei der Pillkaller Kleinbahn gelaufen sei. Mehrmals wurde darüber geschrieben, dass der in der Sowjetunion sehr bekannte Schauspieler Alexander Anatoljewitsch Schirwindt (geboren 1934) die Stadt Schirwindt wieder aufbauen wollte und sie deshalb mit Genehmigung der Behörden besucht habe. Oder, dass Schirwindt die östlichste Stadt Deutschlands gewesen sei und unter anderem deshalb sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg als erste deutsche Stadt von sowjetischen Soldaten erobert wurde.

Die Frage, ob Schirwindt womöglich auch den östlichsten Bahnhof des Deutschen Reichs besaß, ist natürlich nur für einen begeisterten Eisenbahnfan von Interesse. Ebenso wie die Erweiterung dieses Gedankens, wo denn wohl der südlichste, nördlichste und westlichste Bahnhof des Deutschen Reichs zu finden war.

Der Bahnhof Schirwindt in der gleichnamigen 1725 von Friedrich Wilhelm I. zur Stadt erhobenen Gemeinde war definitiv der östlichste Bahnhof im 1871 gegründeten Deutschen Reich. Er lag im Westen der Stadt an der Straße nach Pillkallen nur wenige 100 Meter vom Stadtzentrum entfernt. Im Mittelpunkt der kleinsten Stadt Preußens stand die von Friedrich Wilhelm IV. 1845 initiierte und von Friedrich August Stüler geplante evangelische Immanuelkirche im Stil der Neogotik mit ihren zwei 56 Meter hohen Türmen. Sie wurde am 14. September 1856 im Beisein des Königs geweiht und war als Gegenstück zu der auf der russischen (damals östlichen) Seite des Grenzflusses Scheschuppe gebauten barocken katholischen Kirche in heutigen Kudirkos Naumiestis gedacht.

Wiederaufbau nach dem Ersten Weltkrieg

Trotz dieses großzügigen Geschenks durch den preußischen Staat kann man der Stadt ansonsten nur ein fast durchgängiges katastrophales Schicksal bescheinigen: Sie wurde in beiden Weltkriegen fast vollständig zerstört. Auch von der Pillkaller Kleinbahn blieb schon im Ersten Weltkrieg bei der zweimaligen Eroberung durch russische Truppen ab Mitte August und ab Mitte November 1914 kaum etwas übrig. Für ihren Wiederaufbau nach der Befreiung von den Russen beschloss man im Dezember 1915 die Umspurung von 750 Millimeter- auf Meterspur. Er konnte nach zwischenzeitlichem Drei-Schienebetrieb am 12. Juli 1917 vollendet werden. Gelang nach dem Ersten Weltkrieg der Wiederaufbau der Stadt Schirwindt mithilfe einer Partnerschaft mit der Stadt



War einst bei der Pillkaller Kleinbahn im Einsatz: die Lokomotive „Spreewald“

Foto: Wassen

Bremen, so wurde sie spätestens am 17. Oktober 1944 erneut vollständig zerstört und zur einzigen Stadt Europas, die nach dem Zweiten Weltkrieg nicht wieder aufgebaut wurde.

Ein Bericht des Pfarrers von Schirwindt hat sich bis heute in der „Schirwindter Stube“ in der litauischen Schwesterstadt auf der östlichen Seite der Scheschuppe erhalten. Er beschreibt in zitrierter Handschrift, aber in nüchternen Worten unvorstellbare Gräueltaten, vor allem an den Schirwindter Frauen, die noch tagelang tot und vielfach entblößt auf den Straßen der Stadt lagen. Für die sowjetischen Soldaten war Schirwindt als erste eroberte Stadt im Deutschen Reich ein Ort der Rache für die Verbrechen der Deutschen. Das Überschreiten der deutschen Reichsgrenze an der Scheschuppe in Schirwindt wurde dann auch von sowjetischen Kameraleuten ausführlich gefilmt.

Unvorstellbare Gräueltaten im Zweiten Weltkrieg

Schirwindt selbst wurde bis auf zwei, drei für das Militär noch brauchbare Gebäude vollständig abgerissen und mit seinem Umland zu einem der größten Truppenübungsplätze der Sowjetunion umgewandelt. Der neue Nichtort hieß seit 1947 Kutusowo nach dem Fürsten Michail Illarionowitsch Kutusow (1745–1813), der als Held des Vaterländischen Kriegs gegen Napoleon Bonaparte gekämpft hatte. Der Truppenübungsplatz mit dem Namen „Polygon“ besaß eine Größe von 20 mal

40 Kilometern und wurde besonderes Militärsperregebiet, nachdem das ganze nördliche Ostpreußen bis 1991 für Ausländer und bis 1969 selbst für Sowjetbürger ohne Sondergenehmigung nicht zugänglich war.

Nur sehr unerschrocken arbeiteten die erwähnten gelegentlichen Nachrichten aus oder über Schirwindt im Kopf des Autors weiter, bis sie offensichtlich im Jahre 2011 eine kritische Masse überschritten hatten und zu dem Entschluss führten: „Ich muss nach Schirwindt!“

Das war leichter gesagt als getan, stand doch in einem 2012 erschienenen Reiseleiter der Satz: „Eine Fahrt nach Schirwindt gehört zu den elitärsten Reiseerlebnissen, die man in Europa haben kann.“ Ein litauischer, muttersprachlich russisch sprechender Reiseleiter vermittelte mir in Königsberg Kontaktpersonen und stellte immer wieder Anträge beim russischen Inlandsgeheimdienst FSB, dem früheren KGB, der heute auch für die Grenzsperrgebiete zuständig ist. Es gab mehrere Abendessen in angesagten Lokalen im neugebauten „Fischerdorf“, Treffen mit Museumsdirektoren, aber auch mit jemandem, der den Autor für 300 Dollar per Jeep ohne Genehmigung nach Schirwindt bringen wollte. Schließlich schien im Sommer 2017 nach vielen Schreiben und Gesprächen ein genehmigter Besuch im Grenzsperrgebiet und damit vielleicht auch in Schirwindt möglich zu werden.

Doch dann fand im Juni 2017 die NATO-Übung „Iron Wolf“ im sogenannten litauisch/polnischen „Suwalki-Gap“ zwischen dem Königsberger Gebiet und dem Russland-Verbündeten Weißrussland statt. Im September 2017 folgte das russisch-weißrussische Manöver „Sapad“ („Westen“) zu beiden Seiten des Suwalki-Gaps.

Der Autor erlebte es in einem Hotel in mit einem Höllenlärm im Tiefflug im Kreis über die Region fliegende Kampfflugzeuge. Geradeausflüge sind bei Überschalljets in dem kleinen von drei Seiten von der Nato umgebenen Königsberger Gebiet immer nur wenige Minuten lang möglich.

Angesichts des etwas düsteren Szenarios war keiner der Partner mehr bereit, nach Schirwindt [Kutusowo] zu fahren. Ein Jahr später, im Mai 2018, war es dann aber so weit: Mit drei Begleitern, nämlich einem Litauer und zwei Russen, fuhren wir am 17. Mai 2018 von Insterburg in Richtung Pillkallen/Schloßberg [Dobrowolsk]. Dort

waren der frühere Klein- und der Reichsbahn-Bahnhof anhand der noch vorhandenen Umladerampen relativ gut zu lokalisieren. Weiter ging es über eine kleine Landstraße mit einer mit Kopfsteinpflaster versehenen Mittelspur und sandigen Seitenstreifen in Richtung Osten. Jede Besiedlung hörte hier auf, und die kleine Gruppe sah bis zum Abend keinen einzigen Bewohner in der völlig verwilderten Landschaft.

Eindringlinge im militärischen Sperrgebiet

Nach einigen Kilometern sperrte eine Schranke mit Vorhängeschloss die Straße, und durch Gräben und schwere Grenzsteine war ein Umfahren der Schranke unmöglich. Was tun? Auch wenn es geschätzt noch etwa 20 Kilometer bis Schirwindt waren, wollte der Autor nicht so kurz vor dem Ziel aufgeben.

Sie parkten das Auto am Straßenrand, nahmen ein paar Sachen mit und machten sich auf den langen Weg. Zur Not würden sie im Freien übernachten müssen. Nach knapp einer halben Wegstunde durch die zunehmend wärmer werdende schattenlose Einöde kam von hinten ein Auto langsam näher. Es entpuppte sich als ein russischer UAZ-39094 mit zwei FSB-Grenzern. Strenge und ausführliche Kontrolle der Papiere und lange Erläuterungen des Anliegens der Besucher folgten. Dann erfolgte die Bitte, doch auf der durch den Straßenstaub völlig verdreckten Rückbank Platz zu nehmen. Die Stimmung war auf dem Nullpunkt.



Er wollte dem Ort seinen Namen wiedergeben: Der russische Schauspieler Alexander Schirwindt

Als Nächstes erklärte der Grenzer, er wisse, wo der Bahnhof in Schirwindt gewesen sei ... und würde die Gruppe dorthin fahren. Nach einer Dreiviertelstunde Fahrt wurde der Fahrer angewiesen, scharf nach rechts einzubiegen. Einen Weg gab es dort nicht, aber die Bäume und Sträucher waren an dieser Stelle noch sehr jung und maximal zwei Zentimeter dick. Unter lautem Aufheulen des Motors, Jaulen des Getriebes und dem Knacken und Aufprallen der Bäume erreichten sie kurze Zeit später ein Gelände mit Bunkertrümmern, Barackenresten und Mauerwerksteilen, das ihnen als Woksal (Bahnhof) angekündigt wurde.

Anhand eines kleinen Knicks in der Straße und der historischen Messtischblatt-Koordinaten wurde schnell klar, dass sie hier etwa 200 Meter westlich des ehemaligen Bahnhofs von Schirwindt gelandet waren. Fast überall konnte man nur kriechen, wobei man den Autor und seinen litauischen Begleiter nun allein suchen ließ, weil die Grenzer und die zwei weiteren Begleiter zu Recht um ihre Kleidung fürchteten. Da der Bahnhof sehr nahe an der Straße lag, fanden sie recht schnell seine Fundamente, zahlreiche Ziegelsteine und Kellerreste im Dickicht, die man kaum fotografieren konnte. Es waren eindeutig die Reste des nach dem Ersten Weltkrieg wieder aufgebauten Empfangsgebäudes von Schirwindt im Stil eines um 1920 modernen etwas größeren Einfamilienhauses.

In der Nacht vom 1. zum 2. August 1944 wurden viele Bewohner Schirwindts nach Westen evakuiert und spätestens bei der Einnahme der Stadt durch die Rote Armee am 17. Oktober 1944 endete auch der militärische Nachschubverkehr.

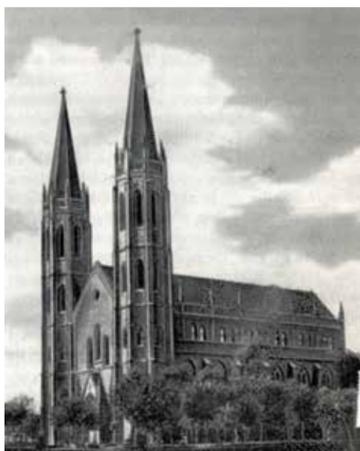
Mit solchen Gedanken verließen sein litauischer Begleiter und der Autor über das ehemalige Gleisfeld das Unterholz. Dort, wo einstmal ein Anschlussgleis die Pillkaller Straße gekreuzt hatte, fand der Grenzer einen Gleisnagel im Grün, den er dem Besucher fast feierlich überreichte. Alle Anwesenden waren gerührt.

Die FSB-Begleiter arrangierten nun ein wahres Schirwindt-Besuchsprogramm. Sie fuhren zu den Trümmern der Immanuelkirche, zu den Resten des russischen und deutschen Ehrenfriedhofs aus dem Ersten Weltkrieg nördlich der Stadt und oberhalb des tief eingeschnittenen Tals der Scheschuppe. Weiter brachten sie die Gruppe zur seit 1990 gesperrten Grenzbrücke nach Litauen am anderen Ufer des Flusses Schirwindt, der hier wenige Meter flussabwärts in die Scheschuppe einmündet. Hier hatten wir im Jahr zuvor sehnsüchtig von Litauen aus nach Russland fotografiert.

Das große Militärareal im Norden von Schirwindt wirkte eher wie eine große Müllhalde. Überall lagen Schrott, Munition und Trümmer von Bauten herum. Hier wurde offenbar nicht mehr geübt. Schließlich zeigten die beiden uns auch noch nach längerer Fahrt einen ehemaligen „Hitler-Bunker“ der Verteidiger von Schirwindt im Jahre 1944 und einen „weiteren Bahnhof“ der Pillkaller Kleinbahn, den wir bis heute nicht sicher identifizieren konnten (Lindicken?).

Als wir nach vier Stunden wieder an unserem Auto an der Schranke abgesetzt wurden, waren wir einfach überwältigt und dankbar von so viel Gastfreundschaft und Unterstützung. Die Stimmung verschlechterte sich nur kurzzeitig etwas, als ich den beiden Grenzern ein Trinkgeld als kleines „Dankeschön“ anbot. Sie wiesen es empört zurück. Ich hätte es wissen müssen!

● **Nachdruck** in Auszügen mit freundlicher Genehmigung des Autors. Erschienen in der Winterausgabe 2020 der „Bahnepoche“



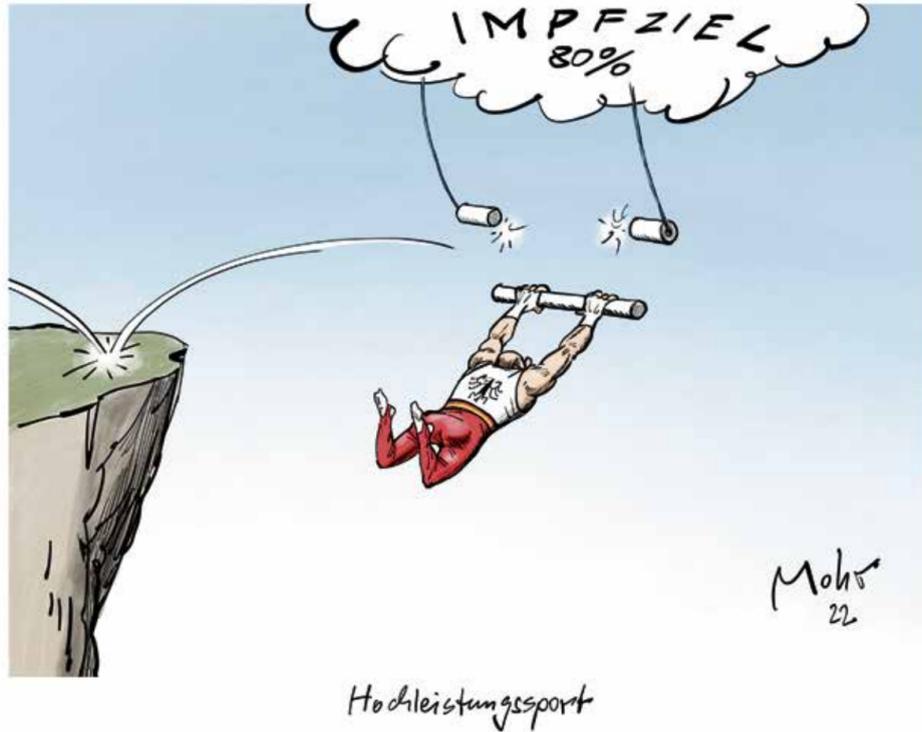
Existiert heute nicht mehr: die Immanuelkirche von Schirwindt

FOTO: BILDARCHIV OSTPREUSSEN

FOTO: DMITRY RODZIKOV

● **AUFGESCHNAPPT**

Eigentlich sollte dem bayerischen Ministerpräsidenten Markus Söder Anfang Februar die „Goldene Narrenschele“ verliehen werden. Vorgenommen wird die Auszeichnung – in Form einer vergoldeten Handglocke – durch die Vereinigung Schwäbisch-Alemannischer Narrenzünfte (VSAN). In der Begründung wurde, neben der Freude Söders an der Faschingsverkleidung, dessen Wandlungsfähigkeit im Politischen hervorgehoben. Mit derartigen Kritik kann der Landesvater gut leben. Lediglich „Corona“ hat nun dafür gesorgt, dass Söder die Schelle erst im nächsten Jahr bekommt. Schließlich möchte er persönlich teilnehmen, und das geht derzeit nicht. Der Bitte um Verschiebung durch die bayerische Staatskanzlei hatte sich Baden-Württemberg angeschlossen, denn auch Wilfried Kretschmann will dabei sein. Er ist nämlich Laudator. Zudem ist er selbst bereits Inhaber der „Goldenen Narrenschele“, ebenso wie sein Amtsvorgänger Günther Oettinger. Offenbar hat die VSAN eine ganz besondere Auffassung von Humor. *E.L.*

● **STIMMEN ZUR ZEIT**

Axel Meyer, Professor für Zoologie und Evolutionsbiologie an der Universität Konstanz, beklagt in der „Frankfurter Allgemeinen“ (26. Januar), wie sich linke Ideologie in sämtliche Wissenschaftszweige hineindrängt:

„Niemand ist gegen Vielfalt und Chancengleichheit, aber Tumorforscher tun sicher mehr für die Gesellschaft, wenn sie etwas gegen Tumore tun, als wenn sie die Anzahl willkürlich definierter Hautfarben in ihren Laboren erhöhen. Seit wann sollen wir wieder auf Hautfarben achten? Hatten wir das nicht seit Martin Luther King jr. hinter uns gelassen?“

John Mearsheimer, einer der einflussreichsten zeitgenössischen Politiktheoretiker und Professor für Internationale Politik an der University of Chicago, warnt in der „Welt“ (30. Januar), dass sich die USA und die NATO mit ihrem Vorpreschen in der Ukraine-Frage in eine Falle manövriert hätten:

„Wir in den USA haben die Monroe-Doktrin, die eindeutig besagt, dass keine andere Großmacht eine Militäralianz mit einem Land aus der westlichen Hemisphäre eingehen und dort Truppen stationieren darf. Die Russen haben ihre eigene Version dieser Doktrin und versuchen, sie jetzt durchzusetzen. Die aktuelle Krise ist eine direkte Folge der närrischen Entscheidung der USA und ihrer Verbündeten, die Ukraine in die NATO bringen zu wollen.“

Der Publizist Hadmut Danisch blickt äußerst skeptisch auf den Zustand der maroden deutschen Infrastruktur, wie er auf seinem Blog „danisch.de“ (29. Januar) schreibt:

„Ich glaube nicht, dass Deutschland es schaffen wird, weder zeitlich, noch finanziell oder organisatorisch, seine Brücken zu reparieren ... Wir schaffen es ja nicht mal mehr, so viele Wohnungen zu bauen, wie wir Leute reinholen. Und wir schaffen es auch nicht, so viele Windkraftträder zu bauen, wie wir Kraftwerke abschalten. Und jetzt auch noch Brücken abreißen und neu bauen? Allein 60 an der A45?“

Der bekannte Virologe Alexander Kekulé erklärt auf „web.de“ (31. Januar), warum eine Impfpflicht für, so wörtlich, „totalen Un-sinn“ hilft:

„Wir haben für Omikron nicht die richtigen Impfstoffe, um epidemisch erfolgreich zu sein, die waren schon bei der Delta-Variante nicht ausreichend wirksam. Wir können also die Pandemie nicht wegpumpen, denn wir sind vor einer Omikron-Infektion fast gar nicht geschützt durch die Impfung.“

● **WORT DER WOCHE**

„Der Unterschied zwischen Gangstern und Ideologen besteht darin, dass Gangster niemals die Gesellschaft dafür verantwortlich machen, wenn ihren Raubzügen kein Erfolg beschieden ist.“

Michael Klonovsky, in seinem Netzstagebuch „Acta Diurna“ (26. Januar) auf seinem Blog „klonovsky.de“

DER WOCHENRÜCKBLICK

Abgesoffen

Wie Lauterbach aus Hörensagen „Evidenz“ zaubert, und was Justin Trudeau auf der Toilette macht

VON HANS HECKEL

Herje, die hatten wir ja völlig aus den Augen verloren in dem dichten Corona-Nebel! Aber sie sind noch da, und machen sich endlich wieder bemerkbar. In einigen Großstädten haben „Klima-Aktivist:innen“ wichtige Straßen blockiert. Ihre Parole lautet „Essen retten, Klima retten“, und die begründen sie so: Weil der Klimawandel zu Dürren und Überschwemmungen führe, würden Nahrungsmittel immer teurer und somit die Schlangen vor den Tafeln immer länger, weil sich die Leute das Essen nicht mehr leisten könnten.

Welch fabelhafter Fehlschluss! Die Wahrheit: Die Preise steigen allgemein wegen einer entfallenden Geldpolitik. Die Energiepreise aber schnellen zusätzlich in die Höhe, weil die Regierung zwecks „Klimaretter“ saftig Steuern draufschlägt und mit ihrer durchgeknallten Energiewende künstlich das Angebot verknappt. Die steigenden Energiepreise treiben natürlich auch die Kosten für die Produktion, den Transport und die Lagerung von Agrarerzeugnissen, was Nahrungsmittel immer kostspieliger macht. Sprich, die „Klimapolitik“ macht Essen teurer, nicht Überschwemmungen in Mecklenburg oder Dürren an der Wupper. Mit einem Wort, liebe „Klimaretter:innen“: Ihr habt nicht die Lösung, ihr seid das Problem.

Aber Probleme kann man ja gar nicht genug haben! Aus diesem Grunde haben sich unsere weisen Führer auch die „Impfpflicht“ fürs Pflegepersonal einfallen lassen, mit Erfolg: Je näher der Stichtag 15. März rückt, desto höher türmen sich die absehbaren Schwierigkeiten bei der Umsetzung. Nein, nein, es sollen nicht einfach alle Ungeimpften aus Kliniken und Rettungsdiensten fliegen, wie zunächst befürchtet wurde. Zunächst sollen die Gesundheitsämter Anhörungen mit allen Betroffenen durchführen, um herauszufinden, ob es beispielsweise medizinische Gründe gibt, deretwegen der Angehörte nicht geimpft werden sollte.

Anhörungen durch das Gesundheitsamt, interessant. Bis wann sollen sich diese Prozeduren hinziehen? Bis Dezember? Ich spreche natürlich vom Dezember 2023 oder '24, denn dieses Jahr wird das ganz bestimmt nichts mehr. Besagte Ämter haben mit ihren bisherigen Aufgaben schon mehr als genug zu tun. Der Verfasser dieser Zeilen hat da vor Wochen mal angerufen, um etwas zu erfahren.

Drei verschiedene Info-Telefonnummern hat er dabei angewählt. Wenigstens in einer Warteschleife verhungern zu dürfen, war schon ein kleiner Triumph. Meistens riet einem die freundliche Stimme vom Endlosband, man möge es später noch einmal versuchen, da alle Leitungen besetzt seien.

Ein Hamburger Bezirks-Gesundheitsamt benötigt mittlerweile bis zu 13 Tage, um einen positiven PCR-Testbescheid zuzustellen, mit dem bekanntlich die Quarantäne-Anordnung einhergeht. Die Quarantäne zählt ab dem Tag, von dem der erste positive Selbsttest datiert. Da dieser Test bei der Durchführung des PCR-Tests oft schon ein paar Tage her ist, bedeutet dies, dass die Quarantäne-Anordnung den Betroffenen möglicherweise erst erreicht, wenn die angeordnete Quarantänezeit längst abgelaufen ist.

Wie gesagt: Die Gesundheitsämter sind längst in ihrer Arbeit abgesoffen. Da werden in den Amtsstuben gewiss die Korken knallen bei der Aussicht, obendrauf auch noch zigtausende Anhörungen mit ungeimpftem Pflegekräften stemmen zu dürfen. Wie viele sind das eigentlich? Das weiß keiner, nicht einmal Karl Lauterbach. Was er aber genau weiß, ist, dass es nicht so viele seien. Woher er das weiß? Dafür habe er „anekdotische Evidenz“, so der Minister. Das Wort kannte ich bislang gar nicht. Es bedeutet so viel wie: „Mir hat einer gesagt, dass er gehört hat, wie einer gesagt hat, dass er was gehört hat.“

● **Alles unanständige Gesellen**

Auf diese feste Burg also baut der Bundesgesundheitsminister sein Impfpflicht-Vorhaben für Pfleger. Was dann wohl erst aus der Impfpflicht für alle wird? Schließlich haben sie es dann mit 15 oder gar 20 Millionen Bürgern zu tun. Wir wünschen gute Unterhaltung!

Wir haben auch gut Lachen. Für verantwortliche Politiker sieht die Sache schon finsterner aus. Welche Blamage, wenn die Sache in die Hose geht! Die Nerven liegen blank. Da haben wir Verständnis, wenn Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl die Pferde durchgehen: „Anständige Bürger beteiligen sich nicht an verbotenen Demonstrationen. Sie folgen auch Aufforderungen der Polizei und halten sich an Regeln.“ Man hört die Peitsche knallen: Alles unanständige Gesellen, die es wagen, auf die Straße zu gehen. So wie der Strobl redet nur einer, der Angst hat. Angst vor den eigenen Bürgern. Aber warum denn bloß? Ist doch alles friedlich!

—
Das ist der Beweis: „Mir hat einer gesagt, dass einer gehört hat, wie einer gesagt hat, dass er was gehört hat“



Alle Beiträge von Hans Heckel finden Sie auch auf unserer Webseite unter www.paz.de